

Diskurse über Flucht und Vertreibung nach 1989

Während des Kalten Krieges entwickelte sich weder in noch zwischen den untersuchten Ländern und Gesellschaften eine anschlussfähige Erzählung über das historische Geschehen von Flucht und Vertreibung. Mit dem Ende der Blockkonfrontation schien eine Verständigung im Zuge der europäischen Integration nicht nur greifbar nah, sie schien auch dringend geboten. In der ostmitteleuropäischen Gesellschaften bis heute beschäftigenden Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg stellen Flucht und Vertreibung nur ein, wenn auch ein zentrales Element dar. Im Mittelpunkt der nationalen Erinnerungskulturen stehen die deutsche Besatzungsherrschaft und der eigene Widerstand. Themen wie Kollaboration oder Zwangsmigration der Deutschen werden kontrovers diskutiert, da sie das Potenzial besitzen, die gängigen Narrative in Frage zu stellen.¹

Der Fall der kommunistischen Diktaturen 1989 ermöglichte eine neue Beschäftigung mit den zuvor tabuisierten Themen wie der Vertreibung der Polen aus den *kresy*, Katyń und der kommunistischen Herrschaft, denen sich Forschung und Zivilgesellschaft verstärkt zuwenden. Die Auseinandersetzung mit Flucht und Vertreibung fiel oft mit der zuvor vernachlässigten Beschäftigung mit der Lokal- und Regionalgeschichte zusammen. Auch in Deutschland kündigten sich in den 1990er Jahren einige erinnerungskulturelle Verschiebungen an, die schließlich Anfang der 2000er Jahre in mehreren Ereignissen kulminierten, wie den heftigen Debatten um ein Zentrum gegen Vertreibungen.²

Mit der nach 1989 nun Mittel- und Osteuropa einbeziehenden europäischen Integration zeichnete sich nach Catherine Schilling »eine neue Spaltung der Erinnerungsdiskurse« ab. Nicht nur geographisch, auch innerhalb der Gesellschaften schwinge das Gedenken an den Zweiten Weltkrieg »im östlichen und mittelöstlichen Europa zwischen Nationalisierung und Universalisierung.«³ Dies steht nur scheinbar im Widerspruch zur zunehmenden Europäisierung verschiedener Lebens- und Politikbereiche. Nationale und nationalistische Geschichtserzählungen- und politiken erleben eine Renaissance, ebenso wie sich gegenläufige Tendenzen aufzeigen lassen, beispielsweise mit

1 Vgl. Cornelissen; Holec et al.: Politisch-historische Erinnerungen, 2005, S. 10f.

2 Vgl. Brunnbauer; Esch: Ethnische Säuberungen in Ostmittel- und Südosteuropa, 2006, S. 11-13.

3 Schilling: Patriotismus à la PiS und die Schlüssel von Jedwabne, 2016.

der Erklärung der Stockholmer Holocaust-Konferenz von 2000 und der sich darin manifestierenden Internationalisierung der Holocausterinnerung als zur Bewahrung der Menschenrechte verpflichtendem Erbe der Menschheit.⁴

Nach Claus Leggewie und Anne Lang handelt es sich bei den Vertreibungen um ein »gesamteuropäisches Trauma«⁵, welches zugleich mit weiteren ethnischen Säuberungen und »genozidalen Akte[n]« ein entscheidendes Hemmnis auf dem Weg zu einer gemeinsamen europäischen Erinnerung darstellt.⁶ Auch wenn die nach 1989 erneut oder neu aufgebrochenen erinnerungspolitischen Konflikte von großer Bedeutung zu sein scheinen, weisen die Autoren einschränkend darauf hin, dass eine Spaltung zwischen West- und Osteuropäern sich vielmehr auf Fragen von »Sicherheit, Energie, Freizügigkeit und dergleichen« beziehe und erinnerungskulturelle Konflikte unter Umständen »eher [der] [...] Ablenkung« dienen.⁷

Christoph Kleßmann hat für das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der DDR den Begriff der »asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte« eingeführt. Auch für das Verhältnis Deutschlands zu seinen östlichen Nachbarn ist das unterschiedlich starke Aufeinanderbeziehen stets zu berücksichtigen. So erfährt Deutschland in Medien und Politik in Polen und Tschechien eine weit größere Aufmerksamkeit als umgekehrt. Auf der einen Seite sind daher in der Breite der Bevölkerung umfassende Kenntnisse über Deutschland vorhanden, auf der anderen Seite führt der ständige Blick auf den westlichen Nachbarn gelegentlich zu einer verzerrten Wahrnehmung wie der Überschätzung des Einflusses der Vertriebenenverbände; zudem wird das Verhältnis zu Deutschland wiederholt innenpolitisch instrumentalisiert.⁸ Ein weiterer grundlegender Unterschied besteht in der Bedeutung von Geschichte und Erinnerung in den jeweiligen Gesellschaften. In Polen ragt nach Peter Oliver Loew »die Geschichte [...] viel unmittelbarer in die Gegenwart hinein, als dies in den meisten anderen Ländern Europas der Fall« ist.⁹ Ferdinand Seibt stellt Ähnliches für Tschechien fest, wo »Geschichte als Wissenschaft und als Literatur eine ungleich größere Rolle als bei uns [spielt].«¹⁰

Die folgenden Seiten diskutieren erneut vor allem die Entwicklungen auf nationaler und internationaler Ebene. Regionale Unterschiede innerhalb der Länder sind dennoch

4 Sierp: History, Memory, and Trans-European Identity, 2014, S. 91f. Flierl; Müller: Transitraum, 2010, S. 7.

5 Leggewie; Lang: Der Kampf um die europäische Erinnerung, 2011, S. 27-32.

6 »Erinnerungen an erzwungene, großflächige und [...] Zigtausende von Menschen betreffende Bevölkerungstransfers« dürften bei aller Unterschiedlichkeit der Motive, Begründungen und Verläufe der Deportationen im kollektiven Gedächtnis Europas am tiefsten verankert sein.« Ebd., S. 27. Auch Ther konstatierte, dass im Verhältnis von Deutschland zu Tschechien und Polen die »Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit, insbesondere der Vertreibung, eine Schlüsselrolle« spielt: Ther: Chance und Last der Geschichte, 1996, S. 994.

7 Leggewie; Lang: Der Kampf um die europäische Erinnerung, 2011, S. 28f.

8 Ther: Der Diskurs um die Vertreibung, 2008, S. 36f. Vgl. zur Kritik an dieser auch von polnischen Intellektuellen so wahrgenommenen »Asymmetrie«, die in Form der »Unkenntnis der Deutschen« über Polen das »Konzept einer deutsch-polnischen Partnerschaft« auf Augenhöhe konterkariere: ebd., S. 39f.

9 Loew: Helden oder Opfer? 2008, S. 85. Vgl. Cichocki: Polnische Geschichtspolitik, 2010, S. 288.

10 Seibt: Eine neue Nachbarschaft? (1993), 2002, S. 106.

zu berücksichtigen. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik schwanken beispielsweise sehr zwischen den von der Vertreibung der Deutschen stark und den davon kaum betroffenen Gebieten. Oberschlesien als Sonderfall wird im nächsten Kapitel einleitend diskutiert. Für die Verständigung nehmen besonders Basisinitiativen vor Ort eine bedeutende Rolle ein, oft mit überregionaler und übernationaler Wirkung, sodass verschiedentlich auf sie einzugehen sein wird.

5.1 Deutschland

Das vereinigte Deutschland stand vor der Herausforderung, eine neue Verständigung mit den Nachbarn Polen und der Tschechoslowakei zu finden. Politisch und ökonomisch war das Land trotz der wirtschaftlich schwierigen 1990er Jahre nun in eine kaum bestreitbare mitteleuropäische Machtposition gerückt, wobei die ökonomische Verflechtung mit Polen und Tschechien besonders stark und präsent war. Auch dies gilt es für den Diskurs zu berücksichtigen, denn Deutschland diente in Ostmitteleuropa sowohl im positiven wie negativen Sinne als Vorbild und Symbol des westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems.

Das scheinbare Schwanken Helmut Kohls bei der Grenzfrage 1989/90 wurde bereits in Kapitel 4 angesprochen. Auch wenn auf polnischer Seite zumindest heute kaum jemand mehr dessen grundsätzlich positive Haltung zum Erreichen einer raschen Aussöhnung mit Polen in Frage stellt, urteilte Adam Krzemieński 2013, dass Kohl bei der Grenzfrage lediglich »trickste [...] um den Verlust von ein paar Prozent der Stimmen von der Seite der Vertriebenen nicht zu riskieren.¹¹ Verschiedene deutsche Autoren bewerten das zurückhaltende Vorgehen Kohls und den Verzicht auf eine sofortige Erklärung über die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze im November 1989 vielmehr als eine wichtige Leistung. Dieser längere Weg zu den Vereinbarungen von 1990/91 habe es ermöglicht, die Vertriebenen ›mitzunehmen‹ und so ›langfristig friedensstiftend‹ gewirkt.¹² Emil Nagengast sieht ebenfalls die integrative Wirkung der engen Bindung der Vertriebenenverbände an die CDU/CSU, trotz ihrer zunehmenden gesellschaftlichen Isolierung in den 1980ern Jahren und den fortbestehenden Forderungen auf ein Rückkehrrecht und umfassende Entschädigungen. In der entscheidenden Phase 1989 gab die CDU/CSU diesen Forderungen aber nicht nach. Tragisch sei für die Vertriebenen und ihre Verbände, dass die seit den 1950er Jahren von ihnen angestrebte friedliche Lösung im Rahmen einer europäischen Vereinigung jetzt am ehesten greifbar, aber politisch ohne jede Unterstützung blieb:

»The final tragedy for the expellees, however, is that after waiting decades for pan-European integration to become a real possibility they have been abandoned – even by their own government.«¹³

¹¹ Kerski: Willy Brandt in Warschau, 2010/11, S. 34.

¹² Langguth; Oberreuter et al.: Zum Verständnis der deutschen Polenpolitik, 2011, S. 59. Vgl. dazu wesentlich kritischer: Kranz: Schuld und Verantwortung, Wunden und Narben, 2015, S. 67f.

¹³ Nagengast: The German Expellees and European Values, 2003, S. 487f.

Aus eigener Kraft waren die Vertriebenenverbände nicht in der Lage, entscheidend Einfluss auf die innerdeutschen und auch die polnischen und tschechischen Debatten zu nehmen. Miroslav Kunštát sieht die Verbände von den Ereignissen der Wende »regelrecht überrumpelt [...] und psychologisch und politisch vorrübergehend fast >außer Betrieb.<¹⁴ Angebote von tschechoslowakischer Seite, namentlich von Václav Havel, an die Sudetendeutschen zur Wiederherstellung der Staatsbürgerschaft ehemaliger tschechoslowakischer Staatsbürger, eines eingeschränkten Rückkehrrechtes ohne Restitution und einer Beteiligung an der Privatisierung waren aus heutiger Sicht die beste Offerte, die sie erhalten konnten.¹⁵ Die Sudetendeutsche Landsmannschaft blieb aber bei ihren Maximalforderungen und die Bundesregierung hatte kein Interesse, diese Thematik intensiv zu verfolgen und die weitere außenpolitische Situation zu verkomplizieren. Das gilt nach Kunštát auch für die Innenpolitik, fiel dieser Vorschlag einer doppelten Staatsbürgerschaft doch in die Zeit heftiger Asyldebatten in Deutschland, in der die konservativ-liberale Bundesregierung keinen »Präzedenzfall« schaffen wollte.¹⁶

Mögen die Vertriebenenverbände selbst ihre politischen Positionen nicht erfolgreich eingebbracht haben, so nutzten doch ihre Untergruppen ebenso wie viele Vertriebene als Einzelpersonen oder ihre Nachfahren die Chance zur nun leichter möglichen Reise in die alte Heimat. Hier konnten sowohl alte als auch neue Bewohner abseits der Politik Verständigung auf persönlicher Ebene erreichen.¹⁷ Andreas Kossert bezeichnet die Vertriebenengruppen und Heimatvereine oft als eine »Art Avantgarde der Versöhnung«, die vielfach zu dauerhaften Verbindungen kultureller und karitativer Art führte.¹⁸

In den 1990er Jahren sollten verschiedene Verträge das Verhältnis von Deutschland zu Polen und Tschechien für die Zukunft regeln. Nach dem Zwei-plus-Vier-Vertrag klärte der deutsch-polnische Grenzvertrag vom November 1990 die Grenzfrage endgültig. Der 1991 vereinbarte deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag widmete sich neben der Frage des Umgangs mit der deutschen Minderheit vor allem Zukunftsthemen. 23 Abgeordnete aus der CDU/CSU, darunter viele mit Verbindungen zum BdV, wie die neu gewählte Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach, stimmten gegen den Grenzvertrag, da sie vor allem »Eigentums- und Vermögensfragen« als nicht oder nicht hinreichend geklärt ansahen.¹⁹ Die Mehrzahl von ihnen stimmte allerdings für den Nachbarschaftsvertrag.²⁰

Bei dem zunächst noch zwischen der Tschechoslowakei und später ihrem Rechtsnachfolger, der Tschechischen Republik, ausgehandelten deutsch-tschechischen Nachbarschaftsvertrag (1992) und der Deutsch-Tschechischen Erklärung (1997) standen ähnlich wie bei den deutsch-polnischen Verträgen Fragen der Gegenwart und Zukunft im

¹⁴ Kunštát: Die Wiedervereinigung Deutschlands und die tschechoslowakische Außenpolitik, 2010, S. 211.

¹⁵ Handl: Die Politik des wiedervereinigten Deutschland gegenüber der Tschechischen Republik, 2010, S. 237.

¹⁶ Kunštát: Die Wiedervereinigung Deutschlands und die tschechoslowakische Außenpolitik, 2010, S. 212.

¹⁷ Ohliger: Flucht und Vertreibung als Migrationsgeschichte, 2006, S. 232f. Vgl. Benthin: Die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa, 2007, S. 128.

¹⁸ Kossert: Kalte Heimat, 2009, S. 303.

¹⁹ Nelhiebel: Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, 2016, S. 524.

²⁰ Siehe zur Position Erika Steinbachs: Steinbach: Flucht, Vertreibung, Mahnung, 2016, S. 170.

Mittelpunkt. Das Thema von Eigentumsrechten vertriebener Sudetendeutscher wurde auf Bestreben der Bundesregierung bewusst ausgeklammert, auch wenn die tschechische Seite sich eine endgültige Klärung in ihrem Sinne gewünscht hätte. Die deutsche Seite befürchtete aber, dass in diesem Falle die Sudetendeutschen die Forderungen an die Bundesrepublik richten könnten oder aber bei Unterstützung der sudetendeutschen Forderung die deutsch-tschechischen Beziehungen nachhaltig ebenso wie das internationale Ansehen Deutschlands beschädigt worden wären.²¹ Den Forderungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft, direkt an den Verhandlungen mit der Tschechoslowakei und später der Tschechischen Republik beteiligt zu werden, verweigert sich die Bundesregierung trotz verschiedentlich anderslautender Zusagen konsequent.²²

Zu einer grundsätzlichen Neuverhandlung über das historische Geschehen kam es in der Bundesrepublik in der ersten Hälfte der 1990er Jahre nicht.²³ Philipp Ther konstatierte noch 1996, dass der »sozial-liberale mainstream der Bundesrepublik« das Thema der Vertreibung »Jahrzehnte lang verdrängt« habe.²⁴ Erst die Bilder von den Vertreibungen der Balkankriege der 1990er Jahre riefen das Vertreibungsgeschehen des Zweiten Weltkrieges bei vielen in die individuelle, aber auch in die breite öffentliche Erinnerung zurück. Eine frühe Verbindung zog Hans Lemberg 1992, der den bereits zu Beginn der Balkankriege in der Krisenregion entstandenen Begriff der »ethnischen Säuberung« diskutierte und das Geschehen mit den ›Umsiedlungen‹ und Vertreibungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verglich. Aus seinen Beobachtungen folgerte er, dass »das Prinzip der ›ethnischen Säuberung‹ sich »wie ein roter Faden« durch »die Geschichte des mittleren und östlichen Europa im zwanzigsten Jahrhundert« ziehe.²⁵ Der Osteuropahistoriker Karl Schlögel fasste sieben Jahre später und unter dem Eindruck des Kosovokrieges das vermeintlich so fremde Geschehen zusammen:

»Überall in Europa gibt es Menschen, die wissen, was passiert, wenn niemand mehr da ist, der einschreitet, wenn der Mob regiert. Überall gibt es Leute, die uns erzählen könnten, was das ist: ethnische Säuberung. Sie alle wissen, was Balkan ist, auch wenn sie noch nicht da gewesen sind. Europa am Ende des Jahrhunderts, das länger dauert als die Geschichtsphilosophen vorgesehen haben, ist ein großes Déjà-vu. [...] Europa war überall Balkan. Er ist uns nicht so fremd, wie es im Augenblick des Entsetzens scheint.«²⁶

Besonders bei verschiedenen Akteuren der politischen Linken in Deutschland führte dieses Geschehen zu einer Revision der eigenen Einstellung und einer neuen Anteil-

²¹ Handl: Die Politik des wiedervereinigten Deutschland gegenüber der Tschechischen Republik, 2010, S. 236.

²² Ebd., S. 238.

²³ Vgl. Feindt: Flucht und Vertreibung zwischen Kaltem Krieg und Universalisierung, 2014, S. 164.

²⁴ Ther: Chance und Last der Geschichte, 1996, S. 995.

²⁵ Lemberg: »Ethnische Säuberung«, 1992, S. 27. Lemberg plädiert mit Blick auf diese Geschichte gegen jede Renaissance des Ansatzes, ethnisch heterogene Gebiete für eine dauerhafte Friedenslösung zu ›entmischen‹.

²⁶ Schlögel: Kosovo ... Die Zeit. 29.04.1999.

nahme an dem historischen Schicksal der deutschen Vertriebenen.²⁷ Michael Schwartz spricht mit Bezug auf Klaus Naumann von einem »Kosovo-«Erlebnis«, welches »eine ›indirekte Aktualisierung‹ bewirkte und das geschichtspolitisch sensible Verhältnis zwischen Deutschland, Polen und Tschechien aufwühlte«.²⁸ Die gegen erheblichen Widerstand in den eigenen Reihen durchgesetzte Intervention im Kosovokrieg 1999 stellte die rot-grüne Bundesregierung vor die Herausforderung, diesen Einsatz zu rechtfertigen und zugleich ihre Position zu verteidigen, warum die Vertreibungen von 1945 hingegen zu akzeptieren und mit dem aktuellen Geschehen nicht zu vergleichen seien.²⁹ In diese ›argumentative Lücke‹ stieß das Projekt des BdV, ein Zentrum gegen Vertreibungen einzurichten.³⁰ Schon zuvor hatte unter anderem die Sudetendeutsche Landsmannschaft Mitte der 1990er Jahre die Parallelisierung der damaligen Vertreibungen mit denen der Balkankriege für eine Aktualisierung ihres Anliegens und zur erneuten Verurteilung der damaligen ›Vertreiberstaaten‹ aufgegriffen.³¹

1998 wählte der Bund der Vertriebenen Erika Steinbach zu seiner Präsidentin, die eine Neuausrichtung und Erneuerung des Verbandes einleitete.³² Dies geschah rechtzeitig, um als relevanter Akteur bei dem gewachsenen Interesse an der Vertreibungsgeschichte mitzuwirken und dieses zu verstärken.³³ Steinbach gelang es wenigstens teilweise, den BdV als akzeptierten Opferverband nach dem Muster anderer moderner Opferverbände zu positionieren.³⁴ Unter anderem erreichte sie dies durch eine Globalisierung der Thematik, in deren Rahmen die Vertreibung weniger als exzessionelles denn als eines der zahllosen Menschenrechtsverbrechen des Zweiten Weltkrieges und des 20. Jahrhunderts erschien.³⁵ Hieran knüpfte sich das neue Selbstverständnis des BdV an, der sich seitdem verstärkt als Akteur der Menschenrechtspolitik und weltweiter Mahner gegen Zwangsmigrationen betrachtet.³⁶

-
- 27 Haslinger: Die Dynamik der aktuellen geschichtspolitischen Debatten um »Flucht und Vertreibung« in Zentraleuropa, 2006, S. 282. Vgl. für die Parallelisierung des Geschehens mit der Vertreibung der Deutschen die Zeitschrift des BdV: Ethnische Säuberungen im Kosovo müssen sofort eingestellt werden. DOD. 01.04.1999. In der Süddeutschen Zeitung sprach Gustav Seibt von einem »spezifisch altbundesrepublikanischen Hochmut gegenüber den Vertriebenen«, der durch das Geschehen auf dem Balkan abgebaut werden konnte: Seibt: Heimat und Totengedenken. *Süddeutsche Zeitung*. 18.07.2003.
- 28 Schwartz: Ethnische »Säuberungen« in der Moderne, 2013, S. 625.
- 29 Vgl. Wolfrum: Die beiden Deutschland, 2005, S. 153.
- 30 Troebst: Towards a European Memory of Forced Migration? 2016, S. 237f.
- 31 Houžvička: Czechs and Germans 1848-2004, 2015, S. 409.
- 32 Vgl. Jakubowska: Der Bund der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und Polen, 2012, S. 165.
- 33 Vgl. ebd., S. 188, 197. Vgl. auch: Hahn; Hahn: Die Vertreibung im deutschen Erinnern, 2010, S. 592.
- 34 Der Journalist Joachim Güntner verweist auf den Historiker Michael Jeismann, der den Vertriebenen empfiehlt, ihr Schicksal als »Phänotyp« einer »fundamentalen politischen Erfahrung des 20. Jahrhunderts« zu begreifen: »Das ist die Empfehlung, sich in der internationalen Opferkultur einen Platz zu suchen und auf diese Weise aus dem Abseits des Revanchismus herauszukommen.« Güntner: Opfer und Tabu. NZZ. 23.02.2002. Vgl. Ther: Der Diskurs um die Vertreibung, 2008, S. 38f.
- 35 Vgl. Güntner: Opfer und Tabu. NZZ. 23.02.2002.
- 36 Siehe hierfür z.B. Erika Steinbachs Rhetorik über aktuelle Zwangsmigrationen: »Das eigene Leid, die eigene Erinnerung steht neben dem schrecklichen Erleben anderer. Diese haben unsere volle Empathie. Vielleicht ist es gerade unser Leid, das uns zu einem anderen Mitgefühl befähigt [...].«

Der Bund der Vertriebenen versteht sich seit seiner Gründung 1957 als der »einzige repräsentative Gesamtverband der rund 15 Millionen Deutschen, die infolge von Flucht, Vertreibung und Aussiedlung in der Bundesrepublik Aufnahme gefunden haben und noch finden.«³⁷ Er setzt sich aus 20 Landsmannschaften und 16 Landesverbänden sowie vier angeschlossenen Mitgliedsorganisationen zusammen.³⁸ Als Dachverband der angegliederten Verbände besteht er aus dem BdV-Präsidium sowie der BdV-Bundesversammlung, deren Delegierte aus den verschiedenen Mitgliedsverbänden stammen. Ziel des Verbandes ist es, in Öffentlichkeit und Politik die Interessen der Vertriebenen zu vertreten, wobei man diese gleichsetzt mit den Belangen des ganzen deutschen Volkes.³⁹ Der BdV sieht sich zudem seit seiner Gründung als der entscheidende Verwalter der Erinnerung an Flucht und Vertreibung. Lange stand hier aber eine politische und nicht die individuelle und soziale Erinnerung im Mittelpunkt.⁴⁰

Trotz der fast ausschließlich auf den BdV und seine Verbände ausgerichteten staatlichen Unterstützung der Vertriebenenarbeit konnte er die von ihm angestrebte Rolle jedoch nie vollständig wahrnehmen.⁴¹ Verschiedene Stimmen in Deutschland, vor allem die politische Linke, hinterfragen und hinterfragen den Alleinvertretungsanspruch des BdV ebenso wie den von ihm postulierten, uneingeschränkten Opferstatus der Vertriebenen, den man in einem Konfliktverhältnis mit der für die reflexive Erinnerungskultur der Bundesrepublik zentralen Stellung des Holocaustgedenkens und der damit verbundenen kritischen Anerkennung deutscher Schuld und Verantwortung sieht.⁴² Die eingeschränkte Akzeptanz als die Vertretung der Vertriebeneninteressen zeigt sich unter anderem in der Diskussion um die Mitgliederzahl des BdV.⁴³ Nach eigenen Angaben von 2010 hat er zwei Millionen Mitglieder, was allerdings von wissenschaftlicher Seite ebenso wie von politischen Gegnern stark angezweifelt wird; so beträgt die Mitgliederzahl aller ihm angehörenden Landsmannschaften gemäß dem BdV-Kritiker Kurt Nelhiebel

Steinbach: Mitgefühl mit den Opfern von Flucht und Vertreibung. DOD. 2008. Vgl. dazu kritisch: Salzborn: Opfer, Tabu, Kollektivschuld, 2007, S. 33-36.

37 Vgl. die Website des BdV: www.bund-der-vertriebenen.de/strukturen-organisation-aufgaben.html (letzter Zugriff: 12.08.2018). Von der deutschen Öffentlichkeit wird der BdV weitgehend als einziger Repräsentant der Vertriebenen akzeptiert. Siehe: Hahn; Hahn: Die Vertreibung im deutschen Erinnern, 2010, S. 517.

38 Zur Struktur des Verbandes und der Unterorganisation vgl. ebenfalls die o.g. Website des BdV.

39 Jakubowska: Der Bund der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und Polen, 2012, S. 4f., 220. Vgl. für eine Definition des BdV als Interessenverband, »pressure« oder »lobby group«: ebd., S. 206.

40 Assmann: Der lange Schatten der Vergangenheit, 2006, S. 192.

41 Wochnik: Non-State Actors, Political Opportunity Structures and Foreign Relations, 2014, S. 226.

42 Vgl. Assmann: Der lange Schatten der Vergangenheit, 2006, S. 203.

43 So konstatiert der Historiker Erich Später in der *Frankfurter Rundschau*: »Nach meinen Kenntnissen ist auch die Zahl von 550.000 organisierten Vertriebenen noch weit übertrieben, da sind meiner Meinung nach höchstens noch 25.000 aktiv. Der BdV hat die Anzahl seiner Mitglieder schon immer grotesk überhöht dargestellt.« – »Konzentration auf Steinbach lenkt ab«. *Frankfurter Rundschau*. 11.02.2010.

zu diesem Zeitpunkt nur 323.000 Mitglieder.⁴⁴ Obgleich die Mitgliedschaft jedem an Kultur und Schicksal der deutschen Vertriebenen Interessierten offensteht, ist der BdV mit dem Problem der Überalterung seiner Führungskräfte und fehlenden Nachwuchses konfrontiert, dem auch die Übernahme der Interessenvertretung der ›Spätaussiedler‹, wie der Russlanddeutschen, nur bedingt entgegenwirken konnte.⁴⁵

Die komplexe Struktur des BdV wird, ebenso wie die Arbeit der Landsmannschaften und der zahllosen Ortsgruppen, oft zu wenig beachtet und stattdessen häufig die Vorstellung eines straffen konservativen Kampfverbandes verfolgt.⁴⁶ Dazu haben viele konservative und nationalistische Stimmen in seinen Reihen immer wieder beigetragen. Philipp Ther verweist ebenfalls auf diese Heterogenität der Verbände, in denen es stets »Versöhner« und »Hardliner« gab.⁴⁷ Jenseits der politischen Arbeit erfüllen die Verbände weiterhin eine wichtige soziale und kulturelle Funktion als Treffpunkt und Ort der Bewahrung des deutschen Kulturerbes in Osteuropa.⁴⁸

1999 initiierte der BdV die *Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen* (ZgV), die in Berlin an zentraler Stelle in Form eines Museums mit einer integrierten Gedenkstätte an die deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung erinnern sollte.⁴⁹ Hierbei knüpfte er an die intensiv geführten Debatte der 1990er Jahre um die Errichtung eines *Denkmals für die ermordeten Juden Europas* an.⁵⁰ Stephan Scholz identifizierte weitere Vorbilder der Zentrumsinitiative, so das *Holocaust Memorial Museum* in Washington oder *Yad Vashem* in Israel.⁵¹ Damit schloss sich der BdV der Forderung verschiedener Opferverbände nach einem jeweiligen zentralen Erinnerungsort in der Bundeshauptstadt an.⁵² Das vorgesehene Zentrum sollte von Bund und Ländern finanziert, dessen Inhalte aber maßgeblich vom BdV bestimmt werden.⁵³

⁴⁴ Nelhiebel: Die Entkoppelung von Krieg und Vertreibung, 2010, S. 65. Vgl. dazu die Pressemitteilung des BdV: Bund der Vertriebenen: Der BdV hat zwei Millionen Mitglieder. 07.01.2010.

⁴⁵ Vgl. Lau: Blühende Museumslandschaften. *Die Zeit*. 25.09.2003. Vgl. auch: Hahn; Hahn: Die Vertreibung im deutschen Erinnern, 2010, S. 516f.

⁴⁶ Vgl. zur Vorstellung vom BdV als »Kampfverband« aus polnischer Sicht: Jakubowska: Der Bund der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und Polen, 2012, S. 206f.

⁴⁷ Ther: Die Außenseiter, 2017, S. 312.

⁴⁸ Vgl. das Kapitel »Mehr als Trachten und Heimattümelei. Das kulturelle Erbe der Vertriebenen« bei: Kossett: Kalte Heimat, 2009, S. 301-322.

⁴⁹ Steinbach: Zentrum gegen Vertreibungen. *DOD*. 13.09.1999. Vgl. Stratmann: Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen nimmt Gestalt an. *DOD*. 19.11.1999. Vgl. für einen chronologischen Überblick über die BdV-Initiative: Haslinger: Opferkonkurrenzen und Opferkonjunkturen, 2011, S. 178-181. Vgl. für die als äußert »unglücklich« bezeichnete Forderung nach einem Mahnmal im potentiellen ZgV: Seibt: Heimat und Totengedenken. *Süddeutsche Zeitung*. 18.07.2003.

⁵⁰ Jakubowska: Der Bund der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und Polen, 2012, S. 180. Haslinger: Opferkonkurrenzen und Opferkonjunkturen, 2011, S. 184f. Berg; Broder: Jedem das Seine. *Der Spiegel*. 2004, S. 132f. Vgl. Hahn; Hahn: »The Holocaustizing of the Transfer-Discourse«, 2008, S. 41.

⁵¹ Scholz: Vertriebenendenkmäler, 2015, S. 324, 350.

⁵² Berg; Broder: Jedem das Seine. *Der Spiegel*. 2004.

⁵³ Jakubowska: Der Bund der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und Polen, 2012, S. 176f.

Kritiker vermuteten, dass das Projekt auch eine Reaktion auf die durch die neue Bundesregierung angekündigten Kürzungen im Bereich der Förderung der Vertriebenenverbände und einen damit einhergehenden Bedeutungsverlust war.⁵⁴ Ein wichtiger Baustein für den Erfolg des ZgV-Projektes war die Beteiligung des langjährigen sozialdemokratischen Spitzenpolitikers Peter Glotz, der glaubhaft in das »linksliberale Meinungsspektrum« hineinwirken konnte.⁵⁵ Mit seinem Tod verlor das Vorhaben nicht nur einen engagierten Verteidiger, sondern auch »massiv an Renommee« in der Öffentlichkeit.⁵⁶ Abgesehen vom Initiatoren Glotz konnten weitere prominente Unterstützer zeitweise oder dauerhaft für das Vorhaben gewonnen werden, wie zum Beispiel die Publizisten Ralph Giordano und Hellmuth Karasek, der grüne Europapolitiker Daniel Cohn-Bendit und der spätere Bundespräsident Joachim Gauck.⁵⁷ Damit erreichte der BdV vorübergehend und öffentlichkeitswirksam den angestrebten gesamtgesellschaftlichen Rückhalt.

Bereits in den »Aufgaben und Zielen« des ZgV vom Juni 2000 hieß es: »Die Vertreibung anderer Völker, insbesondere im Europa des 20. Jahrhunderts, soll im Zentrum erfahrbar werden.«⁵⁸ Diese von Beginn an vorhandene europäische Perspektive mit dem Fokus auf dem Schicksal der deutschen Vertriebenen wurde im Zuge des Diskurses ausgeweitet,⁵⁹ sie entsprach allerdings auch dem Selbstverständnis des BdV, eine der anerkannten Opfergruppen des 20. Jahrhunderts zu repräsentieren.⁶⁰ Nach Erika Steinbach war der europäische Gedanke von Beginn an konstitutiv für das ZgV, auch wenn in der Forschung und Publizistik die Behauptung vertreten wird, dass die ›Europäisierung‹ erst durch äußeren Druck erfolgte.⁶¹

Die seit 1998 amtierende Bundesregierung von Sozialdemokraten und Grünen setzte zunächst erste Zeichen der Entspannung gegenüber den Vertriebenenverbänden. SPD-Innenminister Otto Schily entschuldigte sich öffentlich für das Desinteresse der politischen Linken an dem Thema.⁶² Seine Argumentation war, dass die klare und nicht abzuschließende selbstkritische Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen

54 Vgl. Völkering: Die Musealisierung der Themen Flucht, Vertreibung und Integration, 2010, S. 92.

55 Becker: Geschichtspolitik in der »Berliner Republik«, 2013, S. 485f.

56 Ebd. Vgl. für einen seiner engagierten Debattenbeiträge, der sich intensiv mit den Kritikern des Zentrums gegen Vertreibungen auseinandersetzt: Glotz: Das »Zentrum gegen Vertreibungen« soll anprangern, 2004.

57 Vgl. Douglas: »Ordnungsgemäße Überführung«, 2012, S. 444f.

58 Zentrum gegen Vertreibungen. Stiftung der deutschen Heimatvertriebenen Berlin: »Aufgaben und Ziele«, Juni 2000, 2008, S. 287.

59 Leggewie: Schlachtfeld Europa, 2009, S. 168f. Auch Becker sieht viele der zum Teil dessen Konzeption ignorierenden Vorwürfe gegen das ZgV als unbegründet an: Becker: Geschichtspolitik in der »Berliner Republik«, 2013, S. 485.

60 Uhl: Der gegenwärtige Ort von »Flucht und Vertreibung« im deutschen und österreichischen Gedächtnisdiskurs, 2008, S. 168. Siehe auch: Esch: Zum Verhältnis, 2012, S. 83-85.

61 Der Behauptung, dass sich das ZgV erst unter Druck europäisierte, wird vom BdV entgegengehalten, dass es von Beginn an einen europäischen Zugang hatte: Ein produktiver Streit führt zu neuem Denken. DOD. 2003. Vgl. für die Einordnung von Steinbach: Steinbach: Flucht, Vertreibung, Mahnung, 2016, S. 186, 192. Vgl. zur Kritik an einer vorgeschobenen bzw. vermeintlichen Europäisierung des Vertreibungsgeschehens: Hahn; Hahn: Die Vertreibung im deutschen Erinnern, 2010, S. 103-111. Vgl. auch: Troebst: Towards a European Memory of Forced Migration? 2016, S. 246.

62 Vgl. Steinbach: Flucht, Vertreibung, Mahnung, 2016, S. 178f.

nun Raum lasse für die Erinnerung an die Vertriebenen, die im weiteren Sinne auch Opfer Hitlers waren.⁶³ Gerhard Schröder eröffnete im Jahr 2000 als erster Bundeskanzler den Tag der Heimat, allerdings ohne dem BdV inhaltliche Zugeständnisse zu machen.⁶⁴ Das Verhältnis zwischen SPD und BdV verschlechterte sich bald wieder, auch wenn Vertreter wie Otto Schily und viele SPD-Lokal- und Regionalpolitiker mit den Vertriebenenverbänden weiter in einem konstruktiven Austausch stehen.⁶⁵ So nahm die Bundesregierung das ZgV-Projekt zunächst noch interessiert zur Kenntnis, ehe bald die Ablehnung folgte.⁶⁶ Die CDU/CSU unterstützte es hingegen während ihrer Oppositionszeit von Beginn an. Erste Reaktionen aus Wissenschaft und Politik auf die Planungen führten neben der weiteren Europäisierung des Konzeptes zu einer deutlicheren Verortung des Vertreibungsgeschehens im Kontext der NS-Verbrechen. Die baldige Abwendung der Regierung Schröder vom Zentrumsprojekt beruhte unter anderem darauf, dass die Initiative – trotz eines vergleichsweise modernen Ansatzes und der programmatischen Weite – sowohl im Ausland als auch im Inland mit dem Vorwurf konfrontiert wurde, das Erinnerungsparadigma in Deutschland ändern zu wollen.⁶⁷

Der Verband der KZ-Gedenkstätten sah in dem Projekt ein Anzeichen für die »seit einiger Zeit zu beobachtende Wiederbelebung des deutschen Opfermythos«.⁶⁸ Das ZgV, so die Kritiker, würde die Deutschen in der ›Opferhierarchie‹ aufsteigen lassen und deren Leiden als ebenbürtig, wenn nicht sogar größer als die der jüdischen Opfer und anderer Nationen darstellen.⁶⁹ Erika Steinbach warf man eine subtile »Form der Holocaustisierung des Flucht-und-Vertreibungs-Diskurses« und damit eine Infragestellung der Einmaligkeit der Shoah vor.⁷⁰ Der Linkenpolitiker Jan Korte bemängelte, trotz der

63 Sierp: History, Memory, and Trans-European Identity, 2014, S. 88f.

64 Schmiese: Landsmann Schröder. *Die Welt*. 04.09.2000.

65 Vgl. Wochnik: Non-State Actors, Political Opportunity Structures and Foreign Relations, 2014, S. 220.

66 So stimmten im Jahr 2002 alle im Bundestag vertretenen Parteien für die Einrichtung eines Denkmals oder Zentrums zur Erinnerung an die Vertreibung. Vgl. Haslinger: Opferkonkurrenzen und Opferkonjunkturen, 2011, S. 179. Siehe auch: Schlögel: Nach der Rechthaberei, 2003, S. 17. Vgl. Bundeskanzler Schröder steht Zentrum gegen Vertreibungen aufgeschlossen gegenüber. DOD. 28.01.2000.

67 Vgl. Franzen: Der Diskurs als Ziel? 2008, S. 16-19. Frevert sah in den Planungen des Zentrums gegen Vertreibungen lediglich eine »nationale [...] Nabelschau« statt einer angemessenen zeitlichen, räumlichen und sachlichen Kontextualisierung: Frevert: Geschichtsvergessenheit und Geschichtsversessenheit revisited, 2003, S. 12. Vgl. Assmann: Geschichte im Gedächtnis, 2007, S. 145-149.

68 Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland: Stellungnahme zum Antrag von Abgeordneten der CDU/CSU zur »Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland – Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen«, 2004. Vgl. auch: Franzen: Der Diskurs als Ziel? 2008, S. 19.

69 Niven: German Victimhood, 2006, S. 15.

70 Kelletat: Von der Täter- zur Opfernation? 2003/2004, S. 139. Hahn; Hahn: »The Holocaustizing of the Transfer-Discourse«, 2008, S. 55. Der das ZgV unterstützende Literaturhistoriker, Schriftsteller und SPD-Mitglied Peter Becher konstatiert in der SZ in diesem Zusammenhang: »Die deutsche Debatte zeichnet sich durch ein geradezu absurdes Ausmaß an Unterstellungen aus.« – Becher: Das Leid der Opfer nicht vergessen. *Süddeutsche Zeitung*. 30.10.2003. Schlögel vermerkt, dass »fast alles [an der Debatte] parteipolitisch motiviert« gewesen sei, was allerdings auf die ebenso stattfindende fachwissenschaftliche Debatte nur eingeschränkt zutrifft. Schlögel: Nach der Rechthaberei, 2003, S. 33.

Steinbach zugestandenen klaren Position, in Bezug auf den Holocaust und die deutsche Verantwortung für den Krieg eine »veritable Verharmlosung der Shoah durch ihre sprachliche Parallelisierung mit dem Schicksal der deutschen Bevölkerung am Ende des Zweiten Weltkrieges«, auch wenn ihr selbst dies »vielleicht kaum bewusst, jedenfalls nicht begreiflich« sei.⁷¹

Unversöhnlich standen sich in der bald festgefahrenen Debatte die verschiedenen Seiten gegenüber, bei denen sich drei Positionen in der Bewertung des ZgV ausmachen lassen.⁷² So gab es erstens die des von der CDU/CSU unterstützten BdV, der einen auf die deutschen Opfer fokussierten Erinnerungsort in Berlin schaffen wollte, zweitens die Mittelposition der SPD sowie einiger Intellektueller und Wissenschaftler in Deutschland und im Ausland, die ein derartiges Zentrum zum Beispiel in Breslau oder Straßburg ansiedeln und einen europäischen Ansatz in Form eines Netzwerkes verfolgten wollten. Eine dritte Seite vertrat die Auffassung, dass überhaupt kein Erinnerungsort oder ein Erinnerungsnetzwerk an die Vertreibung der Deutschen erforderlich sei, da es schon genügend Einrichtungen wie das Deutsche Historische Museum oder die verschiedenen Kulturinstitutionen der Vertriebenen gäbe, die dieses Thema ausreichend behandelten.⁷³

Im Zuge der Wahlkämpfe in Deutschland und der Tschechischen Republik im Jahre 2002 erreichte das Verhältnis zu den osteuropäischen Nachbarn durch den Vertreibungsdiskurs einen vorläufigen Tiefpunkt. Mit Sorge wurde die deutsche Debatte im Ausland aufgenommen und zum Teil politisch und medial instrumentalisiert. Die unterstellte Verbindung des BdV mit den Tätigkeiten der 2000 gegründeten *Preußischen Treuhand* und ihren Entschädigungsfordernungen gegen Polen und Tschechien sorgte für weitere Verstimmungen und Ängste in Osteuropa sowie entsprechende Gegenreaktionen.⁷⁴ Bei der Preußischen Treuhand handelt es sich um eine Forderungsgesellschaft einiger Vertriebenenfunktionäre und Privatleute, die nach Vorbild der *Jewish Claims Conference* Entschädigungsfordernungen gegen Polen und Tschechien auf international-juristischem Wege erzielen wollten. Ihre Forderungen waren schließlich aussichtslos und bis heute nicht erfolgreich.⁷⁵ Auch wenn die Verbandsspitze sich deutlich von der

71 Korte; Wiegel: Einleitung, 2009, S. 8.

72 Benthin: Die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa, 2007, S. 57. Vgl. Salzborn: Geteilte Erinnerung, 2008, S. 95-102. Vgl. Franzen: Der Diskurs als Ziel? 2008, S. 8-29.

73 Haslinger: Die Dynamik der aktuellen geschichtspolitischen Debatten um »Flucht und Vertreibung« in Zentraleuropa, 2006, S. 293-298. Vgl. auch: Franzen: Der Diskurs als Ziel? 2008, S. 14-16. Siehe für die Forderung nach einem »Europäischen Netzwerk« zur Darstellung der Zwangsmigration: Faulenbach: Überlegungen zu einer Bonner Erklärung, 2006, S. 37-40. Vgl. zum Breslau-Vorschlag: Traba; Żurek: »Vertreibung« oder »Zwangsumsiedlung? 2015, S. 336. Vgl. zur Unzufriedenheit des BdV mit der Darstellung des Vertreibungsthemas in den Nationalmuseen: Der »Deutsche Osten« wird ausgeklammert. DOD, 2006.

74 Vgl. Franzen: Der Diskurs als Ziel? 2008, S. 21f. Siehe auch: Haslinger: Die Dynamik der aktuellen geschichtspolitischen Debatten um »Flucht und Vertreibung« in Zentraleuropa, 2006, S. 281f., 294f.

75 Vgl. Klute: Entschädigungsklagen ohne Erfolgsaussicht? 2004, S. 6-8.

Preußischen Treuhand distanzierte, wurden in Deutschland die kritischen Stimmen der Nachbarländer besorgt rezipiert und als Argument gegen den BdV angeführt.⁷⁶

Die rot-grüne Bundesregierung initiierte und unterstützte im Folgenden das Alternativprojekt, das sie unter dem Namen *Europäisches Netzwerk Erinnerung und Solidarität* (ENRS) gemeinsam mit Ungarn, der Slowakei und Polen gründete und welches ein wesentlich breiteres Themenspektrum als das Zentrum abdeckte, es sollten nämlich alle Gewalterfahrungen des 20. Jahrhunderts grenzüberschreitend thematisiert werden.⁷⁷ So hieß es in der Pressemitteilung des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien zur Gründung des Netzwerkes im September 2005:

»Die europäische Zukunft wird sich nur in Vielfalt geeint gestalten lassen, wenn es den Völkern Europas gelingt, sich gemeinsam ihrer Geschichte zu erinnern, der gemeinsamen wie der trennenden. Das allein war für die Bundesregierung Antrieb, das Netzwerk zu bauen, und nicht der Versuch, eine Alternative zum geplanten Zentrum gegen Vertreibungen zu schaffen. Diese Idee wird bei unseren Nachbarn als Provokation empfunden, weil der Blick auf das Thema Vertreibung national verengt erscheint. Wir aber wollen eine von Gemeinsamkeit getragene Aufarbeitung.«⁷⁸

Nach den Regierungswechseln in Polen und Deutschland 2005 verblieb das ENRS jedoch in einem Ruhezustand. Nach dessen Revitalisierung Anfang der 2010er Jahre und einer damit einhergehenden Schwerpunktverlagerung hat es bisher keinen Beitrag zum Diskurs über Flucht und Vertreibung geleistet.⁷⁹

Ein vorläufiger Höhepunkt der seit der Jahrtausendwende vielfach in den Medien präsenten neuen Beschäftigung mit Flucht und Vertreibung war die Veröffentlichung von Günter Grass' Novelle *Im Krebsgang* im Frühjahr 2002, der sich eine längere publizistische Diskussion anschloss.⁸⁰ In seinem Buch thematisiert Grass den Untergang der

76 Polen und Deutsche kritisieren »Preußische Treuhand«. FAZ. 16.12.2006. Vgl. Hirsch: Flucht und Vertreibung, 2005, S. 119f. Siehe auch: Douglas: »Ordnungsgemäße Überführung«, 2012, S. 442f. Vgl. ebenfalls: Hackmann: German East or Polish West? 2011, S. 93.

77 Vgl. Völkerling: Flucht und Vertreibung im Museum, 2008, S. 57f. Siehe für eine Zusammenfassung der Entwicklung des *Europäischen Netzwerks Erinnerung und Solidarität* bis 2006: Troebst (Hg.): Vertreibungsdiskurs und europäische Erinnerungskultur, 2006, S. 21-29. Siehe zur Position der SPD: Griefahn: Zentrale Aspekte der Erinnerungskultur und Geschichtspolitik des Bundes, 2009, S. 80.

78 Pressemitteilung der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien: Kulturstatsministerin Weiss begrüßt Vereinbarung von Projekten des »Europäischen Netzwerks Erinnerung und Solidarität«, 09.09.2005. In der FR hieß es dazu kritisch, dass das Netzwerk eine übereilte Gegenreaktion auf das *Zentrum gegen Vertreibungen* und ein »Schönwetterprojekt« sei, das transnationale Streitthemen wie die Zwangsmigration bewusst ausblende: Wagner: Falsche Harmonie. *Frankfurter Rundschau*. 11.08.2005.

79 Vgl. Regente: Europäisches Netzwerk Erinnerung und Solidarität, 2017.

80 Röger: Flucht, Vertreibung und Umsiedlung, 2011, S. 79. Vgl. Schlögel: Nach der Rechthaberei, 2003, S. 17f. Die literarische Beschäftigung mit dem Vertreibungsthema hat Tradition, allerdings erzielten die Werke von Arno Schmidt (*Die Umsiedler*, 1953) oder Siegfried Lenz (z.B. *Heimatmuseum*, 1978) keine derartige Breitenwirkung. 2002 widmete sich *Der Spiegel* mit einem Extraband der Vertreibung der Deutschen und postulierte, dass nun an die deutschen Opfer gedacht werden dürfe: *Der Spiegel*: Die Flucht, Nr. 13, 2002. Vgl. zur Aufmachung und den Inhalten des Spiegel-Magazins: Hahn; Hahn: Die Vertreibung im deutschen Erinnern, 2010, S. 590f.

mit Flüchtlingen überfüllten *Wilhelm Gustloff* im Jahr 1945 und das Nachleben dieses Geschehens, also die vermeintliche Tabuisierung durch die Nachkriegsgeneration und die nach wie vor offenen Wunden der traumatisierten Opfer. Diese müssten endlich besprochen und geheilt werden, damit das Thema nicht den Extremisten überlassen bliebe.⁸¹ Diese – hier stark verkürzte – Botschaft des Buches entfaltete eine ausgesprochene Breitenwirkung. Ihm folgten einige weitere literarische Veröffentlichungen, die sich ebenfalls mit einer verdrängten Vergangenheit und dem Leiden deutscher Opfer befassten.⁸²

Heidemarie Uhl stellt fest, dass durch Grass' Buch und dessen großes Medienecho eine konservative Narration der Vertreibung erfolgreich in der breiteren Öffentlichkeit verankert worden sei.⁸³ Hierfür wird die Herausbildung eines gesellschaftlichen Konsenses über die vermeintliche Tabuisierung des Vertreibungsthemas verantwortlich gemacht: Das bisher mutmaßlich fehlende Gedenken habe das Erinnern und die Beschäftigung mit den eigenen Opfern nun nicht bloß angemessen, sondern auch geboten scheinen lassen.⁸⁴ Auch Ther sieht als entscheidend an, dass dieser im Prinzip alte Opferdiskurs Anfang der 2000er Jahre nur eine erfolgreiche Breitenwirkung erzielen konnte, weil verschiedene »Altlinke« wie »Günter Grass, Helga Hirsch und andere Publizisten« sich der Thematik unter der Postulierung eines vermeintlichen Tabubruchs zuwendeten.⁸⁵

Im Kapitel 4 der vorliegenden Arbeit wurde die Entstehung der Tabuthese in den 1970er und 1980er Jahren diskutiert. Sie ist insofern fortwirkend, als dass alle Jahre erneut ein solcher ›Tabubruch‹ ausgerufen wird, wie sich zuletzt bei der Ausstrahlung des zweiteiligen TV-Spielfilms *Die Flucht* von 2007 zeigte, der in Deutschland 12,5 Millionen Zuschauer erreichte und mehrere Preise gewann.⁸⁶ Bettina Schlüter vermutet, dass es in Bezug auf mediale ›Tabubrüche‹ nicht nur um eine Vermarktungsstrategie gehe, sondern auch um die Rechtfertigung, ein Thema immer wieder aus der gleichen Perspektive zu behandeln.⁸⁷

Thomas Speckmann bezeichnet die intensive Beschäftigung der Printmedien und des Fernsehens mit dem Vertreibungsthema als »massenmediale ›Erinnerungs-offensive‹«, welche eine außerordentliche Resonanz und ein starkes gesellschaftliches

81 Vgl. für eine Zusammenfassung: Assmann: Der lange Schatten der Vergangenheit, 2006, S. 195–198. Vgl. für eine kritische Besprechung des Buches: Margalit: Guilt, Suffering, and Memory, 2010, S. 261–268.

82 So z.B. Tanja Dückens *Himmelskörper* (2003), Reinhard Jirgl's *Die Unvollendeten* (2003) und Christoph Heins *Landnahme* (2004). Siehe: Kelletat: Von der Täter- zur Opfernation? 2003/2004, S. 134. Vgl. auch: Berger: On Taboos, Traumas and Other Myths, 2006, S. 211.

83 Uhl: Deutsche Schuld, deutsches Leid, 2005, S. 167f.

84 Speckmann: Renaissance des Themas in den Medien, 2005, S. 177. Vgl. Margalit: Guilt, Suffering, and Memory, 2010, S. 260f.

85 Ther: Der Diskurs um die Vertreibung, 2008, S. 34.

86 Vgl. Schlüter: »Politisch korrekt und auch sonst schwach«, 2012, S. 390f. Schlüter weist gleichwohl auf den »›politisch-korrekt[en]‹ Charakter des Filmes hin, der ›gleich zu Beginn des Films diesen Verlust aus einer Perspektive der Nachkriegszeit exponiert und [...] als Ergebnis der selbst-verschuldeten nationalsozialistischen Aggressionspolitik ausweist.« (S. 396). Siehe dazu auch die Besprechung im DOD: Die Flucht – Ein Film wöhlt auf. DOD. 2007.

87 Schlüter: »Politisch korrekt und auch sonst schwach«, 2012, S. 391.

Echo erreicht habe.⁸⁸ Die ARD-Dokumentation *Die Vertriebenen. Hitlers letzte Opfer* (2001) bestätigte bereits durch ihren Titel, dass eine ›Einreihung‹ der deutschen Opfer in die Reihe der anderen Opfer des Nationalsozialismus erfolgen kann.⁸⁹ Guido Knopps ZDF-Dokumentation *Die große Flucht* (2002) wurde als besonderes Medienereignis zelebriert. Obgleich die Vertriebenenverbände inhaltliche Kritik an der Dokumentation äußerten, überwog bei ihnen letztlich die Befriedigung, dass das ZDF hiermit zu einer massenmedialen Verbreitung der Thematik beitragen würde.⁹⁰

Der neue Diskurs um Flucht und Vertreibung war Teil einer breiten medialen und politischen Debatte, in der neben den Vertreibungsopfern auch andere deutsche Opfergruppen des Zweiten Weltkrieges, wie die Bombenopfer und Kriegsgefangenen, intensiv thematisiert wurden.⁹¹ Kritiker dieser Debatte und einer vermeintlich einseitigen Schau auf die eigenen Opfer warnten vor einem »Neuen Deutschen Opferdiskurs«.⁹² Sie fühlten sich an die Selbstviktimsierung der frühen Bundesrepublik zurückerinnert und äußerten sich entsprechend alarmiert, so die Historikerin Ute Frevert: »[...] man kann geradezu von einer Rückkehr, ja von einem *Rückschlag der deutschen Opfererinnerung* sprechen.«⁹³ Die konservative Zeitung *Die Welt* hingegen sah in der zunehmenden Bedeutung globaler Menschenrechtsdiskurse eine entscheidende Ursache für die Öffnung von Teilen der politischen Linken gegenüber dem Schicksal der Vertriebenen sowie den Vertriebenenverbänden:

»Die Berührung zwischen den Sozialdemokraten [...] und der Exponentin der Vertriebenen-Verbände, die lange im Ruch des Revanchismus standen, zeigt einen fundamentalen Wandel der politischen Kultur an, einen Paradigmenwechsel, der das Thema Vertreibung aus den Bezügen des Kalten Krieges und der Entspannungspolitik weitgehend herausgelöst hat. Die Erinnerung daran ist nicht mehr Sache einer verbitterten Minderheit, sondern aller, denen das Bekenntnis zu den Menschenrechten nicht nur Lippenbekenntnis sein soll.«⁹⁴

Die *Neue Zürcher Zeitung* versuchte diesen neuen Zeitgeist der »Berliner Republik« im Jahr 2002 zu erfassen:

- 88 Speckmann: Renaissance des Themas in den Medien, 2005, S. 177. Vgl. zu den medialen Eigenlogiken, z.B. den kommerziellen Vermarktungstechniken: Röger: Flucht, Vertreibung und Umsiedlung, 2011, S. 109. Siehe ausführlich zu Funktion und Praxis der Medien beim Vertreibungsdiskurs seit 2002: ebd., S. 79-105.
- 89 Erika Steinbach begrüßte die Dokumentation und leitete daraus die Begründung für ein ZgV ab: Stratmann: ARD-Serie zu Vertriebenen zeigt, Zentrum gegen Vertreibungen wird immer dringender benötigt. DOD. 30.03.2001.
- 90 Salzborn: Opfer, Tabu, Kollektivschuld, 2007, S. 40. Vgl. dazu die Besprechung im DOD: Patzke: »Die große Flucht«. DOD. 16.11.2001.
- 91 Speckmann: Renaissance des Themas in den Medien, 2005, S. 177. Vgl. Assmann: Der lange Schatten der Vergangenheit, 2006, S. 184-189. Siehe auch: Oppen; Wolff: From the Margins to the Centre? 2006, S. 195.
- 92 Hahn; Hahn: Die Vertreibung im deutschen Erinnern, 2010, S. 590-592.
- 93 Frevert: Geschichtsvergessenheit und Geschichtsversessenheit revisited, 2003, S. 9. Vgl. Bebenek: The Heimat Maneuver, 2007, S. 166.
- 94 Fuhr: Scharfe Thesen. *Die Welt*. 04.10.2003. Vgl. zur neuen Beschäftigung mit dem Vertreibungs-komplex durch die politische Linke: Hirsch: Flucht und Vertreibung, 2003, S. 14.

»Eine neue Unbefangenheit kennzeichnet diesen [...] Zeitgeist. Im Gewand der ›Normalisierung‹ tritt er am liebsten auf, einem ubiquitären Dress, der als Überwurf für weitere Zeitgeistereien taugt, als da wären: Historisierung der NS-Vergangenheit, Pluralisierung der Geschichtsbilder, Aufwertung detaillierter empirischer Forschung gegenüber dem moralischen Urteil, Hebung des deutschen Selbstgefühls auf eine ›partnerschaftliche‹ Höhe im Verhältnis zu anderen Nationen, Abschied vom Pazifismus und vom negativen Nationalismus. Manchem wird diese Aufzählung bereits genügen, um den mentalen Status quo der Berliner Republik im neuen Jahrhundert umrissen zu finden, aber die Diskussion über das Buch von Günter Grass belehrt uns darüber, dass zur deutschen ›Normalisierung‹ ein weiteres Element gehört: der Eintritt in die internationale Opferkultur.«⁹⁵

Interessant ist hier wie für den gesamten weiteren Verlauf des Diskurses, dass die Zeitzugen der Vertreibung selbst kaum als Akteure präsent waren. Die Ursachen dafür liegen unter anderem im medialen Fokus auf die Person Erika Steinbach als Spitzel des Dachverbandes der Vertriebenen. Gegenerzählungen von Vertriebenen, die nicht mit der Verbandspolitik des BdV einverstanden waren, fanden nur selten öffentlich Gehör.⁹⁶ Ein Beispiel dafür sind die Projekte des Frauenverbandes im BdV, welche sich, häufig in deutsch-polnischer Kooperation, dem Nachwirken, den »Langen Schatten«, von Flucht und Vertreibung bei den betroffenen Menschen und in den betroffenen Ländern widmeten.⁹⁷ Unabhängig von den Verbandsspitzen sieht Norman Naimark aber auch ein Interesse vieler Vertriebener nach sozialer Anerkennung in Form der Errichtung einer zentralen Dokumentations- und Gedenkstätte.⁹⁸

Weltweit, besonders aber in Polen und Tschechien, verfolgte man die Diskussionen in Deutschland aufmerksam und beteiligte sich selbst aktiv an der Debatte über die Ausrichtung des ZgV.⁹⁹ Die zunehmend konfrontativer werdenden Auseinandersetzungen um das ZgV verbanden sich mit einer Reihe weiterer Entwicklungen zu einer im Ausland inakzeptablen Melange, so der Gründung der schon erwähnten Preußischen Treuhand durch Mitglieder des rechten Flügels des BdV und der offensiv vorgetragenen Forderung nach Aufhebung der ›Beneš-Dekrete‹ durch Edmund Stoiber gegenüber der Tschechischen Republik im Wahlkampf 2002.¹⁰⁰ Der bayerische Ministerpräsident und Spitzenkandidat der CDU/CSU für die Bundestagswahlen 2002 beförderte dieses sudeutsche-tschechische Thema, was zugleich an eine verbreitete Skepsis in Deutschland gegenüber den sozialen und politischen Folgen der EU-Osterweiterung anknüpft.

⁹⁵ GÜNTNER: Opfer und Tabu. *NZZ*. 23.02.2002.

⁹⁶ Dabei sollten »[...] die Vertriebenen nicht [...] nur als passive Gefolgschaft der Vertriebenenverbände oder als anonymes Wählerpotential der Parteien vorkommen, sondern als eigenständig agierende Subjekte wahr- und ernstgenommen werden, deren persönliche Verarbeitungsstrategien es wert sind, rekonstruiert zu werden.« – SCHOLZ: Rezension zu: DEMSHUK: *The Lost German East*, 2012.

⁹⁷ Vgl. KELLERHOFF: Ehrliche Wege aus dem Schatten der Vertreibung. *Die Welt*. 26.04.2007.

⁹⁸ NAIMARK: *Europäische Geschichte*, 2005, S. 28.

⁹⁹ Vgl. SIERP: *History, Memory, and Trans-European Identity*, 2014, S. 87f.

¹⁰⁰ Vgl. HOUŽVIČKA: *Czechs and Germans 1848–2004*, 2015, S. 421f.

fen konnte.¹⁰¹ Insgesamt war die Zeit geprägt von einer Verstärkung älterer Stereotype auf beiden Seiten. In Polen und Tschechien traute man der Distanzierung Erika Steinbachs von einem tatsächlichen Revanchismus nicht und befürchtete eine Umkehr von Opfern und Tätern des Zweiten Weltkrieges und damit im schlimmsten Falle eine Infragestellung der Nachkriegsordnung. In Deutschland wurden diese Ängste nicht ausreichend reflektiert, die sich noch 2004 in Umfragen zeigten, nach denen in Tschechien 30 Prozent und in Polen 60 Prozent der Menschen Sorge vor deutschen Restitutionsansprüchen hatten.¹⁰² Ein fortwährendes Problem in Deutschland war und ist zudem die mangelnde Kenntnis der polnischen und tschechischen Geschichte im Allgemeinen und der Geschichte der deutschen Besatzungsherrschaft sowie des deutschen Antipolonismus und Antislawismus im Besonderen.¹⁰³ Die sich aus deutschen und polnischen Wissenschaftlern zusammensetzende *Kopernikus-Gruppe* fasste Ende 2004 die missliche Lage zusammen:

»In Deutschland beobachten wir eine dauerhafte Nichtbeachtung nachvollziehbarer polnischer Empfindlichkeiten, Oberflächlichkeit bei aller propolnischer Grundhaltung der wichtigsten politischen Parteien und einen Paternalismus, der die Entwicklung partnerschaftlicher, ›erwachsener‹ Beziehungen erschwert. Auf polnischer Seite beobachten wir unkontrollierte und emotionale Reaktionen und Rückfälle in ein alt hergebrachtes Feindbild des Deutschen bis in die auflagenstärksten Printmedien und, was wir für außerordentlich beunruhigend halten, bis in die Mitte des Parlaments hinein. Gegen besseres Wissen werden in zynischer Weise oder aus Gedankenlosigkeit und schierem Nichtwissen die Errungenschaften polnischer Europa- und Deutschlandpolitik der letzten 15 Jahre aufs Spiel gesetzt.«¹⁰⁴

Auch wenn Edmund Stoiber schließlich die Wahl verlor, blieb das Verhältnis zwischen den Ländern beschädigt. In Deutschland selbst gab es weiterhin keine Einigung, ob und wie eine Institution zur Erinnerung an die Vertreibung geschaffen werden sollte.

Der erste eigenständige Diskursbeitrag des Zentrums gegen Vertreibungen war die im Jahr 2006 öffentlichkeitswirksam präsentierte Ausstellung *Erzwungene Wege* im Berliner Kronprinzenpalais.¹⁰⁵ Diese behandelte in einer breiten Zusammenstellung verschiedene Vertreibungsvorgänge im 20. Jahrhundert, darunter Flucht und Vertreibung der Deutschen, ohne dass diese als Schwerpunkt zu erkennen waren.¹⁰⁶ Die deutsche

¹⁰¹ Vgl. Handl: Die Politik des wiedervereinigten Deutschland gegenüber der Tschechischen Republik, 2010, S. 234. Andere Politiker der Bundesrepublik betonten hingegen, dass die Unterstützung der EU-Osterweiterung durch Deutschland auch eine Pflicht aufgrund der deutschen Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg sei: Sierp: History, Memory, and Trans-European Identity, 2014, S. 74. Siehe auch: Ther: Der Diskurs um die Vertreibung, 2008, S. 42.

¹⁰² Grußwort von Prof. Dr. Hermann Schäfer, 2006, S. 12f.

¹⁰³ Ther: Der Diskurs um die Vertreibung, 2008, S. 31.

¹⁰⁴ Kopernikus-Gruppe: Arbeitspapier IX der Kopernikus-Gruppe, Dezember 2004, S. 350.

¹⁰⁵ Vgl. den Ausstellungskatalog: Zentrum gegen Vertreibungen: Erzwungene Wege, 2011. Siehe für eine umfassende Diskussion der Ausstellung: Völkerling: Flucht und Vertreibung im Museum, 2008, S. 86–115.

¹⁰⁶ Assmann: Geschichte im Gedächtnis, 2007, S. 148f. Vgl. den Artikel im DOD: Pragal: »Erzwungene Wege« zum kollektiven Gedächtnis. DOD. 2006. Vgl. auch: Troebst: Towards a European Memory of Forced Migration? 2016, S. 246.

Kriegsschuld sowie deutsche Kriegs- und Vertreibungsverbrechen fanden deutliche Berücksichtigung.¹⁰⁷ Erstmals thematisierte in Deutschland eine Ausstellung umfassend die Vertreibungen der Polen durch NS-Deutschland sowie der Polen aus den *kresy* durch die Sowjetunion. Polnische Kritiker bewerteten diese Darstellung aber in der Gesamtschau als unzureichend und vielmehr als Verschleierungstaktik des eigentlichen Anliegens des BdV.¹⁰⁸

Auch weitere Kritiker des Zentrums sahen sich in ihrer These bestätigt, dass das BdV-Projekt die deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung, entkontextualisiert von der vorherigen NS-Terrorherrschaft über Osteuropa, in einer »großen Rundschau« von Vertreibungsvorgängen im 20. Jahrhundert in den Mittelpunkt stellen wollte.¹⁰⁹ Weiter warfen sie der Ausstellung vor, durch die Einordnung der deutschen Vertriebenen in das Schicksal von weltweit und weitgehend unbestritten als ›unschuldig‹ anerkannten Opfergruppen wie der Armenier den Opferstatus der deutschen Vertriebenen und damit der Deutschen zur Gänze belegen und universalisieren zu wollen.¹¹⁰ Dies könnte aber letztlich nie gelingen, da – neben der Missbilligung in Deutschland selbst – bei den osteuropäischen Nachbarn der Status der ausschließlich unschuldigen Opfer in Bezug auf die deutschen Vertriebenen immer bestritten würde.¹¹¹

Kritiker wie Philipp Ther und Aleida Assmann befürchteten, dass Erika Steinbach und der BdV unter dem Deckmantel der europäischen Perspektive die Geschichtspolitik der Bundesrepublik nachhaltig verändern und das Gedenken an den Holocaust als zentrales Ereignis des 20. Jahrhunderts durch ein »Jahrhundert der Vertreibungen« verdrängen wollten.¹¹² In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* hieß es wiederum unter Bezug auf voreilige Verurteilungen, dass »[d]ie schärfsten Kritiker« bereits vor Betreten der Ausstellung wüssten, »dass dort ›Geschichte umgeschrieben‹ und ›Täter zu Opfern gemacht würden«.¹¹³ Teile der Presse lobten den umfassenden europäischen Zugriff auf

¹⁰⁷ Assmann: Geschichte im Gedächtnis, 2007, S. 148.

¹⁰⁸ Marek A. Cichocki und Dariusz Gawin kritisieren die Darstellung der Zwangsmigration der Polen scharf, diene sie doch lediglich in der faktographischen Zusammenstellung verschiedener Vertreibungen als »Alibi«, was sich daran zeige, dass im Ausstellungsteil, in dem Verlust und Dialog thematisiert werden, Polen »überhaupt nicht« vorkomme oder lediglich als Adressat und nicht als gleichrangiger Partner: Cichocki; Gawin: Verdrehte Wege. *Rzeczpospolita*. 04.11.2006.

¹⁰⁹ Assmann spricht von einer »rein parataktischen Weise, sehr unterschiedliche Ereignisse« aneinanderzureihen und so eine vermeintlich europäische Perspektive zu gewährleisten. Assmann: Geschichte im Gedächtnis, 2007, S. 149. Siehe dazu ähnlich: Boll; Kruke: Zwangsmigration in Europa im 20. Jahrhundert, 2006, S. 16.

¹¹⁰ Vgl. Ther: Der Diskurs um die Vertreibung, 2008, S. 33. Ebenso: Haslinger: Opferkonkurrenzen und Opferkonjunkturen, 2011, S. 188f.

¹¹¹ Ther: Der Diskurs um die Vertreibung, 2008, S. 33. Die Stimmen in Polen, die eine Berechtigung der Vorstellungen der deutschen Vertriebenenverbände und ihren Status als anzuerkennende Opfergruppe akzeptierten, waren zu dem Zeitpunkt deutlich in der Minderheit: Majewski: Zwischen Versöhnung und Verteidigung nationaler Interessen, 2008, S. 51.

¹¹² Assmann: Geschichte im Gedächtnis, 2007, S. 149. Aleida Assmann fasste die verbreiteten Bedenken zusammen: »Die Irritation an der Sonderinitiative von Frau Steinbach konzentriert sich auf die Sorge, dass es ihr unterhalb der vergleichenden europäischen Sicht um eine nationale Perspektive geht, welche die Koordinaten der deutschen Geschichtspolitik verschiebt.« Assmann: Konstruktion von Geschichte in Museen, 2007, S. 11. Vgl. Ther: Der Diskurs um die Vertreibung, 2008, S. 33f.

¹¹³ Dietrich: Unfähig zur Versöhnung. FAZ. 07.09.2006. Vgl. Kossett: Kalte Heimat, 2009, S. 346.

die Thematik und die damit verbundene Beschäftigung mit wenig bekannten Zwangsmigrationsprozessen ebenso wie die zurückhaltende Darstellung der Vertreibung der Deutschen.¹¹⁴

Weitere Ausstellungen des ZgV folgten: 2009 die Ausstellung *Die Gerufenen*, die eine möglichst vollständige Rundschau aller deutschen Siedlungsgruppen in Südost- und Osteuropa außerhalb der ehemaligen deutschen Grenzen zeigte. 2011 behandelte dann die Ausstellung *Angekommen* die Integration der deutschen Vertriebenen. Als Wanderausstellungen konzipiert, sind sie ohne größere mediale Aufmerksamkeit weiterhin in Deutschland unterwegs. 2016 zeigte das ZgV erstmals die Ausstellung *Verschwunden – Orte, die es nicht mehr gibt*. Im Oktober 2018 folgte *In Lagern – Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1941–1955*.¹¹⁵

Gleichzeitig mit der ersten Ausstellung des ZgV im Berliner Kronprinzenpalais war die zunächst 2005 in Bonn gezeigte Ausstellung des *Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland* (HdG) mit dem Titel *Flucht, Vertreibung, Integration* zu Gast im gegenüberliegenden Deutschen Historischen Museum. Die Ausstellung des HdG ist als Reaktion des staatlichen Museums auf die Debatte um das ZgV zu verstehen.¹¹⁶ Im Gegensatz zu den *Erzwungenen Wegen* behielt diese einen nationalen Fokus bei und sah die Verantwortung für die Vertreibungen wesentlich in der nationalsozialistischen Politik, wohingegen die ZgV-Ausstellung mit ihrer Rundschau auch die grundsätzliche Entwicklung des Nationalismus seit dem 19. Jahrhundert für die Zwangsmigrationen verantwortlich machte.¹¹⁷ Die Ausstellung des HdG zählte nach eigenen Angaben in Bezug auf die Besucherzahlen zu den erfolgreichsten Ausstellungen des Hauses überhaupt.¹¹⁸

Letztlich ist zu konstatieren, dass die Ausstellung des ZgV inhaltlich und mit ihrem europäischen Ansatz innovativer war als die in dieser Frage konventionellere Ausstellung des HdG, auch wenn letztere museologisch auf einem höheren Niveau rangierte.¹¹⁹ Die öffentliche Kritik richtete sich am Ende jedoch vor allem gegen den Verantwortlichen der Ausstellung:

»Unabhängig davon, wie neutral, korrekt und zurückhaltend beide Ausstellungen zu agieren versuchen – die leidenschaftlichen Proteste geben doch zu denken, ob man mit der Trägerschaft [des Zentrums gegen Vertreibungen, V. R.] nicht den Bock zum Gärtner macht. Erst recht, wenn im Gästebuch der aktuellen Vertriebenen-Ausstellung

¹¹⁴ Völkerling: Flucht und Vertreibung im Museum, 2008, S. 112–115. Vgl. für eine abwägende Einordnung durch die Presse: Weiland: Auf schmalem Grat. *Spiegel Online*. 10.08.2006.

¹¹⁵ Vgl. hierzu die verschiedenen Ausstellungskataloge: Zentrum gegen Vertreibungen: *Die Gerufenen*, 2009. Zentrum gegen Vertreibungen: *Angekommen*, 2011. Zentrum gegen Vertreibungen: *Verschwunden*, 2017. Zentrum gegen Vertreibungen: *In Lagern*, 2019.

¹¹⁶ Assmann: Konstruktion von Geschichte in Museen, 2007, S. 11. Vgl. das Begleitbuch zur Ausstellung: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): *Flucht, Vertreibung, Integration*, 2005. Siehe für eine Diskussion der Ausstellung: Völkerling: Flucht und Vertreibung im Museum, 2008, S. 65–85.

¹¹⁷ Der Historiker Erich Später sieht hingegen in beiden Ausstellungen eine die deutsche Schuld relativierende Opferperspektive: »Konzentration auf Steinbach lenkt ab«. *Frankfurter Rundschau*. 11.02.2010.

¹¹⁸ Assmann: Geschichte im Gedächtnis, 2007, S. 146.

¹¹⁹ Becker: Geschichtspolitik in der »Berliner Republik«, 2013, S. 490. Vgl. Schmid: Ein Draht zu den Toten. *Die Welt*. 27.10.2007.

ein älterer Besucher in Krakelschrift davon träumt, im ›feldgrauen Ehrenkleid‹ nach Polen zurückzukehren! [...].«¹²⁰

Der Diskurs um Flucht und Vertreibung sowie die Befürchtung eines möglichen Wandels der bundesrepublikanischen Geschichtskultur ebbten zunächst nicht ab, wie die Reaktionen auf eine wahrscheinlich missinterpretierte Rede des Stellvertreters des Bundesbeauftragten für Kultur und Medien Hermann Schäfer zeigte, der 2006 bei einer Gedenkveranstaltung in Buchenwald vor allem über sein Ausstellungsprojekt, die oben erwähnte Ausstellung des HdG, berichtete. Daran schloss sich eine längere Debatte an. Im *Tagesspiegel* hieß es:

»[...] Und Volkhard Knigge, der Leiter der Gedenkstätte Buchenwald, forderte von der Bundesregierung gar eine ›Klarstellung ihres Geschichtsbildes‹. Andernfalls müsste man Schäfers Rede als Paradigmenwechsel verstehen, nach dem die deutsche Regierung nun nicht den Holocaust und seine Opfer, sondern Flucht und Vertreibung in den Mittelpunkt stellt.«

Weiter schlussfolgerte der Autor des Artikels:

»Dass die deutsche Erinnerungspolitik im Wandel ist, ist unschwer zu erkennen. Das betrifft vor allem das Thema Vertreibungen. Hatte schon im Koalitionsvertrag die Ankündigung, in Berlin ein ›sichtbares Zeichen‹ gegen Flucht und Vertreibung setzen zu wollen, vielfach für Unbehagen gesorgt, ist auch Schäfers Berufung [zum Leiter der Abteilung Kultur und Medien im Bundeskanzleramt, V. R.] als solches Zeichen zu verstehen. Schäfer ist auch Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der Stiftung ›Zentrum gegen Vertreibungen‹.«¹²¹

Der im Kapitel 7.1.1 diskutierte Kompromiss und Weg zur Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung nach 2005 führte zu keiner Beruhigung der öffentlichen Diskussion. Anfang März 2010, als die Debatte um die Besetzung des Stiftungsrates der SFVV ihren Höhepunkt erreichte, konstatierte die FAZ resigniert, dass die Diskussion mittlerweile »groteske Züge« annehme und die »politisch Verantwortlichen« den eigentlichen Anlass, »die Geschichte von Flucht und Vertreibung von Millionen Menschen im Zweiten Weltkrieg und der Nachkriegszeit, das Versprechen, ethnische Säuberungen in Europa seit dem neunzehnten Jahrhundert im historischen Kontext mittels einer Ausstellung erfahrbar zu machen«, beinahe vollständig »aus dem Blick verloren« hätten: »Stattdessen sind sie unermüdlich damit beschäftigt, ideologisch befeuerte Schwelbrände zu löschen und alte Rechnungen zu begleichen.«¹²²

¹²⁰ Tilmann: Wenn die Erinnerung vertrieben wird. *Der Tagesspiegel*. 29.08.2006. Vgl. ähnlich: Völkerling: Von der privaten Stiftung »Zentrum gegen Vertreibungen« zur Bundesstiftung »Flucht, Vertreibung, Versöhnung«, 2011, S. 133. Vgl. für die Zusammenstellung weiterer Einträge des Besucherbuches: Völkerling: The Musealization of ›Flight,‹ ›Expulsion,‹ and ›Integration in the Federal Republic of Germany, 2011, S. 120.

¹²¹ Tilmann: Wenn die Erinnerung vertrieben wird. *Der Tagesspiegel*. 29.08.2006. Siehe zum »Buchenwald-Eklat«: Völkerling: Flucht und Vertreibung im Museum, 2008, S. 119-122.

¹²² Mönch: Unsichtbares Zeichen. FAZ. 09.03.2010.

Stimmen des Ausgleichs blieben zu diesem Zeitpunkt selten. In der Zeitschrift *forum erwachsenenbildung* erkannte die evangelische Theologin Petra Bahr in den innerdeutschen Debatten manche westdeutsche Überheblichkeit gegenüber den Opfern von Flucht und Vertreibung und verwies auf die Komplexität von Täter- und Opferschaft:

»Leid lässt sich niemals mit Leid aufwiegen. Wer allerdings das Leid und die Greuel an Deutschen verschweigt, weil ›irgendwer ja für die deutsche Barbarei bezahlen müsste, der geht zynisch mit dem Leid Anderer um. Wer seit Generationen in Düsseldorf, München oder Nordhorn lebt, kann nicht ermessen, was Heimatverlust bedeutet: der Verlust von Besitz, von Sprache, von Kultur, von Vertrauen. Massenvergewaltigungen, Deportationen, Hunger, Enteignung und Vertreibung bleiben immer Unrecht, auch wenn das Unrecht manchmal Täter traf. Die Geschichte von Flucht und Vertreibung ist auch deshalb so schmutzig, weil hier nicht nur Opfer Opfer, sondern auch Täter Opfer und Opfer Täter wurden.«¹²³

Weiter verband Bahr bereits zu diesem Zeitpunkt die Erinnerung an die Vertreibung mit einem Plädoyer für eine humanistische Flüchtlingspolitik in der Gegenwart:

»Eine Gesellschaft, die die Traumata der Vertriebenen hören will, kann auch die Vertreibungen der Gegenwart nicht achselzuckend zur Kenntnis nehmen. Sie wird anders mit Migrantinnen und Migranten umgehen, sich für Flüchtlinge in aller Welt einsetzen und die ›Festung Europa‹ durchlässig gestalten.«¹²⁴

Nach diesem vorerst letzten Höhepunkt der grundsätzlichen Debatte um die Erinnerung an Flucht und Vertreibung blieben die folgenden Jahre ruhiger, allerdings unterbrochen durch die teils heftigen Auseinandersetzungen um die Abberufung des Direktors der SFVV und die Neubesetzung der Position 2014/2015. Zudem verbesserte sich im Vergleich zu 2006 in einer repräsentativen Umfrage die generelle Meinung in Deutschland sowie speziell der deutschen Vertriebenen und ihrer Nachfahren gegenüber Polen. Damit schienen sich langfristige Tendenzen der Annäherung durch die europäische Integration und ein damit einhergehender allmählicher Abbau älterer Vorurteile zu zeigen.¹²⁵ 2018 zeigten sich schon wieder deutlich gegenläufige Neigungen, wie in Kapitel 5.2 noch diskutiert wird.

Die Umsetzung einer älteren Forderung des Bundes der Vertriebenen, einen bundesweiten Gedenktag an Flucht und Vertreibung einzurichten, gelangte 2013 in den Koalitionsvertrag.¹²⁶ Die Institutionalisierung dieses 2015 erstmals durchgeföhrten Gedenktages war zuvor in der Wissenschaft äußerst kritisch betrachtet worden, so zum Beispiel von Stephan Scholz, der darauf hinwies, dass bisher nur die Holocaustopfer einen eigenen Gedenktag neben dem für alle Opfergruppen gedachten Volkstrauertag hätten.¹²⁷ Politisch fand die Große Koalition den Kompromiss, den Gedenktag nicht am

¹²³ Bahr: Aufrichtiges Gedenken, 2010, S. 64.

¹²⁴ Ebd., S. 65.

¹²⁵ Wielinski: Niemcy+Polska=WNM. *Gazeta Wyborcza*. 16.06.2015.

¹²⁶ Vgl. zur Entwicklung bis 2015: Steinbach: Flucht, Vertreibung, Mahnung, 2016, S. 234-236.

¹²⁷ Scholz: Vertriebenendenkmäler, 2015, S. 368. Vgl. zur Kritik und für eine knappe Zusammenfassung der Entwicklung bis 2015: Dräger: Ein Hoch auf Flucht und Vertreibung? 2015, S. 50-54.

vom BdV favorisierten 5. August (Tag der Verabschiedung der Charta der Heimatvertriebenen 1950), sondern gemeinsam mit dem Weltflüchtlingstag am 20. Juni zu begreifen. Die seither von der Bundesregierung organisierten zentralen Gedenkveranstaltungen im Schlossbrunnen des Deutschen Historischen Museums integrieren diese beiden Elemente durch Zeitzeugen und Reden zur historischen Flucht und Vertreibung sowie zu aktuellen Fluchtbewegungen.¹²⁸ In den unter anderem bisher von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundespräsident Joachim Gauck gehaltenen Reden wurden Verbindungen, aber auch Unterschiede der Schicksale gesucht.¹²⁹ Die 2018 gehaltene Ansprache von Angela Merkel, in der sie die Vertreibungen als »bitteres Unrecht« beurteilte, führte zu Empörung in Tschechien, aber zu keiner weiteren Resonanz in der Bundesrepublik oder Polen.¹³⁰ Die negativen Reaktionen in Tschechien überraschen insofern, als die Bundeskanzlerin nur die seit jeher von allen Bundesregierungen vertretene Position, die Vertreibungen als unrechtmäßig zu betrachten, in eigenen Worten wiederholt hatte, ohne darauf beruhende weitergehende Forderungen zu erheben.¹³¹ Abgesehen von diesem Intermezzo sind die Beziehungen zu Polen und Tschechien mittlerweile durch andere Themen belastet.

Neben weiteren kontroversen Fragen wie der künftigen Gestaltung der EU oder der Rechtsstaatlichkeit in Polen führte die sogenannte Flüchtlingskrise seit 2015 zu einer verschärften Spaltung Europas und Verschlechterung des Verhältnisses von Deutschland zu seinen östlichen Nachbarländern. Die liberale deutsche Asyl- und Migrationspolitik traf dort auf große Ablehnung und sowohl die polnische PiS-Partei als auch Andrej Babiš in Tschechien gewannen ihre Wahlen 2015 und 2017 auch mit einer deutlichen Ablehnung der Asylpolitik Angels Merkels.¹³² In Deutschland wiederum traf die harte Haltung Polens und Tschechiens, keine Flüchtlinge aus dem Nahen Osten und Afrika aufzunehmen und sich einem europäischen Verteilungsmechanismus zu verweigern, auf Unverständnis und Ablehnung.¹³³

Für den innerdeutschen Diskurs um Flucht und Vertreibung ist die schon beim Gedenktag deutlich gewordene Parallelisierung des historischen Geschehens mit den

128 Vgl. Kiesel: Die Vertriebenen von gestern und heute. *Deutsche Welle*. 20.06.2018.

129 Rede von Bundespräsident Joachim Gauck zum Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20.06.2015.

130 Rede von Bundeskanzlerin Merkel zum Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni 2018 in Berlin. Vgl. Kap. 5.3, S. 259.

131 Vgl. zum bundesrepublikanischen Konsens, die Vertreibungen als völkerrechtswidrig zu betrachten: Handl: Die Politik des wiedervereinigten Deutschland gegenüber der Tschechischen Republik, 2010, S. 230.

132 Vgl. für Polen: Schuller: Sprache des Hasses. FAZ. 15.10.2015. Vgl. für Tschechien: Meier: Asselborn zeigt Unverständnis für tschechischen Wahlsieger. *Der Tagesspiegel*. 22.10.2017. Vgl. zur Ablehnung des deutschen Umganges mit der ›Flüchtlingskrise‹ in Tschechien: Janzer: Beziehung im Wandel. *Radio Praha*. 16.01.2017.

133 In Polen verwies man neben der Ablehnung ›islamischer Einwanderung‹ darauf, dass man viele Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen habe. Die Ukrainer in Polen sind jedoch zu einem Großteil mittlerweile wichtige Arbeitsmigranten für die polnische Wirtschaft. Vgl. ausführlich den Blog-Artikel über die ukrainischen Migranten in Polen: Puto: Second-hand Europe. *openDemocracy*. 31.05.2017.

aktuellen Flucht- und Migrationsbewegungen ein neuer Impuls gewesen.¹³⁴ In der Wissenschaft gibt es unterschiedliche Einschätzungen, inwieweit ein Parallelen betonender Vergleich sinnvoll oder angemessen ist.¹³⁵ Einige Stimmen kritisieren die politische Instrumentalisierung des Vergleichs durch verschiedene politische Lager, sei es im Sinne der ›Rom zerstörenden Völkerwanderungen‹ oder im Sinne der Aufforderung zur unkritischen Unterstützung der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung.¹³⁶ Die Vertriebenenverbände und einzelne Vertriebene reagierten unterschiedlich auf diese auch in den Medien stark vertretene Zusammenführung: Es werden sowohl Parallelen als auch erhebliche Unterschiede betont.¹³⁷ Viele wehren sich gegen eine Vereinnahmung durch ein Narrativ von Deutschland als Einwanderungsland, wie es die Historikerin Alina Laura Tiews formulierte,¹³⁸ und betonen, dass trotz aller Eingliederungsschwierigkeiten damals zumeist Deutsche und deutsche Staatsbürger unfreiwillig und ohne Alternative in bei Deutschland verbliebene Landesteile kamen.¹³⁹ Konservative Vertreter wie Erika Steinbach betonen zudem, dass viele vermeintliche Fluchtbewegungen in Wirklichkeit vor allem ökonomisch motiviert seien und daher noch weniger mit der

¹³⁴ Vgl. Scholz: Willkommenskultur durch »Schicksalsvergleich«, 2016.

¹³⁵ Differenziert diskutiert Matthias Beer den Vergleich und kommt dabei zu einem klaren Schluss: »Für die beliebte Gleichsetzung der Flüchtlingsfrage nach 1945 und der gegenwärtigen, für eine Analogie oder auch nur eine Anspielung, liefern die empirischen Befunde keine Grundlage. Der in der Öffentlichkeit, in der politischen Auseinandersetzung, in den Medien und auch in der Wissenschaft bemühte Vergleich führt daher nicht nur in die Irre, er ist auch falsch. Die gedeuteten, vermuteten oder angenommenen Gemeinsamkeiten der beiden Flüchtlingsfragen liegen nicht vor. Auch deshalb sollte der Griff in die Kiste der Geschichte das Urteilen und Unterscheiden nicht ersetzen, auch nicht bei der gegenwärtigen Flüchtlingsfrage.« Beer: Die »Flüchtlingsfrage« in Deutschland nach 1945 und heute, 2016. Stephan Scholz konstatiert hingegen, bei »aller gebotenen Berücksichtigung der Besonderheiten der deutschen Zwangsmigration, insbesondere auch ihrer Verursachung durch die deutsche Kriegspolitik, besitzt die migrationshistorische Perspektive ein erhebliches integratives Potential bei der Bewältigung gegenwärtiger und zukünftiger Herausforderungen«. Scholz: Willkommenskultur durch »Schicksalsvergleich«, 2016, S. 46. Vgl. auch: Meier: Die »Völkerwanderung«, 2016, S. 9f.

¹³⁶ Der Althistoriker Mischa Meier kritisiert den Missbrauch historischer Analogien am Beispiel des in der ›Flüchtlingskrise‹ häufig verwendeten Begriffs der ›Völkerwanderung‹: »Die aktuelle Suche nach vordergründigen Parallelen und Analogien droht hingegen Geschichte zum instrumentellen Passepartout zu degradieren, um politischen oder moralischen Imperativen einen pseudolegitimatorischen Firnis zu verleihen. Gegen Vereinnahmungen dieser Art anzuarbeiten, ist eine der wichtigsten Aufgaben des Historikers.« Meier: Die »Völkerwanderung«, 2016, S. 10.

¹³⁷ Vgl. dafür die kritische Argumentation des BdV-Präsidenten Bernd Fabritius: Lehni: 70 Jahre Vertriebene in Nordrhein-Westfalen. *Siebenbürgische Zeitung*. 27.04.2016. Stephan Grigat, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, betonte in seiner Rede beim Jahrestreffen der Landsmannschaft 2019 die »gravierenden Unterschiede zwischen den heutigen Migranten und den deutschen Vertriebenen der Nachkriegszeit«: Grigat: »Ostpreußen ist nicht sterblich!«, 2019.

¹³⁸ »Krisen in Flüchtlingslagern, die Not von Kindern, Probleme bei der Verteilung von Flüchtlingen oder auch bei der sprachlichen Verständigung spielen heute wie damals eine Rolle. Der historische Vergleich kann dabei helfen, die Geschichte von Deutschland als Einwanderungsland zu begreifen.« Tiews: 1945: Flüchtlinge in Norddeutschland. NDR. 05.12.2016. Vgl. auch den Artikel von Andreas Kossett: Böhmen, Pommern, Syrien. *Die Zeit*. 12.02.2015.

¹³⁹ Vgl. dafür die Argumentation des BdV-Präsidenten Bernd Fabritius: Lehni: 70 Jahre Vertriebene in Nordrhein-Westfalen. *Siebenbürgische Zeitung*. 27.04.2016.

Geschichte der Vertriebenen verglichen werden könnten.¹⁴⁰ Auch der vormalige Direktor der SFVV, Manfred Kittel, äußerte sich wiederholt prägnant kritisch gegenüber der aus seiner Sicht fragwürdigen Parallelisierung von Flucht und Vertreibung am Ende des Zweiten Weltkrieges mit heutigen Flucht- und Migrationsbewegungen.¹⁴¹ Aleida Assmann sprach sich ebenfalls gegen simplifizierende Parallelisierungen aus, hob aber hervor, dass durch die Beschäftigung mit unterschiedlichen Erfahrungen und Geschichten von Flucht und Migration »tieferes Verständnis« gewonnen werden könne, was dem gesellschaftlichen Zusammenleben diene.¹⁴²

Wie in Kapitel 7.1 gezeigt werden wird, wächst die politische Forderung beispielsweise an die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, die Behandlung heutiger Fluchtbewegungen in die eigene Arbeit zu übernehmen und mit dem historischen Geschehen zu verbinden.¹⁴³

Die ›Flüchtlingskrise‹ ist auch ein entscheidender Mobilisierungsfaktor für die 2013 im Zuge der Eurokrise gegründete *Alternative für Deutschland* (AfD) geworden. Nach dem 2015 erfolgten Sturz der »Professorenführung« unter Bernd Lucke und dem Austritt zentraler Mitglieder des liberalen Flügels entwickelte sie sich zu einer primär nationalkonservativen und populistischen Partei.¹⁴⁴ Von Anfang an waren vormals führende Vertreter oder Mitglieder aus der zweiten Reihe der Vertriebenenverbände, beispielsweise der ehemalige Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm von Gottberg, in der AfD engagiert. Im Juli 2017 gründete sich der Verband »VAdM – Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD«.¹⁴⁵ Diese Vereinigung steht stellvertretend dafür, dass die AfD die ehemals stark von CDU/CSU geprägten Politikfelder der Förderung der deutschen Volksgruppen im Ausland, der Russlanddeutschen und der Vertriebenen zu bearbeiten anstrebt. Für die CDU/CSU scheinen die Vertriebenenverbände trotz ihrer abnehmenden Bedeutung und geringer werdenden Mitgliederzahl weiterhin ein wichtiger Teil ihrer potentiellen Wählerschaft und des konser-

¹⁴⁰ JU Regionalverband Heilbronn-Franken: Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach begeistert auf Schloß Stetten. 25.10.2015. Siehe auch: Steinbach: Flucht, Vertreibung, Mahnung, 2016, S. 10.

¹⁴¹ In einem Artikel in der FAZ diskutierte er die falsche Schwerpunktsetzung der derzeitigen Flüchtlingspolitik auf Integration, die aber – wenn man das historische Beispiel ernst nehmen würde – vielmehr auf Rückkehr ausgerichtet werden müsste: Kittel: Das kostbare Recht auf Rückkehr. FAZ. 07.01.2016.

¹⁴² Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20.06.2019. Webseite des BdV-Landesverbandes Niedersachsen. 2019.

¹⁴³ Kap. 7.1.1, S. 379. Vgl. für diese Diskussionen um das Museum Friedland: Spatz: Heimatlos, 2018, S. 187f.

¹⁴⁴ Grimm: Bin ich denn schon rechts? 2017, S. 4. Vgl. Oppelland: Alternative für Deutschland, 2017. Im September 2018 intensivierte sich die Diskussion, ob die weitere Entwicklung der AfD mittlerweile eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz legitimiere: Reimers: »Den Zeitpunkt für die Beobachtung verpasst«. tagesschau.de. 03.09.2018.

¹⁴⁵ Vgl. die noch nicht sehr informative Webpräsenz: <http://vadm-afd.de/> (letzter Zugriff: 09.08.2018). Aktiver ist der Verband auf Facebook: <https://www.facebook.com/VAdM.AfD/> (letzter Zugriff: 09.08.2018). Vgl. zur Gründung des VAdM auch: Fischer: Auf ein Wort. *Der Westpreuße. Unser Danzig*. 2017.

vativen Profils zu sein und werden daher entsprechend beachtet.¹⁴⁶ Auf die neue Konkurrenz reagierten und reagieren die Verbandspolitiker des BdV durch eine rhetorische und praktische Abgrenzung.¹⁴⁷ Gleichzeitig stehen die weiterhin CDU- und CSU-nahen Landsmannschaften vor der Herausforderung, dass an der Basis nicht nur die Regierungspolitik, sondern auch die vermeintlich erfolglose Verständigungspolitik gegenüber Polen und Tschechien kritisch gesehen wird: Weder wurden die ›Beneš-Dekrete‹ in Tschechien endgültig aufgehoben, noch haben sich die polnischen Regierungen auf die Vertriebenen zubewegt.¹⁴⁸

Im BdV selbst deuten sich unter der Führung des neuen Präsidenten Bernd Fabritius seit 2014 zudem umfassende Veränderungen an: Eine 2018 diskutierte Namenserweiterung des Verbandes wird gegebenenfalls den Schritt einzelner Landsmannschaften nachvollziehen, die sich wie die vormalige »Deutsch-Baltische Landsmannschaft« in »Deutsch-Baltische Gesellschaft« umbenannt und damit auch eine Schwerpunktänderung oder Erweiterung des bisherigen Selbstverständnisses vollzogen haben.¹⁴⁹ Die vom BdV verstärkt betriebene Kooperation mit den Verbänden der deutschen Minderheiten in Ostmitteleuropa soll auch in Zukunft einen wesentlichen Kern der Verbandsarbeit darstellen.¹⁵⁰ Für Kontinuität mit der unter Erika Steinbach eingeleiteten Ausrichtung des BdV als Akteur von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung steht auch seine 2017 erfolgte Aufnahme in das »Deutsche Institut für Menschenrechte«.¹⁵¹

Mittelfristig betrachtet, kann die neue nationalkonservative Konkurrenz das Politikfeld von Flucht und Vertreibung für ihren Versuch nutzen, die bundesdeutsche Erinnerungskultur nachhaltig zu verändern. Dieses Ziel unterstrich der AfD-Landesvorsitzende von Thüringen, Björn Höcke, im Januar 2017, indem er eine »erinnerungspolitische Wende um 180 Grad« forderte und damit starke Proteste hervorrief.¹⁵² Martin Sabrow weist in seinem Artikel über diese Rede darauf hin, dass es sich trotz diverser Vorgänger um die erste »unverstellte Aufkündigung des erinnerungskulturellen Grundkonsenses der Bundesrepublik« handele. Er zieht explizit einen Vergleich dieser Rhetorik »zur Leugnung historischer Lasten« mit Ländern wie Polen, Russland und der Türkei.¹⁵³

¹⁴⁶ Vgl. Wochnik: Non-State Actors, Political Opportunity Structures and Foreign Relations, 2014, S. 225.

¹⁴⁷ Vgl. dafür das Interview mit Bernd Fabritius: »Das Bedürfnis nach Heimat ist Realität«. *Zeit Online*. 03.04.2018. Auch bei konservativen Akteuren im Bereich der Kulturförderung der Vertriebenenarbeit, zum Beispiel der Zeitschrift *Kulturpolitische Korrespondenz* sieht man eher Gefahren im Aufgreifen des Themas durch die AfD. Auch wenn sie auf der einen Seite berechtigte und notwendige Kritik an »Versäumnissen« in diesem Bereich äußern könne, würde gleichwohl die (erneute) Verbindung dieser Kulturarbeit durch die politische Linke und die politische Mitte mit der äußersten politischen Rechten letztlich zu ihrem Schaden sein, da sich dadurch »[d]ie in diesem Sektor tätigen Institutionen [...] in Zukunft wieder in einer Defensivlage sehen, die man längst überwunden glaubte.« – Weigelt: Eine Initiative, die weiterer bedarf, 2017, S. 4f.

¹⁴⁸ Vgl. Viel Gold und Silber bei den Schlesiern. *Echo*. 03.05.2018.

¹⁴⁹ Breyton: Bund der Vertriebenen prüft Umbenennung. *Die Welt*. 18.04.2018.

¹⁵⁰ Vgl. dazu kritisch: Salzborn: Geteilte Erinnerung, 2008, S. 90.

¹⁵¹ BdV nun Mitglied im Deutschen Institut für Menschenrechte. *Oberhessen-live*. 27.12.2017.

¹⁵² Hencke: Protokoll einer Rede. *Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag (shz)*. 18.01.2017.

¹⁵³ Sabrow: Höcke und wir, 2017.

Das bemerkenswerteste Beispiel für eine Annäherung der organisierten Vertriebenen an die AfD stellt Erika Steinbach selbst dar, die im Januar 2017 die CDU verließ und darauf folgend zur Wahl der AfD aufrief und deren Wahlkampf unterstützte. Seit März 2018 ist sie zudem die Vorsitzende der parteinahen Stiftung der AfD, der *Desiderius-Erasmus-Stiftung*. In deren Kuratorium ist auch der Rechtshistoriker Alfred-Maurice de Zayas berufen worden, der in den 1970ern zu der juristischen Bewertung sowie der angelsächsischen Beteiligung an den Vertreibungen forschte und sich seitdem zum Thema wiederholt pointiert zu Wort meldet.¹⁵⁴ Gleichzeitig mit der Annahme dieser Position gab Steinbach den Vorsitz der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen ab, die nun von Christean Wagner (CDU) geleitet wird.¹⁵⁵

Die dauerhafte Etablierung einer nationalkonservativen Partei in der Bundesrepublik ist ein Novum und wird künftige Diskussionen um Flucht und Vertreibung voraussichtlich stark beeinflussen. Dennoch ist festzuhalten, dass der Anfang der 2000er Jahre befürchtete »Neue Deutsche Opferdiskurs« und die durch diesen damals erwartete nachhaltige Veränderung der Erinnerungskultur der Bundesrepublik nicht eingetroffen ist. Sowohl die Abgrenzung vom Nationalsozialismus als auch das Gedenken an die deutschen Verbrechen stehen weiterhin im Mittelpunkt staatlicher Geschichtspolitik, in der die Erinnerung an die Shoah ihre zentrale Stelle behalten hat.¹⁵⁶ Vielmehr lässt sich eine fortgesetzte Pluralisierung der bundesdeutschen Erinnerungskultur beobachten, in der die Vertriebenen einen Platz beanspruchen.¹⁵⁷

Exkurs: Rechtliche Entwicklung Weitgehend von der öffentlichen Wahrnehmung unbeachtet geblieben sind die verschiedenen Institutionen in der Bundesrepublik, die sich mit Geschichte und Kultur der Heimatvertriebenen befassen.¹⁵⁸ Paragraph 96 des im Kapitel 4 erwähnten Bundesvertriebenengesetzes von 1953 verpflichtet die Bundesregierung dazu, die Kultur der Deutschen aus Osteuropa zu pflegen und zu bewahren.¹⁵⁹ Unter diese Förderung fallen die Landesmuseen der ehemaligen ostdeutschen Provinzen sowie Kulturinstitute für (ehemalige) deutsche Bevölkerungsgruppen in Osteuropa, wie

¹⁵⁴ Vgl. Kap. 4.1, S. 156. Siehe dazu auch seine 2019 erschienene Schrift: Zayas; Badenheuer: 80 Thesen zur Vertreibung, 2019.

¹⁵⁵ Vgl. Erika Steinbach leitet AfD-nahe Stiftung. *Der Tagesspiegel*. 04.03.2018.

¹⁵⁶ Vgl. Bauerkämper: Das umstrittene Gedächtnis, 2012, S. 213.

¹⁵⁷ Vgl. Völkering: Die Musealisierung der Themen Flucht, Vertreibung und Integration, 2010, S. 93-95. Vgl. zur Pluralisierung der Erinnerungskultur auch: Bauerkämper: Das umstrittene Gedächtnis, 2012, S. 243.

¹⁵⁸ Lau: Blühende Museumslandschaften. *Die Zeit*. 25.09.2003. Vgl. zur Entwicklung der Musealisierung von Flucht und Vertreibung in Deutschland seit 1945: Völkering: Die Musealisierung der Themen Flucht, Vertreibung und Integration, 2010, S. 81-96. Eine ähnlich geringe Beachtung erfährt die »Denkmaltopographie« mit mehr als 1000 über Deutschland verteilten Denkmälern: Scholz: Vertriebenendenkmäler, 2015, S. 12.

¹⁵⁹ Griefahn: Zentrale Aspekte der Erinnerungskultur und Geschichtspolitik des Bundes, 2009, S. 79. Vgl. zur aktuellen Anwendung des Gesetzes kritisch: Hahn; Hahn: Die Vertreibung im deutschen Erinnern, 2010, S. 518-521. Siehe zur letzten Neukonzeption der Kulturarbeit nach § 96 BVFG: Weigelt: Gar nicht neue »neue Relevanz«, 2016.

das Siebenbürgen-Institut in Gundelsheim oder das Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde in Tübingen.¹⁶⁰

Diese seit den 1960er Jahren gegründeten Museen und Institute befassen sich mit der jeweiligen Regionalgeschichte, vor allem während der deutschen Besiedlungsphase. Ein Teil davon ist die Darstellung des Vertreibungsgeschehens, weshalb es verwundert, dass diese Einrichtungen sowohl bei der Debatte um das ZgV als auch bei der um die SFVV praktisch keine Rolle spielen.¹⁶¹ Dies mag daran liegen, dass die genannten Museen mit geringen Besucherzahlen kämpfen und aufgrund ihrer peripheren Lagen selten Impulse setzen können. Sie können als »kalte Speicher« der Vertriebenenkultur betrachtet werden.¹⁶²

Auch nach Catherine Perron ist es bemerkenswert, wie wenig die Kulturförderung nach Paragraph 96 in der Forschung beachtet wird, obwohl sie ein zentrales Element für die Entwicklung der bundesrepublikanischen Erinnerungskultur sowie der Geschichts- und Nachbarschaftspolitik darstellt. Schließlich lasse sich dieser Paragraph als »als eines der ersten Erinnerungsgesetze in Europa« verstehen. Das bundesdeutsche Narrativ der 1950er Jahre wurde so wirksam durch geförderte Museen, Publikationen oder Filme kontinuiert, ehe ab 2000 ein Wandel einsetzte, der – integriert in die »auswärtige Kulturpolitik« – die Brückenfunktion der Osteuropa zugewandten Thematik mit einer Betonung des »gemeinsamen kulturellen Erbes« in einem zusammenwachsenden Europa verfolgt und verstärkt für diesen europäischen Integrationsprozess wirbt.¹⁶³ Das auf dieser Basis im Jahr 2000 gegründete *Deutsches Kulturforum östliches Europa* in Potsdam ist dafür ein prägnantes Beispiel.

Exkurs: Bayern und die Sudetendeutschen Neben einem deutsch-polnischen und einem deutsch-tschechischen Dialog ist ebenfalls von einem spezifisch bayerisch-tschechischen Diskursraum zu sprechen. Wie Kapitel 6.4 noch zeigt, sind zum einen das Jahrhunderte bestehende sudetendeutsch-tschechische Zusammenleben und zum anderen die enge Verbindung des böhmischen und bayerischen Raumes für das Verständnis dieses Verhältnisses bedeutend.¹⁶⁴ Nach dem Zweiten Weltkrieg fand die Mehrzahl der Sudetendeutschen eine neue dauerhafte Heimat in Bayern. Die ›Ernennung‹ zum vierten Stamm Bayerns neben Franken, Altbayern und Schwaben sowie die dauerhafte Liaison der Sudetendeutschen Landsmannschaft mit der bayerischen Regionalpartei CSU haben über Jahrzehnte zu einer scheinbaren und auch so verlautbarten Interessengemein-

¹⁶⁰ Bauer: Flucht und Vertreibung in den Regionalmuseen, 2010, S. 43-49. Vgl. Kossert: Kalte Heimat, 2009, S. 340-342. Siehe für die Förderung des SMG und der SFVV durch § 96 BVFG: Kap. 6.2.2, S. 286f.; Kap. 7.1.2, S. 384.

¹⁶¹ So kommentiert kritisch: Lau: Blühende Museumslandschaften. *Die Zeit*. 25.09.2003. Dieser Sachverhalt hat sich bis heute kaum geändert.

¹⁶² So Aleida Assmann, mit Bezug auf Gustav Seibt: Assmann: Der lange Schatten der Vergangenheit, 2006, S. 192. Vgl. zu den geringen Besucherzahlen: Lau: Blühende Museumslandschaften. *Die Zeit*. 25.09.2003.

¹⁶³ Perron: § 96 Bundesvertriebenengesetz, 2016, S. 500-503, 510-513.

¹⁶⁴ Ein Beispiel für dieses Verständnis und gleichzeitig ein Schritt der Verständigung war die bayerische Landesausstellung von 2007 »Bayern und Böhmen« mit dem Schwerpunkt »1500 Jahre bayrische-böhmischa Nachbarschaft«: Luft; Hlaváčka: Tschechien und Bayern, 2016, S. XVIIff.

schaft geführt.¹⁶⁵ So sahen und sehen sich die bayerischen Regierungen als Sachwalter der sudetendeutschen Anliegen, wobei die Sudetendeutschen in Bayern immer noch ein »nicht zu übersehendes Wählerpotenzial« darstellen.¹⁶⁶ Die Bindung geht wesentlich tiefer als die übrigen seit den 1950er Jahren entstandenen Patenschaften von Bundesländern und anderen Gebietskörperschaften für verschiedene Landsmannschaften und sie ist vor allem – im Gegensatz zu diesen – auch weiterhin relevant.

Die Sonderstellung des Freistaats Bayerns und der CSU führen so zu einer weiteren Ebene der zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Tschechien. Bis 2010 machten die bayerischen Ministerpräsidenten einen offiziellen Besuch in Prag vom »Einlenken Tschechiens in der Vertriebenenfrage abhängig«.¹⁶⁷ Erst 2010 beendete Ministerpräsident Horst Seehofer mit seiner Pragreise diese regionale »Eiszeit«. Bereits vorher hatte die Sudetendeutsche Landsmannschaft unter Bernd Posselt eine solche Initiative angestrebt. Der langjährige CSU-Abgeordnete des Europäischen Parlamentes prägt seit Jahren die proeuropäische Ausrichtung des Verbandes und fordert eine intensivierte Verständigung mit Tschechien.¹⁶⁸ Ein vorheriges Entgegenkommen von tschechischer Seite war damit aber nicht verbunden. Dennoch verbesserten sich anschließend die Beziehungen und führten 2016 und 2017 zur Teilnahme tschechischer Regierungsmitglieder am Sudetendeutschen Tag.¹⁶⁹ Ein zentraler Schritt auf dem Reformkurs der Sudetendeutschen Landsmannschaft war die gegen interne Widerstände durchgesetzte Satzungsänderung, mit der die Landsmannschaft seit 2015 auf die vormalige Zielsetzung der »Wiedergewinnung der Heimat« und eine »Restitution oder gleichwertige Entschädigung« verzichtet.¹⁷⁰

5.2 Polen

Die politische Landschaft in Polen unterliegt einem fortgesetzten Wandel. Die 1990er Jahre waren nach dem ›neoliberalen Kälteschock‹ der Mazowiecki-Ära von immer wieder neuen Parteigründungen und Parteienbündnissen geprägt. Mit der liberalkonservativen ›Bürgerplattform‹ (*Platforma Obywatelska*, PO) und der nationalkonservativen

¹⁶⁵ Vgl. Scholz: ›Flucht und Vertreibung in der deutschen Erinnerungskultur, 2016, S. 162. Scholz fasst hier die Ergebnisse der Studie von Erik K. Franzen zusammen, der die Beziehungsentwicklung von Sudetendeutschen und Bayern bis 1974 umfassend untersucht hat: Franzen: Der vierte Stamm Bayerns, 2010.

¹⁶⁶ Handl: Die Politik des wiedervereinigten Deutschland gegenüber der Tschechischen Republik, 2010, S. 229.

¹⁶⁷ Auch wenn sich schon 2006 mit Edmund Stoiber ein Richtungswechsel andeutete: Martin: Stoiber will Prag-Reise nicht allein mit Vertriebenenfrage verbinden. *Radio Praha*. 24.02.2006.

¹⁶⁸ Vgl. für das Selbstverständnis der Landsmannschaft als ›Brückenbauer‹ die Publikation: Sudetendeutsche Landsmannschaft 2015. Siehe zum Reformkurs von Posselt u.a.: Verzicht auf ›Wiedergewinnung der Heimat‹. FAZ. 01.03.2015.

¹⁶⁹ Vgl. Kap. 5.3, S. 258.

¹⁷⁰ Landsmannschaft verzichtet auf ›Wiedergewinnung der Heimat‹. *Zeit Online*. 01.03.2015. Siehe auch: Lindner: Landsmannschaft 2.0. *Respekt*. 08.03.2015. Vgl. zum Ende der juristischen Auseinandersetzungen um die Satzungsänderungen, an deren Ende die Reformen juristisch bestätigt wurden: Fischer: Jetzt Rückkehr zur Gemeinsamkeit! *Sudetendeutsche Zeitung*. 12.04.2019. Siehe auch: Reichel; Petrbock: Von ›destruktiven Nationalisten‹, 2019, S. 376f.

Partei »Recht und Gerechtigkeit« (*Prawo i Sprawiedliwość*, PiS) schien sich Mitte der 2000er-Jahre ein tendenziell dualistisches Parteiensystem herausgebildet zu haben, in dem gleichwohl die politische Linke marginalisiert ist. Erst zum Ende der Regierungszeit der PO in den 2010er Jahren entstanden neue liberale und linke Parteien, bisher aber ohne durchgreifenden Erfolg. Wie gleich diskutiert und anhand des MIIW und des MSK gezeigt werden wird, ist auch die PO in ihrer Geschichtspolitik und im Diskurs von einem zum Teil konservativen polnischen Patriotismus geprägt – freilich mit einigen wesentlichen Unterschieden zu dem der PiS, wie ihr Versuch zeigt, die polnische Geschichtserzählung anschlussfähig in den europäischen Geschichtsraum einzubringen und Raum für Ambivalenz zu lassen.

Wie in Kapitel 4.3 diskutiert, war die Geschichtspolitik der späten Volksrepublik Polen bereits stark nationalisiert und nationalistisch. Die Fortsetzung älterer Traditionen, wie die Vorstellung des polnischen ›Messianismus‹ aus dem 19. Jahrhundert, war also nie völlig unterbrochen und eine patriotische Geschichtsschreibung auch in den Oppositionskreisen verbreitet, wobei selbstkritische Stimmen wie die von Jan Józef Lipski in dieser nicht hegemonal waren.¹⁷¹ Ein reflektiertes Geschichtsbild konnte sich so nur in Ansätzen zeigen. Alle polnischen Regierungen seit 1989 haben Geschichtspolitik mit unterschiedlicher Intensität und verschiedenen Schwerpunkten betrieben.¹⁷² Zum zentralen Faktor ist sie seit den 2000er Jahren geworden.

Polen reagierte 1989/90 mit Unverständnis auf die zögerliche Haltung der Bundesregierung zur Grenzfrage. Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki und Außenminister Krzysztof Skubiszewski wollten für den völkerrechtlichen Abschluss dieses Themas nicht auf die Wiedervereinigung warten, da sie das Risiko sahen, dass Deutschland nun die Grenzfrage ›neu aufrollen könnte‹.¹⁷³ Außenpolitisch stellte sich für Polen die Situation so dar, dass erstmals die jahrzehntelange Bedrohung durch die Sowjetunion im Schwinden begriffen war, das Land aber gleichzeitig mit Deutschland einem vergrößerten und ›kergesunden Nachbarn‹ gegenüberstand.¹⁷⁴ Diese im Nachhinein gesehne kurze Phase der Unsicherheit konnte mit dem Grenzvertrag vom November 1990 und dem Nachbarschaftsvertrag von 1991 schließlich zügig beendet werden. Die stets geschrückte Angst vor dem deutschen Revanchismus stellte sich zum Zeitpunkt des letztmaligen Auftauchens der Grenzfrage als unbegründet heraus.

Der in Kapitel 4.3 angesprochene mögliche Konflikt, den eine sich politisierende deutsche Minderheit in Polen hätte heraufbeschwören können, nahm sich zügig selbst die Sprengkraft, da ein Großteil dieser Menschen die Auswanderung als Spätaussiedler in die Bundesrepublik wählte.¹⁷⁵ Zugleich blieb bei manchem die Befürchtung, dass die kapitalstarken Deutschen nun ihre ehemaligen ›Ländereien‹ nicht zurückerobern, sondern einfach nur mit der starken Deutschen Mark zurückkaufen könnten.

Im Juni 1990 stimmten sowohl der Bundestag als auch die Volkskammer der DDR mit großer Mehrheit für die Anerkennung der Grenze zu Polen. Diesem Schritt folgten

¹⁷¹ Vgl. Nijakowski: Die polnische Erinnerungspolitik, 2017, S. 33-37. Vgl. Kap. 4.3, S. 178f.

¹⁷² Ebd., S. 31.

¹⁷³ Borodziej: Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, 2010, S. 386.

¹⁷⁴ Ebd., S. 386f.

¹⁷⁵ Kap. 4.3, S. 177f. Vgl. zur weiteren Entwicklung der deutschen Minderheit in Polen: Koschyk: Heimat, Identität, Glaube, 2018, S. 272-286.

die völkerrechtlich verbindlichen Verträge, in denen auch die Minderheitenfrage geregelt wurde. Die deutsch-polnischen Beziehungen entwickelten sich vielversprechend und in Polen galt Deutschland parteiübergreifend als Partner und Unterstützer auf dem Weg nach Europa und konkret in die EU.¹⁷⁶

Bei seiner Wahl im Sejm am 24. August 1989 forderte der erste demokratisch gewählte Ministerpräsident Mazowiecki, einen »dicken Strich« unter die Vergangenheit zu ziehen. Damit war weniger eine Abkehr von der Geschichte gemeint, vielmehr sollte der friedliche und organisierte Transformationsprozess von der Volksrepublik Polen in die III. Republik nicht von einer Kultur der Abrechnung belastet werden. Eine offensive juristische und politische Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit und ihren Akteuren wurde auch später nie konsequent verfolgt.¹⁷⁷ Daraus bildete sich eine innenpolitische Hypothek, die bis heute fortwirkt. Nach Florian Peters begann im Zuge der neoliberalen Wende, die sich in der VRP bereits vor 1989 abzeichnete und bis in die 1990er Jahre fortwirkte, eine »radikale Absage an den prägenden Einfluss historischer Narrative auf die Deutung der Gegenwart.«¹⁷⁸

Für die polnische Bevölkerung der West- und Nordgebiete bedeutete die Akzeptanz der polnischen Grenze durch die Bundesrepublik, dass diese endgültig und nunmehr von der dritten Generation als ihre bleibende Heimat anerkannt und mit neuem Blick »die Geschichte der Orte und Städte [...] und das gemeinsame deutsch-polnische Kulturerbe« entdeckt werden konnten.¹⁷⁹ Bereits in dieser Phase entstanden viele Kooperationen und Kontakte mit deutschen Vertriebenen und mancher aufgeschlossenen Landsmannschaft.¹⁸⁰ Ein Beispiel hierfür ist die von Robert Traba 1990 begründete *Kulturgemeinschaft Borussia* in Allenstein/Olsztyn, deren Ziel es ist, die »kulturelle Nachfolge« der Region aktiv anzutreten.¹⁸¹ Hubert Orłowski spricht in Abgrenzung von der kolonialisierenden Landnahme nach 1945 nun von einer »innovativen kulturellen Inbesitznahme«, die »[n]icht auf Exklusion fremder Kultur und Tradition [aufbaut] [...], sondern auf Inklusion, auf empathisch-achtender Einbeziehung fremder Tradition in den eigenen kulturellen ›Blutkreislauf.‹«¹⁸² Seit 1989 lassen sich viele weitere, zumeist lokale Initiativen mit dem Ziel der Erinnerung an die vormaligen deutschen Bewohner beobachten, sei es durch die Einrichtung von Gedenktafeln, die Pflege alter deutscher Gräber oder die Diskussion des Themas in Lokalmuseen.¹⁸³

176 Freudenstein: Die deutsch-polnische Streitgemeinschaft, 2003/2004, S. 39. Vgl. Garsztecki: Das Deutschlandbild im polnischen Europadiskurs, 2007, S. 293f.

177 Wawzyński: The Politics of Memory in Post-Authoritarian Transitions, 2017, S. 128-131. Vgl. Peters: Revolution der Erinnerung, 2016, S. 465.

178 Peters: Revolution der Erinnerung, 2016, S. 465. Vgl. Bachmann: Politische Debatten in Polen nach 1989, 2017, S. 17.

179 Halicka: Polens Wilder Westen, 2013, S. 307.

180 Traba; Żurek: »Vertreibung« oder »Zwangsumsiedlung«? 2015, S. 325f.

181 Traba; Żytniec: Verlorene Heimat/Wiedergewonnene Gebiete, 2015, S. 735.

182 Orłowski: Literatur, nationale Identität und kulturelles Gedächtnis, 2010, S. 88. Vgl. Bauer: Schlesien im Museum, 2012, S. 64f.

183 Vgl. Kraft: Beschäftigung mit der Vertreibung vor Ort, 2006, S. 127-138. Ein Beispiel aus diesem weiteren Bereich sind grenzüberschreitende Wanderausstellungen wie die der Kultursoziologin Wanja W. Ronge mit dem Titel »Und dann mussten wir raus – I wtedy nas wywieźli. Von Vertreibungen der Polen und Deutschen 1939-1949«, die von 2000-2006 in verschiedenen deutschen und

Die Geschichte schien den Beziehungen zwischen Deutschland und Polen Mitte der 1990er Jahre nicht im Weg zu stehen. Neben dem relativen Desinteresse auf politischer Ebene konnten sich, oft gemeinsam mit den erwähnten zivilgesellschaftlichen Initiativen, die Historiker des Landes seit 1989 umfassend und mit Enthusiasmus den bis dahin nicht oder nur eingeschränkt erforschbaren Themen widmen, darunter der Vertreibung der Deutschen. Eines der Ergebnisse sind die umfassenden Quellenpublikationen polnischer Dokumente über die Vertreibungen.¹⁸⁴ Auch das Lagerwesen der unmittelbaren Nachkriegszeit, wie das von Lamsdorf/Łambinowice, wurde umfassend diskutiert, zumal im Zusammenhang mit der wieder sichtbaren deutschen Minderheit.¹⁸⁵

Auf der Basis der politischen Entwicklungen wurde Mitte der 1990er Jahre »allenthalben über die guten deutsch-polnischen« Beziehungen gesprochen, im Gegensatz zu denen zwischen Deutschland und Tschechien.¹⁸⁶ Neben der oben angesprochenen wissenschaftlichen Beschäftigung erfolgte eine Annäherung durch die verbesserten Reisemöglichkeiten und das starke Anwachsen der Polonia in Deutschland. Auch deutsche Vertriebene oder deren Nachfahren erschienen nun noch häufiger als vor 1989 in Polen. Praktisch niemand kam mit dem Gedanken, Land und Gut aggressiv zurück zu erwerben oder gar mit den Polen vor Ort »abzurechnen« – im Gegenteil: Die gängige Erzählung dieser Begegnungen ist, dass beim Besuch des alten Familienhauses die polnischen Bewohner ebenso wie die Deutschen häufig zunächst skeptisch waren, dann aber schnell gegenseitiges Interesse zeigten und manchmal auch langandauernde Freundschaften begründen konnten. In einer Meistererzählung der Verständigung handelt es sich bei den Bewohnern zudem selbst um vertriebene Polen.¹⁸⁷ Das gemeinsame Schicksal der Vertreibung bietet hier eine wichtige Brücke für den deutsch-polnischen Dialog.¹⁸⁸ Die privaten, oft aber auch von Untergliederungen des BdV durchgeführten Reisen haben auf beiden Seiten nicht unwesentlich zum Abbau von Ängsten und Vorurteilen geführt, auch wenn sie zumeist kein Ort politischer Diskussionen waren und sind.¹⁸⁹ Aus diesen Begegnungen entwickelten sich vielmals langjährige Partnerschaften, die beispielsweise bei der Restaurierung von

polnischen Orten zu Gast war: Völkerling: Die Musealisierung der Themen Flucht, Vertreibung und Integration, 2010, S. 109f.

¹⁸⁴ Borodziej; Lemberg (Hg.): Niemcy w Polsce 1945-1950. Wybór dokumentów, Warszawa 2000-2001 (4 Bd.). Siehe auch u.a. für die deutsche Übersetzung: Kap. 1.4, S. 42 (Anmerkung 149). Vgl. zur Beschäftigung in den 1990er Jahren ebenfalls die Publikation von Maria Podlasek, in der sie verschiedene Zeitzeugenberichte, aber auch weitere grundlegende Texte der deutschen und internationalen Erinnerung und Forschung zu Flucht und Vertreibung ins Polnische übersetzt und einige polnische Presseartikel zur Diskussion versammelt hat: Podlasek: Wypędzenie Niemców z terenów na wschód od Odry i Nysy Łużyckieje, 1995.

¹⁸⁵ Röger: Flucht, Vertreibung und Umsiedlung, 2011, S. 233-237.

¹⁸⁶ Lemberg: Mitteleuropäisches Dreieck, 2002, S. 24. Vgl. Michnik: Trauma, Memory, and Justice, 2011, S. 210.

¹⁸⁷ Vgl. hierfür z.B. das Gespräch mit dem Direktor des Deutschen Polen-Instituts Dieter Bingen: Warum beschäftigen Sie sich mit Polen? 2016, S. 3f.

¹⁸⁸ Traba; Żurek: »Vertreibung« oder »Zwangsumsiedlung«? 2015, S. 328f. Vgl. Röger: Flucht, Vertreibung und Umsiedlung, 2011, S. 239-241.

¹⁸⁹ Vgl. Felsch: Reisen in die Vergangenheit? 2015, S. 370f.

Kirchen und sonstigen Kulturdenkmälern hilfreich waren und sind. Dennoch konnten diese Kontakte an der Basis die spätere schwere Beschädigung der deutsch-polnischen Beziehungen nicht verhindern.

Von den in Gesellschaft und Wissenschaft diskutierten historischen Themen war die Vertreibung nur ein Element. In Bezug auf den Zweiten Weltkrieg lag der Schwerpunkt auf den Millionen polnischer Kriegstoten, dem Warschauer Aufstand und den bis zum Ende der VRP tabuisierten sowjetischen Verbrechen, allen voran den Massakern von Katyń. Weitere Themen waren das polnisch-ukrainische und das polnisch-jüdische Verhältnis.¹⁹⁰ Die Beschäftigung mit den Zwangsmigrationen aus den *kresy* blieb in ihrer Größenordnung im Vergleich zur Bedeutung des Vertreibungskomplexes in der Bundesrepublik der 1950er Jahre bescheiden und ohne die Entwicklung eines umfassenden und schlagkräftigen Verbandswesens. Die Auseinandersetzung mit der Vertreibung der Polen aus dem Osten und ihrer Ansiedlung in den ehemaligen deutschen Ostgebieten lenkte häufig das Augenmerk auf die Parallelbewegung der Vertreibung der Deutschen.¹⁹¹ Mittelpunkt der geschichtspolitischen Debatte blieb die schon diskutierte Auseinandersetzung mit der Volksrepublik. Eine wenig konsequente Lustration und mangelhafte juristische Aufarbeitung bilden bis heute eine Angriffsfläche für konservative politische Kräfte, die die zu reibungslose Transformation der volkspolnischen Nomenklatura in Verwaltung, Gerichtswesen und vor allem in die häufig fragwürdig privatisierte Wirtschaft ebenso wie den vermeintlich bis in die Gegenwart fortwirkenden starken Einfluss der ›postkommunistischen‹ Politiker kritisieren.¹⁹²

Das Verständnis von Flucht und Vertreibung in den 1990er Jahren blieb nach Traba und Żurek von dem bis heute bestehenden gesellschaftlichen Konsens geprägt, dass die »Aussiedlung der Deutschen [...] ein Übel [war] und die Opfer [...] Leid [erfuhren].« Diesem könne und solle man empathisch begegnen. Dennoch sei diese ›Aussiedlung am Ende des Krieges› unvermeidlich gewesen, um den deutsch-polnischen Konflikt – der schließlich mit zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges geführt habe – zu entwirren. Verantwortlich für die Zwangsmigration seien zudem Deutschland selbst, das den Krieg begonnen habe, sowie die alliierten Siegermächte, die sich zu diesem Vorgehen entschlossen und Polen zugleich seine Ostgebiete genommen hätten. Polen sei an diesen Entscheidungen nicht beteiligt gewesen. Dennoch hätten Polen individuell Verantwortung getragen und sich auch individuell schuldig gemacht. Als polnische Gesellschaft könne man sich »für die aktive Teilnahme eines Teils der Bevölkerung bei der Erniedrigung, dem an den Deutschen begangenen Raub und den ihnen zugefügten Qualen sowie für die gleichgültige Haltung der Mehrheit der Gesellschaft gegenüber der dramatischen Lage der deutschen Bevölkerung« selbstkritisch zeigen, ohne freilich den Kontext der vorherigen NS-Besatzung zu vergessen.¹⁹³

¹⁹⁰ Borodziej: Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, 2010, S. 405. Traba; Żurek: »Vertreibung« oder »Zwangsumsiedlung«? 2015, S. 324.

¹⁹¹ Borodziej: Anmerkungen zur deutschen und polnischen Historiographie, 2007, S. 188.

¹⁹² Koposov: Memory Laws, Memory Wars, 2018, S. 155. Vgl. für eine nationalkonservative Perspektive auf die Lustration und die Transformationszeit: Musial: Die nationale Narration und ihre Entwicklung sowie die Entfaltung der europäischen Idee im Polen des 20. Jahrhunderts, 2016, S. 345, 347f.

¹⁹³ Traba; Żurek: »Vertreibung« oder »Zwangsumsiedlung«? 2015, S. 327f. Vgl. auch zur polnischen Diskussion über Vertreibungen 1993–2002: Bömelburg: Gestörte Kommunikation, 2005, S. 41–44.

In seiner Funktion als polnischer Außenminister bedauerte Władysław Bartoszewski bei seiner vielbeachteten Rede im Deutschen Bundestag im Jahr 1995 »das Schicksal der aus Polen vertriebenen Deutschen«.¹⁹⁴ Auch wenn es sich in dieser Hochphase der deutsch-polnischen Entspannung nicht um die in Deutschland erhoffte Entschuldigung handelte (obwohl sie fälschlicherweise in Deutschland von einigen so missverstanden wurde), sondern um Worte des Bedauerns, war seine Argumentation vielmehr »sichtbares Ergebnis« der »innerpolnischen Debatte« um die Vertreibung.¹⁹⁵ Philipp Ther konstatierte 1996, dass sich hier ein wesentlicher Unterschied zu Tschechien manifestiere, wo eine solche »Auseinandersetzung mit den dunklen Seiten der eigenen Vergangenheit« ausblieb.¹⁹⁶

Ein Spezifikum des polnischen Diskurses in den 1990er Jahren über die Vertreibungen war die aktive Beteiligung deutscher Publizisten, Zeitzeugen und Wissenschaftler, die sich wie Helga Hirsch, Klaus Bachmann und Thomas Urban zum Teil kontrovers in den polnischen Medien einbrachten.¹⁹⁷ Ihre Beiträge in den »auflagenstarken polnischen Tages- und Wochenzeitungen [...] erreichte[n] auf diesem Wege mehrere hunderttausende potentielle Leser.«¹⁹⁸ Durch die deutsch-polnische, aber auch weitere internationale Beteiligung besaß die Debatte nach Hans-Jürgen Bömelburg »transnationale Züge«.¹⁹⁹ Ein Produkt dieser Diskussionen war eine von Klaus Bachmann und Jerzy Kranz herausgegebene Zusammenfassung der bisherigen Debatte, die in ihrer polnischen Fassung den bezeichnenden Titel »Sich für die Vertreibung entschuldigen?« trägt und in Polen kontrovers diskutiert wurde.²⁰⁰ Die dortigen umfassenden Auseinandersetzungen fanden trotz der deutschen Beteiligung und der auch in Deutsch erschienenen Publikation des genannten Bandes²⁰¹ kaum Resonanz in der Bundesrepublik, sodass dort in der Diskussion der 2000er Jahre immer wieder der Irrtum und Vorwurf verbreitet wurde, dass man sich in Polen mit dem Thema nicht befasse.²⁰²

Włodzimierz Borodziej stellt in Hinblick auf die deutsche und polnische Geschichtsschreibung der 1990er Jahre fest, dass eine fortgesetzte volkspolnische Perspektive weiterhin das »oft unsichtbare [...] Fundament« für die Geschichtswissenschaft bilde, auch wenn sich mancher internationale Einfluss bemerkbar mache, wie etwa

¹⁹⁴ Vgl. dafür das Interview mit Władysław Bartoszewski im Sammelband von Aust; Burgdorff: Die Flucht, 2003: »Ein Paradox der Geschichte«, 2005, S. 186.

¹⁹⁵ Ther: Chance und Last der Geschichte, 1996, S. 994.

¹⁹⁶ Ebd.

¹⁹⁷ Bömelburg: Gestörte Kommunikation, 2005, S. 41. Majewski: Die Hauptakteure der neugren polnischen Debatten zum Thema der Zwangsmigrationen, 2008, S. 53-55. Vgl. auch den deutsch-polnischen Sammelband von 2000, der sich umfassend mit verschiedenen kontroversen Themen auseinandersetzt: Borodziej; Ziemer (Hg.): Deutsch-polnische Beziehungen 1939-1945-1949, 2000.

¹⁹⁸ Bömelburg: Gestörte Kommunikation, 2005, S. 41.

¹⁹⁹ Ebd.

²⁰⁰ Bachmann; Kranz (Hg.): Przeprosić za wypędzenie? 1997. Vgl. Bömelburg: Gestörte Kommunikation, 2005, S. 42.

²⁰¹ Bachmann; Kranz (Hg.): Verlorene Heimat, 1998. Ruchniewicz konstatiert, dass dieses Buch gerade »in Deutschland eigentlich auf große Resonanz hätte stoßen müssen«, was aber ausblieb: Ruchniewicz: Geschichtspolitik im Schatten der Dankbarkeit und Enttäuschung, 2007/2008, S. 150.

²⁰² Ther: Der Diskurs um die Vertreibung, 2008, S. 31f. Vgl. Bömelburg: Gestörte Kommunikation, 2005, S. 44.

beim Wandel hin zum internationalen Opferdiskurs, in dem auch Deutsche gleichrangige Opfer darstellen. Dementsprechend sah auch die Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Lagerwesen im Zuge der Vertreibungen aus, in der unter Personalisierung der Taten Verbrechen aufgearbeitet wurden. Wissenschaftshistorisch konstatiert Borodziej, dass der deutsch-polnische Austausch auf dieser Ebene davon profitiert habe, dass für viele junge deutsche Historiker Polen durch die Solidarność-Bewegung in den 1980er Jahren als »chic« angesehen und entsprechende Studienschwerpunkte gebildet wurden – verbunden mit einer Abkehr vom ›ewigen Thema‹ der Vertreibung. Umgekehrt ließ sich bei jungen polnischen Historikern eine neue Schwerpunktsetzung auf die Vertreibungsforschung erkennen.²⁰³

Für die polnische Auseinandersetzung der 1990er Jahre machte Philipp Ther einige Probleme aus, wie die fortwirkende, weit verbreitete These des in jeder Hinsicht schuldfreien Polens, die sich nicht zuletzt aus einer 200jährigen Selbstdefinition als »Opfernation« (»Opfer von Teilungen, von Kriegen, von Russen und Deutschen«) speise. Dies sei ein Phänomen, welches sich ähnlich in Tschechien beobachten ließe. Die mangelnde Fähigkeit, die in der Tat eingeschränkte Verantwortung Polens für die Vertreibungen einzugeben, auch die der bürgerlichen polnischen Exilregierung und ihrer Vertreibungsplanungen, erschwere den Dialog manchmal selbst unter Historikern.²⁰⁴ Als Beispiel für die in diesem Fall schädliche Wirkung eines falsch verstandenen politischen Verständigungswillens sieht er die von der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit nicht gewährte finanzielle Unterstützung für ein Forschungsprojekt, welches die Zahl der Todesopfer der Vertreibungen endlich fundiert feststellen sollte. Dies hätte die in Deutschland weit verbreiteten, überhöhten Todeszahlen korrigiert und zugleich in Polen die eigene (Teil-)Beteiligung und (Teil-)Verantwortung unzweifelhaft offengelegt. Ther stellte resigniert fest: »Polen hätte also ein gehöriges Maß an Schuld eingestanden, Deutschland hätte zugeben müssen, dass die Vertreibung im Kalten Krieg auch als Propaganda missbraucht wurde. Schließlich entschied die Stiftung, dass es für beide Seiten bequemer ist, mit Halblügen weiterzuleben. Das Projekt wurde trotz vorhandener Finanzmittel nicht bewilligt. National gesinnte Polen werden also weiterhin Schuld von sich weisen, und die deutschen Vertriebenenverbände an zwei Millionen Vertreibungsopfern festhalten.«²⁰⁵

Bömelburg konstatierte, dass der Diskurs der 1990er-Jahre in seiner Reichweite inhaltlich und gesellschaftlich letztlich beschränkt blieb, vor allem durch die »lebensweltlich und kommunikativ tiefverankert[e] Vorstellung von den Deutschen als den Tätern [...].« Dies gelte weiterhin, auch wenn die vielen Besucher der ›alten Heimat‹ »vor Ort« erfolgreich das bisherige »Opfer-Täter-Schema« in Frage stellen.²⁰⁶ Der Optimismus der 1990er Jahre, in dem »die meisten der strittigen Fragen zwischen den Staaten ge-

²⁰³ Borodziej: Anmerkungen zur deutschen und polnischen Historiographie, 2007, S. 186–190.

²⁰⁴ Ther: Chance und Last der Geschichte, 1996, S. 996.

²⁰⁵ Ebd., S. 997.

²⁰⁶ Bömelburg: Gestörte Kommunikation, 2005, S. 43. Vgl. Hołub: Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, 2014, S. 105.

löst worden zu sein« schienen, blieb letztlich unbegründet.²⁰⁷ Erste Anzeichen möglicher künftiger Konflikte zeigten sich in einer noch mit der Mehrheit von CDU/CSU und FDP beschlossenen Resolution des Bundestages im Vorwahlkampf 1998, in der die bis dato bewusst ausgeklammerten »vergangenheitsbeladenen Streitfragen« offensiv angesprochen wurden. Eine darauffolgende, »in scharfem Ton gehaltene Gegenresolution« (Thomas Urban) des Sejms stellte die polnischen Selbstverständlichkeiten fest, wie die »Unantastbarkeit der polnischen Grenze«.²⁰⁸ Beobachter sprachen von einem »überflüssigen Krieg der Parlamentsresolutionen«.²⁰⁹

In Polen entstand Ende der 1990er Jahre die Forderung nach einer modernen und intensivierten Geschichtspolitik, die sich unter anderem in Form der Gründung beziehungsweise Neustrukturierung des Instituts für Nationales Gedenken (IPN) niederschlug.²¹⁰ Innenpolitisch sollte das IPN die deutschen Kriegsverbrechen ebenso wie den Kommunismus fortgesetzt aufarbeiten, darunter auch Elemente wie verbrecherische Handlungen am Ende des Zweiten Weltkrieges. Ziel sollte es nach Auffassung konservativer Intellektueller zudem sein, die national und international vernachlässigte Bedeutung des polnischen Beitrages im Kampf gegen NS-Deutschland und am Ende des Kommunismus stärker hervorzuheben.²¹¹

Eine Infragestellung des polnischen Selbstverständnisses als heroische Opfernation ging mit der von erheblichen innerpolnischen Debatten begleiteten Veröffentlichung des Buches von Jan Tomasz Gross 2000/2001 einher, in dem dieser die Ermordung der jüdischen Einwohner des polnischen Ortes Jedwabne durch ihre christlich-polnischen Mitbewohner im Jahr 1941 schildert.²¹² Auch wenn das Buch wissenschaftlich bald in Details kritisiert wurde, vor allem wegen der nicht ausreichenden Beachtung der deutschen Beteiligung an dem Pogrom, wurde vielen Polen schmerzlich ins Bewusstsein gerufen, dass es eine Geschichte des gewalttätigen polnischen Antisemitismus gibt und Polen während des Zweiten Weltkrieges sowohl Opfer als auch Täter gewesen waren.²¹³

Nicht nur nationalistisch eingestellten Polen missfiel im Zuge der Gross-Debatte, dass diese in Deutschland vergleichsweise aufmerksam verfolgt wurde – und teilweise, so zumindest die Wahrnehmung, mit Schadenfreude, einer gewissen Genugtuung

²⁰⁷ Garczewski: Die Stiftung »Flucht, Vertreibung, Versöhnung« als politisches Problem in den deutsch-polnischen Beziehungen, 2011, S. 207.

²⁰⁸ Borodziej: Polen – Deutschland im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts aus der Sicht des Historikers, 2000, S. 226–230. Urban: Der Verlust, 2004, S. 192. Vgl. Traba; Żurek: »Vertreibung« oder »Zwangsumsiedlung?« 2015, S. 330–334.

²⁰⁹ Urban: Der Verlust, 2004, S. 192. Vgl. Schmid: Die Gefahr aus Deutschland. *Die Zeit*. 20.08.1998.

²¹⁰ Instytut Pamięci Narodowej. Traba; Żurek: »Vertreibung« oder »Zwangsumsiedlung?« 2015, S. 330–334. Vgl. zur ursprünglichen Zielsetzung des IPN: Kieres: Rechtliche Aspekte der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, 2007, S. 78–80.

²¹¹ Kostro: The Light of History, 2012, S. 74. Vgl. Zybara: Der Kommunismus und die Polen, 2013, S. 59.

²¹² Gross: Nachbarn, 2001. Die polnische Ausgabe erschien 2000. Vgl. zur Diskussion den Sammelband von Robert Jankowski (Hg.): Cena »Strachu«, 2008.

²¹³ Vgl. Majewski: Zwischen Versöhnung und Verteidigung nationaler Interessen, 2008, S. 47.

und obendrein mit ›klugen Ratschlägen‹ vom ›Vergangenheitsbewältigungsweltmeister‹ verbunden war.²¹⁴

Bezüglich des deutsch-polnischen Verhältnisses nach der Jahrtausendwende sprechen Dieter Bingen, Peter Oliver Loew und Kazimierz Wójcicki von einer »Destruktion des Dialogs«, die die tatsächlichen und vermeintlichen Errungenschaften der Verständigung der 1990er Jahre erheblich beschädigt habe.²¹⁵ Als im Jahr 2001 Günter Grass' Buch *Im Krebsgang* erschien, waren die Stimmen in Polen noch durchaus positiv: Dass die Deutschen nach einer intensiven Phase der Selbtkritik nun auch verstärkt ihrer eigenen Opfer gedachten, erschien durchaus verständlich.²¹⁶ Der Gründung des Zentrums gegen Vertreibungen und der literarischen und medialen Rethematisierung der Vertreibung folgte der Bundestagswahlkampf 2002, in dem sich der Spitzenkandidat von CDU/CSU, der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber, unter anderem mit einer Pro-Vertriebenen-Einstellung zu profilieren versuchte. Er forderte, die EU-Beitrittsverhandlungen mit Polen und Tschechien zu nutzen, um diese zur Rücknahme der tatsächlichen oder nur noch vermeintlich existierenden und wirksamen anti-deutschen Gesetze und Dekrete, die als juristische Grundlage der Vertreibung dienten, zu veranlassen.²¹⁷ Die Diskussion um die tschechoslowakischen ›Beneš-Dekrete‹²¹⁸ wurde ebenso auf Polen übertragen, indem Stoiber den Neologismus der »Bierut-Dekrete« verwendete. Diese unzulängliche, weil sachlich falsche Parallelisierung,²¹⁹ trug erheblich dazu bei, die Deutschen als selbst definierte (Haupt-)Opfergruppe des Zweiten Weltkrieges und Richter gegen seine Nachbarn zu sehen.²²⁰ Nach Claudia Kraft diente die Wortschöpfung der ›Bierut-Dekrete‹ der Funktion, die unterschiedlichen Vorgänge von Flucht und Vertreibung in Polen und Tschechien zu parallelisieren und so politisch nutzbar zu machen.²²¹

In Polen wurde die Initiative des BdV fast einhellig abgelehnt. Nur einige Intellektuelle, die das grundsätzliche Anliegen zumindest für bedenkenswert hielten, entwickelten konstruktive Gegenvorschläge, beispielsweise in Form der vom SPD-Politiker und letzten Außenminister der DDR, Markus Meckel, als Alternative vorgeschlagenen gemeinsamen Institution zur Erinnerung an Zwangsmigrationen in Breslau.²²² Äußerungen des BdV in Richtung Polen und Tschechien, die ein Eingeständnis der erheblichen

²¹⁴ Vgl. Traba; Żurek: »Vertreibung« oder »Zwangsumsiedlung«? 2015, S. 333f.

²¹⁵ Bingen; Loew et al.: Einleitung, 2007, S. 9.

²¹⁶ Vgl. Kraft: Der Platz der Vertreibung der Deutschen im historischen Gedächtnis Polens und der Tschechoslowakei/Tschechiens, 2005, S. 350f. Vgl. auch: Majewski: Zwischen Versöhnung und Verteidigung nationaler Interessen, 2008, S. 43.

²¹⁷ Vgl. Majewski: Die Hauptakteure der neueren polnischen Debatten zum Thema der Zwangsmigrationen, 2008, S. 55f.

²¹⁸ Siehe Kap. 3.5, S. 123f.

²¹⁹ Borodziej: »Bierut-Dekrete«? 2002. Bolesław Bierut war mit seiner Leitung des kommunistisch dominierten Landesnationalrates von 1944-1947 de facto Staatsoberhaupt und nach den Wahlen von 1947 bis 1952 offiziell der erste Staatspräsident des kommunistischen Polen. Vgl. Kap. 3.5, S. 123. (Anmerkung: 189).

²²⁰ Vgl. Hajduk: Die publizistische Kontroverse um das »Zentrum gegen Vertreibungen«, 2010, S. 7.

²²¹ Kraft: Mythos ›Beneš-Dekrete‹, 2013, S. 233f.

²²² Majewski: Zwischen Versöhnung und Verteidigung nationaler Interessen, 2008, S. 46f.

Verantwortung für die Vertreibung und die daher notwendige Aufarbeitung forderten, zeigten die Unkenntnis – oder den Unwillen –, die vorherigen Debatten in Polen und die Charakteristika der polnischen Erinnerungskultur zur Kenntnis zu nehmen. Diese offensiv vorgetragenen Forderungen wirkten so besonders provokativ, entfalteten die gegenteilige Wirkung und trugen zur Polarisierung bei.²²³

Die angespannte Diskussion um das Zentrum gegen Vertreibungen, die Entstehung der Preußischen Treuhand und der Wahlkampf Edmund Stoibers wurden in Polen als eine zusammenhängende und inakzeptable Verbindung wahrgenommen, was auch die letztendliche Niederlage von Stoiber bei der Bundestagswahl 2002 und die endgültige Abkehr der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder von der ZgV-Initiative nicht mehr befrieden konnte.²²⁴ Mit den genannten deutschen Vorwürfen in Richtung Polen, einer vermeintlichen Neuausrichtung der deutschen Geschichtspolitik und einer drohenden Täter-Opfer-Umkehr des Zweiten Weltkrieges war auch für viele polnische Intellektuelle und Wissenschaftler, die sich in den 1990ern noch für einen selbstkritischen Umgang mit der deutsch-polnischen Geschichte eingesetzt hatten, eine rote Linie überschritten.²²⁵ Geschichtspolitisch schien offensichtlich nur eine vollständige Übernahme der »deutschen Position einschließlich derjenigen der Vertriebenenverbände« für die deutsche Seite akzeptabel zu sein.²²⁶ Symbolisch hierfür ist, dass die Verwendung des Terminus »Vertreibung«, der nach 1989 auch in der polnischen Gesellschaft verbreitet war, »erneut zu einem umstrittenen Begriff« wurde.²²⁷ Es begann eine Phase »wechselseitiger Aufrechnung«, die schließlich zu einem Tiefpunkt des deutsch-polnischen Verhältnisses führte.²²⁸

Ein Kritikpunkt polnischer Intellektueller war, dass selbst deutsche Vordenker und Historiker den Zweiten Weltkrieg primär als Hintergrund für den Holocaust und vielleicht noch von Flucht und Vertreibung sähen und damit das polnische Schicksal zwangsläufig in den Hintergrund gedrängt oder vollständig ignoriert würde.²²⁹ Dies führt zum so wahrgenommenen Paradox, dass Polen aufgefordert werde, sich der deutschen Geschichte und dem deutschen Kriegsschicksal zuzuwenden, das polnische

²²³ Vgl. Traba; Żurek: »Vertreibung« oder »Zwangsumsiedlung«? 2015, S. 332. Vgl. zur Forderung einer innerpolnischen Aufarbeitung des Vertreibungsgeschehens die Position des CSU-Politikers Hartmut Koschyk: »Was ich beklage ist ein Versagen breiter intellektueller Schichten von Wissenschaftlern, Publizisten und Politikern in Polen, die wenigen nationalistischen Kräften in dieser Frage das Wort überlassen und sich nicht mehr in die Debatte einmischen.« (Merkel bekräftigt Idee des Zentrums. DOD. 2006, S. 8).

²²⁴ Vgl. Majewski: Zwischen Versöhnung und Verteidigung nationaler Interessen, 2008, S. 48f., 54, 56.

²²⁵ Vgl. Bömelburg: Gestörte Kommunikation, 2005, S. 48. Vgl. für die polnische Sicht auf die »Wiederentdeckung« des Themas Flucht und Vertreibung in Deutschland auch: Bebenek: The Heimat Maneuver, 2007, S. 166-170.

²²⁶ Bömelburg: Gestörte Kommunikation, 2005, S. 48.

²²⁷ Ebd., S. 49. Interessant sind hier die Ausführungen von Paweł Machcewicz, der auf einer Seite seines Buches über polnische Geschichtsdebatten im Zusammenhang mit der Vertreibung der Deutschen von der Zwangsumsiedlung spricht [*przymusowe przesiedlenie*] und bei den Vertreibungen der Polen von Vertreibung [*wypędzenie*]: Machcewicz: Spory o historię 2000-2011, 2012, S. 266.

²²⁸ Bömelburg: Gestörte Kommunikation, 2005, S. 44-50. Vgl. auch: Traba; Żurek: »Vertreibung« oder »Zwangsumsiedlung«? 2015, S. 334-341.

²²⁹ Orlowski: Literatur, nationale Identität und kulturelles Gedächtnis, 2010, S. 81.

aber nicht weiter interessiere.²³⁰ Ein weiteres Problem stellten, nicht nur im deutsch-polnischen Falle, unterschiedliche kulturelle und sprachliche Umgänge mit Fragen von Schuld und Verantwortung dar. Das Verständnis, Polen solle sich für die Vertreibungen entschuldigen, »entspricht nicht den polnischen kommunikativen Traditionen eines Umgangs mit Schuld und fand folgerichtig keine Mehrheit.« Bömelburg stellt in diesem Zusammenhang weiter und grundsätzlich fest, dass ein »reflektierter Umgang mit der Erinnerung auf europäischer Ebene [...] solche unterschiedlichen Schulddiskurse berücksichtigen und nicht versuchen [sollte], auf dem Umweg über die Europäisierung eine deutsche DIN-Norm umzusetzen.«²³¹

Dem Wirken der Preußischen Treuhand wurde in Polen schließlich eine solche Bedeutung beigemessen, dass trotz der klaren Ablehnung ihres Tuns durch die Bundesregierung und auch der Abgrenzung der Spalte des BdV der polnische Sejm die massive öffentliche Empörung übernahm und als Folge davon, fast wie in volkspolnischen Zeiten, im Herbst 2003 einstimmig die Resolution verabschiedete, im Falle materieller deutscher Ansprüche Reparationsforderungen zu erheben.²³² Piotr M. Majewski weist darauf hin, dass hier ähnliche Mechanismen wie in Tschechien wirkten, die das Abstimmungsverhalten in dieser Sache zu einem »Lackmustest in Sachen Patriotismus« gemacht hätten und auch die zurückhaltenden Stimmen des Präsidenten und der Regierung letztlich wirkungslos werden ließen. Ebenso erhielten ihre Vorschläge bei der Diskussion um das ZgV für einen Kompromiss in Form einer europäischen Institution gegen Zwangsmigration in Straßburg oder Sarajewo weder in Deutschland noch in Polen die notwendige Beachtung und Zustimmung. Auffällig sei auch das Schweigen vieler polnischer Denker zu dieser Frage, was möglicherweise als stillschweigendes Akzeptieren dieses Vorgehens zum Kontern der Forderungen aus Deutschland zu verstehen sei.²³³

Ihren Teil zur Eskalation trugen auch die Medien und die Art und Weise ihrer Berichterstattung bei.²³⁴ Das berühmte Titelblatt der polnischen Zeitschrift *Wprost* von 2003, auf dem Erika Steinbach, als SS-Domina verkleidet, auf Bundeskanzler Gerhard Schröder reitet und das mit »Deutsches Trojanisches Pferd« unterschrieben ist, steht sowohl für die chronische Überschätzung des Einflusses der Vertriebenenverbände auf die bundesdeutsche Politik als auch für das in der polnischen Medienlandschaft besonders ausgeprägte Spiel mit Sensationen und gesellschaftlich tief verwurzelten Ängsten.²³⁵ Zu-

²³⁰ Vgl. Traba: Krieg und Zwangsaussiedlungen, 2007/2008, S. 128.

²³¹ Bömelburg: Gestörte Kommunikation, 2005, S. 52.

²³² Ther: Der Diskurs um die Vertreibung, 2008, S. 37. Traba; Żurek: »Vertreibung« oder »Zwangsumsiedlung?» 2015, S. 339f. Troebst: The Discourse on Forced Migration and European Culture of Remembrance, 2012, S. 401. Horst Möller spricht von einer »völlig überzogenen Reaktion des polnischen Parlaments« auf einen unbedeutenden privaten Verein: Möller: Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten in der Erinnerungskultur, 2005, S. 14f.

²³³ Majewski: Zwischen Versöhnung und Verteidigung nationaler Interessen, 2008, S. 52, 56f.

²³⁴ Vgl. Wolff-Powęska: Alte und neue Flecken auf dem Bild des Nachbarn in der polnischen Politik, 2007, S. 234–236.

²³⁵ Ther: Der Diskurs um die Vertreibung, 2008, S. 42. Bei aller notwendigen kritischen Analyse können die polnischen Medien als »sejsmograf« dieses Diskurses betrachtet werden: Wagińska-Marzec: Konflikt wokół Widocznego Znaku w świetle prasy polskiej, 2009, S. 138.

gleich stehen die von den Medien vertretenen populären Geschichtsdeutungen oft in der Tradition volkspolnischer Erzählungen, indem sie zum Beispiel die Vertreibungen als »gerechte Strafe« betrachten.²³⁶ Das Zusammenspiel einiger Medienorgane mit der politischen Rechten in Polen ließ in Kombination mit den genannten ›Impulsen‹ aus Deutschland das alte Feindbild des revanchistischen, selbstgerechten, starken Deutschen, der seine Macht als Türöffner der EU scheinbar gnadenlos auszuspielen bereit war, von Neuem entstehen. Diese Entwicklungen verstärkten sich durch den Aufstieg konservativer Kräfte wie der PiS. Bereits Anfang der 2000er Jahre »warfen die konservativen Oppositionsparteien der von den Sozialisten gestellten Regierung wiederholt vor, gegenüber deutschen erinnerungspolitischen Neuinterpretationen eine zu zurückhaltende Position zu beziehen.«²³⁷

Als Symbolfigur der deutsch-polnischen Kontroverse ist die langjährige Präsidentin des BdV, Erika Steinbach anzusehen, die in Polen höhere Bekanntheitswerte als in Deutschland hat.²³⁸ In einer Umfrage der *Rzeczpospolita*, welche Person bei den Polen am meisten Angst verursache, nannten die Befragten Steinbach nach Wladimir Putin an zweiter Stelle.²³⁹ Als Grund dafür führt Manuel Becker an, dass »[p]olnische Medien [...] Steinbach als dominante politische Figur der Bundesrepublik Deutschland [verzerrt darstellten].«²⁴⁰ Zudem erleichterte ihre zum Teil konfrontative Sprache die Schaffung dieser medialen Gestalt. Für Empörung sorgte in Polen auch ihr angezweifeltes Vertriebenenschicksal, da sie als Tochter eines Soldaten und einer aus Bremen stammenden Luftwaffenhelpferin während des Krieges in dem nach dem Ersten Weltkrieg zu Polen gefallenen Teil Westpreußens geboren und von dort am Ende des Krieges fliehen musste.²⁴¹ Diese Einschätzungen erschwerten es, das ZgV in Polen sachlich zu betrachten, da es völlig mit der Person Steinbach gleichgesetzt wurde. Adam Hołub fasst es in ironischer Anlehnung an die in den kommunistischen Staaten übliche Wendung von »Ich sage Partei – ich denke Lenin« in »Ich sage Zentrum – ich denke Steinbach«.²⁴²

Die polnische Seite reagierte mit einer Reihe von sowohl tatsächlich ergriffenen als auch angekündigten Maßnahmen auf das ZgV, die Preußische Treuhand und den vermeintlichen Wandel der deutschen Geschichtspolitik.²⁴³ Der seit 2002 amtierende Stadtpräsident von Warschau Lech Kaczyński initiierte eine eigene Zählung der Verluste Warschaus für künftige Reparationsforderungen und auch das von ihm begründete Museum des Warschauer Aufstandes ist zum Teil als eine Reaktion auf das ZgV zu ver-

²³⁶ Feindt: Flucht und Vertreibung zwischen Kaltem Krieg und Universalisierung, 2014, S. 168.

²³⁷ Bömelburg: Die Erinnerung an die deutsche Besatzung, 2006, S. 77.

²³⁸ Machcewicz: Spory o historię 2000-2011, 2012, S. 266. Vgl. Becker: Geschichtspolitik in der »Berliner Republik«, 2013, S. 487.

²³⁹ Nur Putin macht Polen mehr Angst als Steinbach. *Die Welt*. 30.03.2009.

²⁴⁰ Becker: Geschichtspolitik in der »Berliner Republik«, 2013, S. 487.

²⁴¹ Vgl. Ther: Der Diskurs um die Vertreibung, 2008, S. 38. Vgl. für ein zusammenfassendes Fazit zu Erika Steinbachs Wirken den Kommentar in der *Rzeczpospolita* zum Ende ihrer Amtszeit als Präsidentin des BdV: Haszczyński: Zwycięskie odejście Eriki. *Rzeczpospolita*. 08.07.2014.

²⁴² Hołub: Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, 2014, S. 106.

²⁴³ Vgl. für eine knappe Zusammenfassung des deutschen, polnischen und deutsch-polnischen Diskurses über das ZgV inklusive einer Diskussion der Akteure und der Rolle der Presse von 1999-2006: Hajduk: Die publizistische Kontroverse um das »Zentrum gegen Vertreibungen«, 2010, S. 209-216.

stehen.²⁴⁴ 2004 gründeten Vertreter der PiS eine »Polnische Treuhand«, um Ansprüche von durch das Dritte Reich geschädigten polnischen Personen zu unterstützen.²⁴⁵

Piotr Semka fasste 2003 in der *Rzeczpospolita* die polnischen Befürchtungen zusammen: »Kein Wunder, dass viele Polen von einem Alptraum heimgesucht werden, in dessen Verlauf ein ausländischer Tourist und Berlinbesucher zu dem Schluss gelangt, dass Juden und vertriebene Deutsche – fast auf gleicher Augenhöhe – die einzigen Opfer des Zweiten Weltkriegs waren.«²⁴⁶ In einem weiteren Artikel der *Rzeczpospolita* hieß es, dass schließlich »junge Deutsche« nach dem Besuch eines solchen Zentrums nicht nur folgern würden, dass die Juden und die Deutschen die Hauptopfer des Krieges gewesen seien, sondern auch dass Tschechen und Polen, die besetzten Länder des Dritten Reiches, Schuld und Verantwortung trügen, mindestens für die Folgen des Krieges.²⁴⁷ Ganz ähnlich argumentierte 2006 der polnische Ministerpräsident Jarosław Kaczyński zur Eröffnung der Ausstellung des ZgV, die *Erzwungenen Wege*. Diese drohte die Täter-Opfer-Rollen umzukehren und »die Geschichte des Zweiten Weltkrieges zu relativieren« und sei daher »ein sehr schlimmes, beunruhigendes und trauriges Ereignis«.²⁴⁸ Über den Kommentar von Kaczyński hinaus fand die Ausstellung der *Erzwungenen Wege* von 2006 ein breites Medienecho in Polen, allerdings waren fast alle Beurteilungen negativ.²⁴⁹

Das Entstehen des ZgV und die Debatten um Jedwabne sahen die Nationalkonservativen als einen Angriff auf und eine Gefährdung von polnischen Interessen, auf die es zu reagieren gelte: »Die Angst, polnische Opfer, obwohl sie zu den Hauptleidtragenden des Krieges zählten, würden nun von innen und außen relativiert und marginalisiert, mobilisierte den nationalen Widerstand gegen jede Geschichtskritik.«²⁵⁰ Politisch benutzten die polnischen Europaskeptiker das ZgV als Element »ihres Propagandafeldzugs gegen die Europäische Union«.²⁵¹ Dass die politische Rechte und Teile der Medien diese Entwicklung instrumentalisieren, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass mit

²⁴⁴ Vgl. Ukielski: Polsko-německé dějiny v evropské omáčce. *Česká pozice*. 11.11.2017.

²⁴⁵ Majewski: Zwischen Versöhnung und Verteidigung nationaler Interessen, 2008, S. 56.

²⁴⁶ Zitiert und übersetzt nach: Hotub: Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, 2014, S. 107.

²⁴⁷ So Jerzy Haszczyński in der *Rzeczpospolita* am 15.07.2003. Zitiert und übersetzt nach: ebd.

²⁴⁸ Heftige Kritik aus Warschau an Ausstellung über Vertreibungen. FAZ. 11.08.2006.

²⁴⁹ Hajduk: Die publizistische Kontroverse um das »Zentrum gegen Vertreibungen«, 2010, S. 228-237.

Das polnische Kernverständnis von Flucht und Vertreibung, dass die Vertreibungen nämlich in allerster Linie eine immanente Konsequenz des von Deutschland ausgelösten Krieges waren, sah man zudem nicht ausreichend berücksichtigt beziehungsweise durch die Ausdehnung auf ein Jahrhundert der Vertreibungen und den Nationalismus als Kernübel relativiert. (Ebd., S. 133). Grundsätzlich stellte die Mehrzahl der Stimmen auf polnischer Seite in Frage, ob das Thema der Zwangsumsiedlungen eines der wichtigsten Probleme der Geschichte Europas im 20. Jahrhundert gewesen sei. Außerdem betonten sie die Verbindung mit dem Kontext des zweiten Weltkrieges sowie deutscher Aggression und Verbrechen, ohne welche die Umsiedlungen nicht passiert wären (Machcewicz: Spory o historię 2000-2011, 2012, S. 249). Vgl. Kap. 5.1, S. 202-206, 210-213.

²⁵⁰ Pufelska: Raub der Clio – die polnische Geschichtspolitik und ihre Exekutoren, 2010, S. 39. Vgl.

Ruchniewicz: Geschichtspolitik im Schatten der Dankbarkeit und Enttäuschung, 2007/2008, S. 152.

Katrin Steffen fasst zusammen: »Jedwabne und das ›Zentrum gegen Vertreibungen‹ (ZgV) sind wichtige Faktoren, ohne die das Aufkommen der Geschichtspolitik nicht zu verstehen ist.« Steffen: Ambivalenzen des affirmativen Patriotismus, 2006, S. 224.

²⁵¹ Hotub: Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, 2014, S. 105.

der klaren Ablehnung der Initiative des Bundes der Vertriebenen, ein solches Zentrum gegen Vertreibungen einzurichten, »in Polen ein breiter, milieu- und parteienübergreifender Konsens [herrscht], was in einem ideell und politisch so stark polarisierten Land eine bemerkenswerte Ausnahme darstellt.«²⁵²

Der Kritik an dem in Deutschland geäußerten Vorwurf der mangelhaften Auseinandersetzung mit Flucht und Vertreibung in Polen begegnete der konservative Historiker und Philosoph Dariusz Gawin mit dem Argument, dass man in jeder Warschauer Buchhandlung Bücher über die Vertreibung der Deutschen erwerben könne und umfassende Forschungsarbeiten darüber entstanden seien. Demgegenüber seien die Erinnerung an die *kresy* und die ›Repatriierung‹ der Polen aus dem Osten in Polen als »weißer Fleck« zu betrachten, woran Gawin zugleich eine Kritik an dem von Jan Józef Lipski begrifflich so gefassten »kritischen Patriotismus« der polnischen Liberalen festmacht, der vermeintlich »Fremden mehr Barmherzigkeit als den Seinen« entgegenbringe.²⁵³

Nach den vielversprechenden 1990er Jahren kehrte so nun eine breite Desillusionierung im deutsch-polnischen Diskurs ein. Klaus Bachmann sprach von einem »Versöhnungskitsch«, der schließlich die deutsch-polnische Aussöhnung an der Oberfläche belassen habe.²⁵⁴ Das deutsche Desinteresse an den polnischen Debatten der 1990er Jahre und das Ausblenden der Streitfragen konnte so nur überdecken, dass Fragen der Bewertung des Zweiten Weltkrieges nach wie vor von immenser Bedeutung waren.²⁵⁵ Trotz der hitzigen Diskussionen ergab eine repräsentative Umfrage der FAZ und der *Gazeta Wyborcza* im Herbst 2003, dass in Polen »etwa 70 % der Befragten die deutschen Leiden des Zweiten Weltkriegs anerkennen [...]« und »dass dieses Leiden Gedenken und Mitgefühl verdient, dass jedoch die Voraussetzung dafür sei, dass die Deutschen die Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg auf sich nähmen.«²⁵⁶

Eine Intervention der polnischen und deutschen Präsidenten Aleksander Kwaśniewski und Johannes Rau führte 2003 zur *Danziger Erklärung*, die den Konflikt um das ZgV zu befrieden suchte und jede Form von falscher historischer »Aufrechnung« sowie materielle Forderungen ablehnte.²⁵⁷ Zugleich legten die Präsidenten damit die Grundlage für das *Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität* als für beide Seiten

²⁵² Machcewicz: »Museum statt Stacheldrahtverhüte«, 2012, S. 81f.

²⁵³ Gawin: Über den Nutzen und Schaden des historischen Revisionismus, 2006, S. 58. Vgl. Ruchniewicz: Geschichtspolitik im Schatten der Dankbarkeit und Enttäuschung, 2007/2008, S. 150. In der Tat lässt sich, unabhängig von Gawins politischen Schlussfolgerungen, in Polen ein populäres Interesse an der Vertreibung feststellen, wie die bereits 2013 ins Polnische erfolgte Übersetzung des gegenüber der polnischen Verantwortung sehr kritischen und in der vorliegenden Arbeit vielfach herangezogenen Buches von Ray M. Douglas erkennen lässt: Douglas: Wypędzeni, 2013. Bezeichnenderweise ist es in der populärwissenschaftlichen Reihe »Geheimnisse der Geschichte« erschienen.

²⁵⁴ Hajduk: Die publizistische Kontroverse um das »Zentrum gegen Vertreibungen«, 2010, S. 5. Vgl. Fehr: Vergeltende Gerechtigkeit, 2016, S. 118. Vgl. auch: Leschnik: Erinnerungskultur und Geschichtspolitik in Polen, 2018, S. 126.

²⁵⁵ Hajduk: Die publizistische Kontroverse um das »Zentrum gegen Vertreibungen«, 2010, S. 9.

²⁵⁶ Garsztecki: Das Deutschlandbild im polnischen Europadiskurs, 2007, S. 296.

²⁵⁷ Majewski: Die Hauptakteure der neueren polnischen Debatten zum Thema der Zwangsmigrationen, 2008, S. 56f.

tragbare Alternative zum ZgV.²⁵⁸ Auch die Erklärung Gerhard Schröders in Warschau im Jahr 2004, dass die Bundesregierung jegliche Eigentumsforderungen an Polen ablehne, gehört in diese Versuche der Deeskalation.²⁵⁹ Dennoch setzten sowohl Polen als auch Tschechien in den EU-Erweiterungsverträgen eine auch gegen die deutschen Vertriebenen gerichtete Klausel durch, die den Landerwerb von Ausländern für sieben Jahre verbot.²⁶⁰ Mit dem EU-Beitritt am 1. Mai 2004 sah sich Polen nun nach Jahren der Anpassung als Partner auf Augenhöhe und wurde in der Bundesrepublik parteiübergreifend in verschiedenen Politikfeldern zunehmend als »unbequem« wahrgenommen.²⁶¹

Im Jahr 2005 gewann die Partei PiS die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen und bildete bis 2007 zeitweise eine Minderheitsregierung oder regierte in einer Koalition mit der katholisch-nationalkonservativen Liga polnischer Familien (LPR) und der katholisch-konservativ orientierten *Samoobrona* [Selbstverteidigung]. Die nach der Bundestagswahl 2005 gebildete Große Koalition nahm das BdV-Projekt in Teilen in ihren Koalitionsvertrag auf, was in Verbindung mit der neuen nationalkonservativen polnischen Regierung zu einem geschichtspolitischen Stillstand zwischen den Ländern führte.²⁶²

Eine auf allen Ebenen des Staates betriebene Geschichtspolitik war ein zentrales Element der PiS-Regierung.²⁶³ So wurde der polnische Terminus »polityka historyczna« zu einem politischen Kampfbegriff und die dahinterstehenden Überlegungen, »je nach politischer Präferenz als unerträgliche Manipulation oder aber als unerlässlicher Beitrag zur nationalen Identitätsstiftung bewertet [...].«²⁶⁴ Die nationalkonservative Rhetorik versucht, die Deutschen ebenso wie die Polen im historischen Gegensatz von Täter und Opfer der Kriegszeit zu belassen beziehungsweise diesen zu reaktualisieren. In dieser Arithmetik ist Deutschland der »ewige Schuldner Polens«, die Polen sind fortgesetzt heroische Opfer. Zugleich soll diese Argumentation die nationale Wagenburg gegen die Bedrohung von innen und außen stärken.²⁶⁵

PiS-Politiker und konservative Intellektuelle stellten das politische Ziel eines »affirmativen« dem Konzept des »kritischen Patriotismus« gegenüber. Letzterem wurde der Patriotismus abgesprochen und dessen selbstreflexiver Charakter nicht nur als ungeeignet, sondern auch als gefährlich für die Entwicklung der Gesellschaft angesehen. Als Vertreter dieses Narrativs gelten Personen wie der im Kapitel 4.3 diskutierte Jan Józef Lipski. Die nationalkonservative Geschichtspolitik war erfolgreich, da sie an existente Opfer- und Helden-narrative ebenso wie an das traditionelle Bild des inneren Verräters

²⁵⁸ Troebst: Towards a European Memory of Forced Migration? 2016, S. 239. Vgl. Traba; Źurek: »Vertreibung« oder »Zwangsumsiedlung«? 2015, S. 338, 341.

²⁵⁹ Vgl. Sierp: History, Memory, and Trans-European Identity, 2014, S. 90.

²⁶⁰ Ther: Die Außenseiter, 2017, S. 312f.

²⁶¹ Garsztecki: Das Deutschlandbild im polnischen Europadiskurs, 2007, S. 294.

²⁶² Vgl. Troebst: The Discourse on Forced Migration and European Culture of Remembrance, 2012, S. 402.

²⁶³ Pufelska: Raub der Clio – die polnische Geschichtspolitik und ihre Exekutoren, 2010, S. 41.

²⁶⁴ Peters: Revolution der Erinnerung, 2016, S. 29.

²⁶⁵ Wolff-Powęska: Das Deutschland- und Deutschenbild der Polen in den letzten Jahren, 2008, S. 28f.

anknüpfen konnte. Im Ergebnis festigte sie das polnische Selbstverständnis als Opfernation und konnte als »Legitimationsbasis der nationalkonservativen Politik« dienen. Die PiS-Geschichtspolitik ist insofern nach außen gerichtet, als dass ein positives Polenbild gerade bei den Verbündeten als wichtig erachtet wird – und selbstkritische Diskussionen dieses gefährden könnten. Diese Direktive galt und gilt folglich auch für die von der PiS geförderten Museumsprojekte. Zudem sah und sieht man sich nicht nur geschichtspolitisch einmal mehr zwischen Deutschland und Russland eingeklammert, gegen die es sich auch auf diese Weise zu behaupten gelte.²⁶⁶ Für parteiübergreifende Kritik sorgt beispielsweise das deutsch-russische Nordstream-Projekt, mit welchem Deutschland scheinbar leichtfertig fundamentale Interessen Polens ignoriere.²⁶⁷

Feliks Tych betont die Kontinuitäten der PiS-Geschichtspolitik mit denen der Volksrepublik Polen, die vorsätzlich die Leistung von Jahrzehnten der deutsch-polnischen Verständigung »aufs Spiel« setze.²⁶⁸ Ein Element hiervon seien die geförderten Ausstellungen, in denen dieses Verständigungswerk und vor allem die dieser Politik gegenläufige Erkenntnis, »dass Deutschland heute ein anderes Land [...] und ein stabiler Garant der Demokratie in Europa [ist]«, nicht vermittelt werde.²⁶⁹

Die aktive Geschichtspolitik der polnischen Regierungen manifestiert sich seit 2004 in einem »veritablen Museumsboom«, der trotz mancherlei Kritik weiterhin ungebrochen ist.²⁷⁰ PiS-Politiker sprechen von einem im Vergleich zu Deutschland vorhandenen Mangel an polnischen Museen, und tatsächlich ist die Dichte an Museen im westlichen Nachbarland deutlich größer.²⁷¹ Bei der langsamen Transformation der polnischen Museen nach 1989 konnten der ohnehin zumeist nur oberflächliche »dünne Firnis marxistisch-internationalistischer Traditionsinhalte« in der polnischen Erinnerungskultur insgesamt schnell beseitigt und ansonsten die in der VRP gepflegte Geschichtspolitik in Teilen fortgesetzt werden.²⁷² Seit 1989 hat in diesem Komplex eine kritische Erzählung stets weiter mit einer heroischen Erzählung konkurriert, wobei letztere 2004 im Museum des Warschauer Aufstands eine »Renaissance« feierte und zugleich zu dieser beisteuerte.²⁷³ Die beiden großen politischen Lager haben schließlich in den letzten

²⁶⁶ Pufelska: Raub der Clio – die polnische Geschichtspolitik und ihre Exekutoren, 2010, S. 36–47. Zum Gedanken, dass Polen (erneut) von Deutschland und Russland eingeklammert werde, schreibt Feliks Tych, dass die Regierung selbst für diese Entwicklung verantwortlich sei und die nach 1989 gewonnene Errungenschaft, erstmals nicht von Deutschland und Russland bedrängt zu werden, für den Effekt der inneren Mobilisierung leichtfertig riskiere: Tych: Gemeinsame Geschichte – gemeinsame Aufarbeitung, 2008, S. 135–136. Vgl. ähnlich umfassend: Steffen: Ambivalenzen des affirmativen Patriotismus, 2006.

²⁶⁷ Vgl. Kellermann: Nordstream II entzweit Polen und Deutsche. *Deutschlandfunk*. 18.12.2017.

²⁶⁸ Tych: Gemeinsame Geschichte – gemeinsame Aufarbeitung, 2008, S. 136.

²⁶⁹ Ebd.

²⁷⁰ Heinemann: Krieg und Kriegserinnerung im Museum, 2017, S. 10.

²⁷¹ Muzealny »boom« i nowa historyczna narracja. *tvn24*. 01.05.2018. Auf 100.000 Einwohner gerechnet liegt die Museumsdichte in Polen bei 2,1, in Tschechien bei 4,9 und in Deutschland bei 8,1. Kosiewski: Zeit der Museen. *Dialog Forum*. 16.04.2018.

²⁷² Boysen: Militär- und Kriegsmuseen in Deutschland und Polen, 2012, S. 38. Vgl. Nijakowski: Die polnische Erinnerungspolitik, 2017, S. 33.

²⁷³ Heinemann: Krieg und Kriegserinnerung im Museum, 2017, S. 438.

fünfzehn Jahren verschiedene ›Flaggschiffe‹ ihres geschichtspolitischen Verständnisses geschaffen und sehen die Museen auch als Teil ihrer Außenpolitik.²⁷⁴

Das Aufstandsmuseum in Warschau war eines der zentralen Projekte von Lech Kaczyński als Stadtpräsident von Warschau. Der in Polen bereits in den Jahren der Volksrepublik zunehmend rehabilitierte Mythos des Warschauer Aufstandes ist lagerübergreifend anschlussfähig. Die Auslegung des Museums in Warschau zeigt und bestätigt die »Vision einer von allen Seiten unterdrückten und aufopferungsvoll für die Freiheit kämpfenden Nation [...].«²⁷⁵ Mag es in seinen Inhalten traditionell und patriotisch gestaltet sein, so sind seine Ausstellungsmethoden und -techniken doch modern und das Museum ein Besuchermagnet.²⁷⁶

Die PiS treibt eine ganze Reihe von weiteren, zum Teil umstrittenen Museumsprojekten voran. So sollen sowohl ein neues *Museum für die verfeindeten Soldaten* in Ostrolęka als auch ein Piłsudski-Museum in Sulejówek ebenso wie ein weiteres, Johannes Paul II. und der tausendjährigen Geschichte des christlichen Polen gewidmetes *Museum Erinnerung und Identität* in Thorn/Toruń entstehen.²⁷⁷ Auch die Realisierungsphase des *Museums für polnische Geschichte* fällt in die Ägide der PiS, welches 2006 durch die erste PiS-Regierung gegründet wurde und 2021 in Warschau eröffnen soll.²⁷⁸ Als Begründung, ein Museum für die *kresy* in Lublin zu schaffen, wird von PiS-Vertretern auf deren im Vergleich zu den deutschen Vertriebenen geringen Stellenwert in der polnischen Erinnerungskultur sowie auf die in dieser Hinsicht vorbildhafte deutsche Erinnerungskultur verwiesen.²⁷⁹

Die PO hat drei zentrale Museumsprojekte vorangebracht: 2014 konnten sowohl das *Museum der Geschichte der polnischen Juden* in Warschau als auch das *Europäische Solidarność Zentrum* in Danzig eröffnen, 2017 schließlich das von Donald Tusk initiierte *Museum des Zweiten Weltkrieges*. Nach Catherine Schilling »schicken sich [jene Museen] an, die ausgetretenen Pfade der auf das eigene Leid fixierten Narrative zu verlassen. In ihrer Erzählung gibt es gerade eben nicht ausschließlich polnische HeldInnen, polnische Opfer und wahlweise nationalsozialistische (deutsche) oder sowjetische (russische) TäterInnen. Die Ereignisse in Polen sollen außerdem in ihren europäischen Rahmen eingebettet werden; Ziel ist eine ›universale Botschaft‹, die zur gegenseitigen Verständigung

²⁷⁴ Vgl. Peters: Polens Streitgeschichte kommt ins Museum, 2015.

²⁷⁵ Pufelska: Raub der Clio – die polnische Geschichtspolitik und ihre Exekutoren, 2010, S. 45.

²⁷⁶ Vgl. Schilling: Patriotismus à la PiS und die Schlüssel von Jedwabne, 2016.

²⁷⁷ Vgl. Muzealny »boom« i nowa historyczna narracja. *tvn24*. 01.05.2018.

²⁷⁸ Ebd. Vgl. das Interview mit dem Direktor Robert Kostro: Flieger: »W narodowej dumie nie ma nic złego«. *Gazeta Wyborcza*. 08.07.2018. Dieser betont in dem Gespräch, dass das Museum Raum für Kontroversen lassen und den Besucher zur Bildung einer eigenen Position anregen solle. Zudem sollte die Geschichte Polens als ehemals multi-ethnischer Staat und in Differenz zum heutigen Polen diskutiert werden.

²⁷⁹ So gab der PiS-Politiker Ryszard Legutko an, dass in der polnischen öffentlichen Debatte die deutschen Vertriebenen mehr Raum hätten als die ehemaligen polnischen Bewohner der *kresy*: Muzealny »boom« i nowa historyczna narracja. *tvn24*. 01.05.2018. Explizit wird auf die in dieser Hinsicht als Vorbild betrachtete deutsche Erinnerungskultur an die ehemaligen Ostgebiete und ihre Museen verwiesen: Cenckiewicz: Polityka historyczna to chaos. *Dziennik*. 16.02.2018. Siehe für den gegenwärtigen Stand der Planung (2019): Chrzanowska: W Lublinie będzie Muzeum Ziemi Wschodnich Dawnej Rzeczypospolitej. *dzieje.pl*. 28.06.2019. Vgl. zur Debatte, in der 2014 unter anderem Oppeln als künftiger Museumsstandort gehandelt wurde: Leschnik: Erinnerungskultur und Geschichtspolitik in Polen, 2018, S. 442.

beiträgt.«²⁸⁰ Auch Florian Peters konstatiert 2015, dass die ersten beiden Museen ein bedeutender Schritt »zu einem pluralistischen und dialogorientierten Umgang mit der polnischen Geschichte [sind], vor allem aber mit ihrer Orientierung auf eine transnationale, europäische Perspektive markieren beide Museen einen qualitativen Sprung in der polnischen Geschichtskultur.« Sie verbinden sich mit ihrer »selbstkritischen und dialogorientierten Auseinandersetzung mit liebgewonnenen nationalen Geschichtsbildern« zudem mit einem »Selbstbewusstsein Polens, das sich seines Platzes in Europa neu versichern möchte.«²⁸¹

Neben dieser Geschichtspolitik initiierte und intensivierte die PO nach ihrem Wahlsieg von 2007 eine politische und wirtschaftliche Liberalisierung und Modernisierung des Landes. Dies blieb allerdings nicht ohne Kritik, wurde sie doch sowohl von den Nationalkonservativen als auch von linken Kräften für eine vermeintlich einseitige Politik angegriffen, die die ökonomische und gesellschaftliche Spaltung Polens verschärft und zentrale Probleme, wie die fortgesetzte Abwanderung junger Menschen, nicht in den Griff bekommen habe.²⁸²

Geschichtspolitisch blieb die neue Regierung unter Donald Tusk auf Distanz zu Deutschland und dem dort im Entstehen begriffenen »Sichtbaren Zeichen«, auch wenn die unter der PiS-Regierung gängige Polarisierung nun unterblieb.²⁸³ Statt bei den bereits weit gediehenen Planungen in Berlin zu intervenieren oder das ENRS forcierter zu reaktivieren, startete Donald Tusk mit dem Projekt des Museums des Zweiten Weltkriegs eine eigene Initiative zur Lösung des geschichtspolitischen Konfliktes unter Wahrung des polnischen Interesses nach Mitbestimmung und einer ausreichenden Berücksichtigung der polnischen Geschichtserfahrungen.²⁸⁴ Grundlegendes Ziel war es, den polnischen Beitrag zur europäischen Geschichte aktiv und konstruktiv einzubringen,²⁸⁵ was die politische Rechte nicht davon abhielt, die PO-Geschichtspolitik heftig unter Beschuss zu nehmen.²⁸⁶ Jarosław Kaczyński unterstrich 2013 die Forderung nach einem Wandel der vermeintlich liberalen Geschichtspolitik, die eine »Pädagogik der Schande« verfolge und durch eine von »Würde und Stolz« ersetzt werden müsse.²⁸⁷ Auch außenpolitisch möchte die PiS Polen »von den Knien erheben« und der Welt die heroische Geschichte Polens nahelegen.²⁸⁸

Die deutsche Geschichtspolitik wurde in Polen weiter beständig und kritisch verfolgt. In Projektion der eigenen Vorstellung einer konzentrierten Geschichtspolitik wur-

²⁸⁰ Schilling: Patriotismus à la PiS und die Schlüssel von Jedwabne, 2016.

²⁸¹ Peters: Polens Streitgeschichte kommt ins Museum, 2015.

²⁸² Vgl. Puto: Eine neue Generation protestiert. *Süddeutsche Zeitung*. 26.07.2017.

²⁸³ Politt: Alles im Zeichen von Geschichte? 2009, S. 166. Vgl. Traba; Żurek: »Vertreibung« oder »Zwangsumsiedlung«? 2015, S. 342-345.

²⁸⁴ Vgl. Machcewicz: Spory o historię 2000-2011, 2012, S. 252f.

²⁸⁵ Vgl. Pufelska: Raub der Clio – die polnische Geschichtspolitik und ihre Exekutoren, 2010, S. 50f.

²⁸⁶ Vgl. Zybura: Der Kommunismus und die Polen, 2013, S. 56.

²⁸⁷ Kaczyński zapowiada aktywną politykę historyczną. *dzieje.pl*. 29.06.2013. Siehe auch: Kap. 7.2.1, S. 418. Der Begriff der »Pädagogik der Schande« geht zurück auf den polnischen Historiker Andrzej Nowak, der ihn bereits 2001 einführt: Wolff-Powęska: »Dobra zmiana« szuka naukowych standardów edukacji historycznej Polaków. *Gazeta Wyborcza*. 26.05.2018. Vgl. Pufelska: Raub der Clio – die polnische Geschichtspolitik und ihre Exekutoren, 2010, S. 51.

²⁸⁸ Wójcicka: »Politik der Ewigkeit« auf Polnisch, 2019, S. 5.

de die Ausstrahlung der in Polen unter anderem wegen der Darstellung von polnischem Antisemitismus während des Zweiten Weltkrieges umstrittenen ZDF-Serie *Unsere Mütter, unsere Väter* gleichzeitig mit dem Baubeginn der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung im Jahr 2013 nicht als Zufall, sondern als Manifestation eines koordinierten geschichtspolitischen Schachzuges gesehen.²⁸⁹

2015 gewann die PiS sowohl die Präsidentschafts- als auch die folgenden Parlamentswahlen. Bei der Abstimmung 2019 konnte sie ihre absolute Mehrheit im Sejm verteidigen und ausbauen. Aufbauend auf dieser Stärke macht sich die Partei unter ihrem Chef Jarosław Kaczyński mit dem Schlagwort des »guten Wechsels/Wandels« [*Dobra zmiana*] auf allen Ebenen an den Umbau des Staates, wobei die Geschichtspolitik darin erneut ein zentrales Element ist.²⁹⁰ Sie kann dafür an die Regierungszeit von 2005–2007 anknüpfen, verfügt aber durch die Mehrheitsverhältnisse im Parlament nun über einen weitaus größeren Spielraum und sucht so seit Beginn der Regierungszeit die geschichtspolitischen Weichenstellungen der PO umzulegen.²⁹¹ Das zeigt sich nicht zuletzt darin, dass – beginnend mit dem MIIW – mittlerweile verschiedene Museumsdirektoren »durch neue, linientreue Kader abgelöst« wurden.²⁹² Im Verhältnis zu Deutschland sind andere Fragen wichtiger geworden. So verfolgen PiS-Politiker intensiver den Plan, an Deutschland Reparationsforderungen für die Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges zu erheben.²⁹³ Geschichtspolitisch scheinen der »kritische Patriotismus« und damit der Raum für Grautöne und Ambivalenzen ganz an den Rand gedrängt worden zu sein.²⁹⁴

Eine praktische Funktion erfüllt das Geschichtsverständnis der PiS in aktuellen Auseinandersetzungen mit Deutschland über ganz andere Politikfelder, wie die umstritte-

289 Hołub: Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, 2014, S. 113.

290 Vgl. für eine globale Einordnung des »guten Wandels/Wechsels«: Gespräch mit dem britischen Historiker Timothy Garton Ash. *Dialog Forum*. 23.01.2020.

291 Vgl. Bucholc: Slow-cooking Academia à la Polonaise, 2017. Vgl. zur weiteren geschichtspolitischen Entwicklung und ihren Einfluss auf die Erinnerungskultur: Franczak; Nowicka: Des Kaisers neue Kleider, 2016.

292 Wójcicka: »Politik der Ewigkeit« auf Polnisch, 2019, S. 5.

293 Vgl. für eine kritische Diskussion der polnischen Reparationsforderungen: Ruchniewicz: Die ver spätete Rechnung, 2017. In der *Newsweek Polska* schrieb der Historiker Piotr Osęka, dass die Reparationsforderungen an Deutschland und das antideutsche Element keine reinen Produkte der Ablenkung von anderen Themen seien, sondern wichtige Bestandteile der permanente Mobilisierung erfordernden konservativen Revolution, die gegen die »postkommunistischen Eliten«, die »Richterkaste« oder »kriminelle Deutsche« kämpfe: Osęka: »Zły Niemiec« – PiSowska antyniemiecka ofensywa to kalka PZPR. *Newsweek Polska*. 06.08.2018. In der *Rzeczpospolita* wies auch der Historiker Andrzej Friszke darauf hin, dass die Geschichtspolitik der PiS hauptsächlich nach innen gerichtet sei, auch die Reparationsforderungen. Dies sei aber ein Spiel mit dem Feuer, da ein erneutes Aufbringen dieser Frage die internationalen Vereinbarungen mit Deutschland untergraben könne, dank derer Polen eine stabile westliche Grenze habe: Nizinkiewicz: Friszke: Samobójcza polityka historyczna PiS. *Rzeczpospolita*. 11.09.2017.

294 Vgl. Szeligowska: Polish Patriotism after 1989, 2016, S. 224–226. Nijakowski gibt als Beispiele für nun »verschwiegene« oder »retuschierte« Themen die Deutsche Volksliste, den Dienst in der Wehrmacht oder ein positives Verhältnis zum deutschen Kulturerbe an: Nijakowski: Die polnische Erinnerungspolitik, 2017, S. 41.

ne Reform des Justizwesens in Polen: Deutschland habe nach dem Zweiten Weltkrieg schlicht »kein Recht«, ein Land in seinen innenpolitischen Angelegenheiten zu kritisieren, welches es überfiel und zu zerstören versuchte. Zudem kann die PiS ihre Auseinandersetzungen mit dem als vermeintlich allmächtig angesehenen Deutschland oder mit der von Deutschland angeblich dominierten EU »als eine neue Art des Kampfes um Unabhängigkeit« inszenieren.²⁹⁵ Die Arbeit der PiS-Geschichtspolitik an all diesen ›Flanken‹, die sich unter anderem in den genannten Museen, aber auch in anderen Bereichen der Kulturförderung manifestiert, hat letztlich zum Ziel, »eine breite Infrastruktur zu schaffen, um ihre Meistererzählung zu tradieren.«²⁹⁶ Mit dieser soll ihr auch ihr eigener »Machtanspruch« dauerhaft legitimiert werden.²⁹⁷

Die Analogien zur Geschichtspolitik und Erinnerungskultur der Volksrepublik Polen wurden in der vorliegenden Studie schon angedeutet und von Kritikern wiederholt gegen die PiS-Regierung ins Feld geführt. Ein prominenter Vertreter dieser Einschätzung ist unter anderem der britische Polenhistoriker Norman Davies, der zur Zeit der VRP in Krakau studierte.²⁹⁸ Letztlich kommt aber auch die Kritik nicht umhin anzuerkennen, dass dieser Weg erfolgreich ist und der Anschluss an volkspolnische Narrative in größeren Teilen der Bevölkerung Anklang findet. Dies steht zugleich nicht im Widerspruch zu internationalen Entwicklungen der modernen Rechten und ihrer patriotischen bis nationalistischen Geschichtsschreibung.²⁹⁹

Mit steigender Intensität und unterschiedlichen Mitteln haben alle polnischen Regierungen nach 1989 das Ziel verfolgt, dem zu Recht konstatierten globalen Defizit an Geschichtskenntnissen über Polen allgemein und der Rolle Polens im Zweiten Weltkrieg im Besonderen zu begegnen.³⁰⁰ Der »traditionelle defensive Nationalismus« in Polen, der fest in der Gesellschaft verankert ist und sich aus einem »Gefühl der eigenen moralischen Überlegenheit speist«,³⁰¹ wird von der PiS-Regierung umfassend aufgegriffen und weiterentwickelt. Es wird nicht nur an volkspolnische Mythen und deren Geschichtspolitik angeknüpft, sondern man versucht sich auch international als exzeptionelle heroische Opfernation zu präsentieren.³⁰² Diese historisch nicht von der Hand zu

²⁹⁵ Schilling: Patriotismus à la PiS und die Schlüssel von Jedwabne, 2016.

²⁹⁶ Saryusz-Wolska; Stach et al.: Verordnete Geschichte? 2016. Die mit staatlicher Unterstützung entstandenen Filme *Miasto '44* (2014) *Wojny* (2016) und *Smoleńsk* (2016) bedienen intensiv und ohne ausgeprägte Schattierungen den polnischen Opfermythos. Vgl. Kaluza: Stolz auf Polen, 2018.

²⁹⁷ Wójcicka: »Politik der Ewigkeit« auf Polnisch, 2019, S. 3.

²⁹⁸ Hassel: Die Panzer müssen stolzer werden. *Süddeutsche Zeitung*. 24.10.2016. Vgl. Vetter: Die PiS und das Erbe der Volksrepublik, 2018.

²⁹⁹ Breitenstein: Die Liebe zum Ausnahmezustand. *NZZ*. 06.04.2017.

³⁰⁰ Vgl. Wehowski: Wie Polens Politiker die Geschichte instrumentalisieren. *FAZ*. 04.03.2018.

³⁰¹ Bömelburg: Die Erinnerung an die deutsche Besatzung, 2006, S. 77.

³⁰² Vgl. Peters: Revolution der Erinnerung, 2016, S. 86. Florian Peters fasst ein Ergebnis der auch hier herangezogenen Studie Monika Heinemanns zur polnischen Museumskultur zusammen: »Tatsächlich kommt Heinemann zu dem Ergebnis, dass die während des Staatssozialismus geprägten Deutungsmuster des Zweiten Weltkriegs in ihren Grundzügen eine überraschend große Beharrungskraft aufwiesen.« – Peters: Rezension zu: Heinemann, Monika: Krieg und Kriegserinnerung im Museum. Der Zweite Weltkrieg in polnischen historischen Ausstellungen seit den 1980er-Jahren. Göttingen 2017, 2018.

weisende Einschätzung bleibt gleichwohl fragmentarisch und ohne Schattierungen.³⁰³ Zudem fällt Deutschland in diesem Narrativ zumeist die Rolle des ewigen Feindes zu, der sich von den Kreuzrittern weiter über Friedrich den Großen bis hin zu Bismarck und Hitler manifestierte.³⁰⁴ In der PiS-kritischen Presse spricht man von einer »anti-deutschen Obsession«, die in ihrem Einfluss auf die Medien und mit ihrer politischen Rhetorik das Verhältnis zum Nachbarn bereits geschädigt habe, wie sich in Erhebungen zeige, in denen die Sympathie gegenüber den Deutschen im Jahr 2018 auf den niedrigsten Wert seit 1993 gefallen sei.³⁰⁵ Intellektuelle kritisieren eine neue »Faszination für den Krieg« in der polnischen Gesellschaft, die nur durch die Gegenperspektive »wehrloser Zivilisten« gebrochen werden könne.³⁰⁶ Die von den Nationalkonservativen angestrebte Einigung der Nation hinter der Geschichte scheint schließlich eher zu einer gesellschaftlichen Spaltung zu führen.³⁰⁷

Diese Kritik deutet an, dass die Geschichtserzählung der PiS und PiS-naher Historiker, obwohl sie keineswegs unwidersprochen bleibt, dennoch bereits Wirkung zeigt. Für die kritische Behandlung und Verhandlung von Flucht und Vertreibung in der polnischen Öffentlichkeit ist diese Entwicklung schädlich. Einer solcher Auseinandersetzung steht im Weg, dass selbst euphemistische Erzählungen des historischen Geschehens von Flucht und Vertreibung das nationalkonservative Geschichtsbild einer fast ausschließlich heroischen und unschuldigen Nation herausfordern. Der Bund der Vertriebenen erfüllte in diesem Zusammenhang besonders unter Erika Steinbach die für eine nationalistische Argumentation wichtige Funktion, die Deutschen (und die deutschen Vertriebenen) weiterhin, wenn nicht als Feind, so doch als Gegner glaubhaft präsentieren zu können. Dies gelang und gelingt, da Erika Steinbach und ihr Verband aufgrund der besprochenen Logiken der polnischen Medien und Politik, aber auch wegen ihrer eigenen Politik ebenso wie der historischen Vergangenheit des BdV, als Opferverband in Polen nie breitere Glaubwürdigkeit gewinnen konnten.

Der ehemalige Direktor des MIIW, Paweł Machcewicz, geht soweit, die PiS-Geschichtspolitik – hier am Beispiel der Angriffe auf den »europäischen« und »internationalen« Charakter des MIIW – als Teil einer Entwicklung zu »Isolationismus, Nationalismus und sogar Xenophobie« zu betrachten.³⁰⁸ Konservative Autoren wie Bogdan Musiał hingegen weisen darauf hin, dass die jüdische Geschichte Polens ebenso wie »die bis dahin tabuisierte deutsche Geschichte in den polnischen Westgebieten [...] und die Flucht und Vertreibung der dort lebenden Deutschen« heute »ein wichtiger Bestandteil der nationalen Narration geworden« seien.³⁰⁹ Im September 2015 brachte

³⁰³ So sieht sich nach Philipp Ther Polen mit einem Recht für das 18.-20. Jahrhundert als eine »Oppernation«; Ther: Der Diskurs um die Vertreibung, 2008, S. 31.

³⁰⁴ Michnik: Trauma, Memory, and Justice, 2011, S. 209.

³⁰⁵ Pacewicz: PiS: Adamowicz po stronie hitlerowców. OKO.press. 13.08.2018.

³⁰⁶ So die Autorin Anna Dziewit-Meller im Interview: Sowiński: Więcej dziewuch, mniej księźniczek. *krytyka polityczna*. 01.06.2018.

³⁰⁷ Szeligowska: Polish Patriotism after 1989, 2016, S. 229f.

³⁰⁸ »Myślę, że ataki na ›europejski‹, ›miedzynarodowy‹ charakter Muzeum II Wojny Światowej trzeba widzieć jako część wzbierającej w ostatnich latach fali izolacjonizmu, nacjonalizmu, a nawet ksenofobii.« Machcewicz: Muzeum, 2017, S. 288.

³⁰⁹ Musiał: Die nationale Narration und ihre Entwicklung sowie die Entfaltung der europäischen Idee im Polen des 20. Jahrhunderts, 2016, S. 353.

sich Jan Tomasz Gross mit einem provokativen Debattenbeitrag ein, in dem er den ostmitteleuropäischen Staaten ein Versagen in der Flüchtlingskrise vorwarf, das unter anderem darauf beruhe, dass »Osteuropa [...] seine mörderische Vergangenheit erst noch aufarbeiten [müsse].«³¹⁰

Im polnischen Film differenzierte sich nach 1989 das Bild des Deutschen deutlich, auch wenn gewisse Stereotype wie die des hinterlistigen Volksdeutschen bestehen blieben. Die Thematisierung des deutschen Kriegsleidens erfolgt zugleich meist auf Kosten der Russen, die in den Filmen nun vermehrt als »Erzfeind« dargestellt werden.³¹¹ Ein Beispiel für diese Entwicklungen ist der Film *Róża* [Rose] von 2011, in dem der Regisseur Wojciech Smarzowski anhand des Schicksals einer masurischen Frau die nationale Indifferenz dieser Bevölkerungsgruppe und das Schicksal der Massenvergewaltigungen und der drohenden Vertreibungen am Ende des Krieges drastisch darstellt.³¹² 2017 widmete sich der Film *Zgoda* [Eintracht] der schwierigen Nachkriegssituation in Oberschlesien und dem dortigen kommunistischen Lagersystem, in dem Deutsche, Schlesier und Polen interniert waren.

In der Literatur wurde sowohl das Thema von Flucht und Vertreibung als auch das der deutschen Vergangenheit vielerorts empathisch und mit einer polnischen Perspektive in all seinen Schattierungen wiederholt aufgegriffen, so von der berühmten polnischen Gegenwartsschriftstellerin und Nobelpreisträgerin Olga Tokarczuk. Auch die weitere künstlerische Auseinandersetzung mit dem Komplex führt in Polen immer wieder zu bemerkenswerten Werken oder Interventionen.³¹³ So schuf der Kunststudent Jerzy Bohdan Szumczyk 2013 in Danzig vor einem sowjetischen Kriegerdenkmal eine Guerillakunst mit der Installation einer Skulptur zur Erinnerung an die von der Roten Armee vergewaltigten Frauen. Das Werk wurde bereits nach wenigen Stunden von der Polizei entfernt und führte zu russischen Protesten.³¹⁴ Ein Beispiel intensiver künstlerischer Auseinandersetzung war 2015 in Breslau zu sehen: Die Ausstellung *The Germans did not come* diskutierte mit verschiedenartigsten Exponaten die Vertreibung der Deutschen ebenso wie die polnischen Erfahrungen und Befürchtungen.³¹⁵ Ein besonders eindrucksvolles Werk mit dem Titel »Heimatvertriebene« besteht aus gesammelten historischen Breslauer Wohnungstüren, die von der Künstlerin Dorota Nieznalska mit großen Eisenspitzen durchbohrt wurden und in mehrfacher Hinsicht den gewalt samen Akt der Vertreibung darstellen.³¹⁶

³¹⁰ Gross: Die Osteuropäer haben kein Schamgefühl. *Die Welt*. 13.09.2015.

³¹¹ Mazierska: Neighbours (Almost) Like Us, 2014, S. 86f.

³¹² Vgl. das Interview mit dem Regisseur: Wojciech Smarzowski – Rose – Interview. *culture.pl*. 29.06.2011.

³¹³ Vgl. für einige Werke der Literatur und des Theaters seit 2010, die sich im weiteren Sinne mit der Vertreibung befassen: Fehr: Vergeltende Gerechtigkeit, 2016, S. 123.

³¹⁴ Krafczyk: Mahnmal entfacht Streit um Kriegsgräuel. *Nordwest-Zeitung*. 22.10.2013. Vgl. auch: Danziger Skulptur erzürnt Russland. *taz*. 17.10.2013.

³¹⁵ Vgl. den Ausstellungskatalog: Bieniek; Miśniakiewicz et al. (Hg.): Niemcy nie przyszli, 2015. Siehe auch: Zarzycki: The Germans Did Not Come, 2015.

³¹⁶ *Wypędzeni z ziemi ojcowskich*. Siehe für eine Beschreibung: Bieniek; Miśniakiewicz et al. (Hg.): Niemcy nie przyszli, 2015, S. 68f.

Breslau war nicht zufällig Ort dieser Ausstellung. Als Kulturhauptstadt Europas 2016 setzte sich die Stadt auch mit ihrem deutschen Erbe auseinander und ist seit den 1990er Jahren in dieser Hinsicht generell als liberaler Vorreiter zu betrachten. Vorteilhaft dafür schien die unübersehbare Präsenz des deutschen Kulturerbes zu sein, die zum Bestandteil einer neuen lokalen Identität wurde. Die Stadtregierung betonte in der Bewerbung Breslaus zur Kulturhauptstadt ihren Charakter als europäische Metropole mit einer multikulturellen Geschichte, auch wenn das historisch nur eingeschränkt haltbar ist. Gleichzeitig wurde die eigene Erfahrung mit der schwierigen Vergangenheit eines vollständigen Bevölkerungsaustausches hervorgehoben.³¹⁷

5.3 Tschechien

Die Frage der Vertreibung der Deutschen berührt die heutige tschechische Identität wesentlich mehr, als dies für Deutschland oder Polen gilt.³¹⁸ So ist die enge deutsch-tschechische Verbindung seit vielen Jahrhunderten konstitutiv für die Regionen von Böhmen, Mähren und den heute tschechischen Teil Schlesiens. Der tschechische Blick auf die Deutschen ist oft auf einen vermeintlich langen Gegensatz gerichtet, in dem sich die Tschechen gegen die Deutschen – zumeist vergeblich – behaupten mussten. Eine stärkere innere und verwobene Dimension hat der Konflikt auch daher, dass im Gegensatz zum Großteil der Deutschen aus den heutigen polnischen Gebieten die Sudetendeutschen zunächst tschechoslowakische Staatsbürger deutscher Nationalität waren. Die Konflikte mit Deutschland, Österreich und den Sudetendeutschen nach der friedlichen Aufspaltung der Tschechoslowakei nach 1989/93 fielen zudem in eine Phase der Neukonstituierung einer tschechischen Identität.³¹⁹ Das zeigt sich nicht zuletzt darin, dass es sich bei den Auseinandersetzungen über die Bewertung des *odsun* in Tschechien vor allem um einen »tschechisch-tschechischen Streit« handelt, der zu einem wichtigen, wenn nicht dem wichtigsten zeithistorischen Thema Tschechiens wurde.³²⁰ Für die interne Diskussion wie für die Streitgeschichte mit den Sudetendeutschen spielt »[d]ie Frage, wer in der Geschichte von der tragischen Entwirrung des deutsch-tschechischen Konflikts möglicherweise das (größere) Opfer und wer der (größere) Täter ist, [...] immer noch eine wichtige Rolle und ist so eines der Hauptargumente dieser nicht enden wollenden Polemik.«³²¹

Bis zu den Parlamentswahlen 2010 war das tschechische Parteiensystem vom Dualismus der liberal-konservativen ODS und der sozialdemokratischen ČSSD geprägt. Verschiedene Neugründungen wie die christdemokratische TOP 09 und die ANO-Partei vervielfältigten das Parteienspektrum, sodass sich heute neun Parteien im tschechischen Abgeordnetenhaus befinden. Eine Besonderheit der Tschechischen Republik ist eine nicht oder kaum gewendete orthodoxe kommunistische Partei (KSČM), die nach

³¹⁷ Vgl. Kretschmann: Breslau museal, 2017, S. 20, 347f., 360.

³¹⁸ Kraft: Der Platz der Vertreibung der Deutschen im historischen Gedächtnis Polens und der Tschechoslowakei/Tschechiens, 2005, S. 343.

³¹⁹ Vgl. Houžvíčka: Czechs and Germans 1848-2004, 2015, S. 432f.

³²⁰ Tůma: Die Aussiedlung, 2015, S. 257f.

³²¹ Ebd., S. 259.

wie vor in landesweiten Wahlen zwischen 7 bis 19 Prozent der Stimmen erreicht und über lokale Hochburgen, vor allem im vormaligen ›Grenzland‹, verfügt. Einen bedeutenden nationalen Einfluss konnte sie zuletzt 2018 gewinnen, indem sie die Minderheitenregierung aus der ursprünglich 2011 als Protestpartei gegründeten ANO von Ministerpräsident Andrej Babiš und der stark geschwächten ČSSD stützt. Bezuglich der Frage der Vertreibung der Deutschen vertritt die KSČM eine konsequent nationalistische Position; bei den anderen Parteien gab es stets unterschiedliche Stimmen, auch wenn in Grundfragen ein gleich zu besprechender parteiübergreifender Konsens besteht.³²² Muriel Blaive konstatiert in diesem Zusammenhang, dass selbst die konservative ODS des damaligen Ministerpräsidenten Václav Klaus durch die informelle Unterstützung der Kommunisten die Präsidentschaftswahlen 2003 gewonnen habe, um den Gegenkandidaten und vormaligen Dissidenten Jan Sokol zu verhindern, den man einer gegenüber den Sudetendeutschen zu entgegenkommenden Einstellung verdächtigte. Dies deutet nach Blaive zugleich an, dass die sudetendeutsche Frage nach wie vor als eine der »größten Gefahren für die tschechische Nation« betrachtet wird und zumindest in den damaligen Wahlkämpfen als existentielle Frage inszeniert, aber auch wahrgenommen worden sei.³²³ Erik Tabery sieht Politiker wie Klaus und Zeman in der Verantwortung, die »Psychose« vor den Deutschen und vermeintlich wieder erneuerteren Ansprüchen auf Land und Besitz bewusst reaktiviert zu haben, um sich zugleich als »Beschützer« anbieten zu können.³²⁴

Martin Schulze Wessel weist in seiner Abhandlung über die Entwicklung der tschechischen Zeitgeschichte auf den nuanciert anderen Charakter der ›Aufarbeitungskultur‹ in Tschechien hin. Während in Deutschland von der »Vergangenheitsbewältigung« oder »Aufarbeitung« gesprochen wird, sucht man in Tschechien den »Ausgleich mit der Geschichte« [vyrování s dějinami], der »stärker als der deutsche Begriff [...] dem Subjekt um seiner selbst willen die Pflicht auf[legt], sich um ein wahrhaftes Verhältnis zur Geschichte zu bemühen.« Auch wenn dieser Ansatz letztlich weder in der tschechischen Geschichtswissenschaft noch in der Gesellschaft eine Mehrheitsposition darstelle, habe er doch einen großen Einfluss auf die zeithistorischen Debatten seit 1989 gehabt.³²⁵

Wie schon angesprochen, verfügt die KSČM in den vormaligen sudetendeutschen Gebieten über eine überproportionale Unterstützung. In diesen Regionen sah man bis in die 2000er Jahre hinein die deutsche Gefahr in Form von Restitution als nach wie vor existent und drängend an und im Verlauf der heftigen deutsch-österreichisch-tschechischen Diskussionen bis 2003 stieg sie in der Wahrnehmung sogar noch an. Ebenso

³²² Vgl. zur Entwicklung der KSČM: Blaive: The Memory of the Holocaust and of Communist Repression in a Comparative Perspective, 2011, S. 164. Siehe auch: Kunštát: Fremd- und Feindbilder der Deutschen in der tschechischen innenpolitischen Instrumentalisierung nach 1989, 2007, S. 124f. Kunštát konstatiert, dass die KSČM seit 1989/90 ungebrochen und durchaus erfolgreich die ›deutsche Karte‹ als »ein Evergreen in der kommunistischen Öffentlichkeitsarbeit« nutze.

³²³ Blaive: The Memory of the Holocaust and of Communist Repression in a Comparative Perspective, 2011, S. 164. Gelegentliche Kooperationen von ODS und KSČM finden auch auf lokaler Ebene statt: vgl. ebd.

³²⁴ Tabery: Die Tschechen auf der Suche nach einem Platz in Europa, 2019, S. 53-56.

³²⁵ Schulze Wessel: Tschechien – Institutionen, Methoden und Debatten in der Zeitgeschichte, 2011.

sanken kritische Einstellungen gegenüber den historischen Exzessen und die Sudetendeutschen wurden in Umfragen wieder in erhöhtem Maße kollektiv für die Zerstörung der ČSR verantwortlich gemacht. Die Unterstützung für diese These wuchs zwischen 1991 und 2003 von 27 auf 43 Prozent.³²⁶

»Ich persönliche verurteile – genauso wie viele meiner Freunde – die Vertreibung der Deutschen nach dem Krieg. Ich erachtete sie stets als eine zutiefst unmoralische Tat, die nicht nur Deutschen, sondern vielleicht in noch größerem Maße Tschechen allein sowohl moralische als auch materielle Schäden zufügte. Wenn auf eine Böswilligkeit mit einer anderen Böswilligkeit geantwortet wird, bedeutet das, daß die Böswilligkeit nicht verdrängt wird, sondern sich ausdehnt.«³²⁷

Diese von Václav Havel zur Jahreswende 1989/90 mehrfach geäußerten Worte des Bedauerns über die Vertreibungen stehen in der Tradition der vormaligen Auseinandersetzungen innerhalb der tschechoslowakischen Dissidentenszene. In Deutschland erhielten sie viel Zustimmung, stand Havel doch damit für einen versöhnlichen, die alten Gegensätze überwindenden Ansatz. In der Tschechoslowakei selbst nutzten die kurz zuvor entmachteten Kommunisten die Chance, gegen Havel und die sich aus den vormaligen Dissidenten formierende Regierung zu agitieren und für sich zu mobilisieren. Damit waren sie durchaus erfolgreich, trafen Havels Worte doch vor allem aus zwei Gründen auf viel Ablehnung: Zum einen fehlte ein vergleichbares, entgegenkommendes Signal von Seiten der Sudetendeutschen oder der deutschen Regierung, zum anderen war die tschechoslowakische Gesellschaft von den Diskursen der Dissidenten – im Gegensatz zur Situation in Polen – fast völlig abgeschnitten und sah sich mit einer weitgehenden Neubewertung des historischen Geschehens konfrontiert und überfordert.³²⁸

In den Diskussionen des Winters 1989/90 wurden die bis heute gängigen Argumente ausgetauscht, die eine Entschuldigung oder auch Äußerung des Bedauerns von staatlicher Seite für unangebracht hielten. Zum einen wurde auf die Entscheidung der Siegermächte verwiesen, die verantwortlich für den *odsun* sei, ebenso wie auf die von den Deutschen vorangetriebene Zerstörung der ersten Republik sowie die im Krieg von diesen verübten Verbrechen. Die Sudetendeutschen hätten an dieser Entwicklung stets entscheidend mitgewirkt. Zum anderen befürchtete man, dass eine Anerkennung tschechischer Schuld, auch wenn es nur ein moralisches Eingeständnis wäre, unabdinglich reale Forderungen der Deutschen nach sich ziehen könnte.³²⁹ Die selbstkritische Argumentation, dass die Vertreibungen Grundlage der kommunistischen Machtübernahme gewesen seien und nach der friedlichen Revolution ebenso wie mit dem

326 Houžvička: Czechs and Germans 1848-2004, 2015, S. 463f.

327 Beushausen (Hg.): Die Diskussion über die Vertreibung der Deutschen in der ČSFR, 1991, S. 298. Original in: *Rudé právo*, Nr. 3, 04.01.1990, S. 1: V. Havel prezidentu NSR: »Odsuzují vyhnání Němců.«

328 Witte: Entfremdung – Sprachlosigkeit – Aussöhnung? 2002, S. 175-178. Vgl. Seibt: Deutsch-tschechischer Diskurs 1947-1999, 2002, S. 205-208.

329 Vgl. Beushausen (Hg.): Die Diskussion über die Vertreibung der Deutschen in der ČSFR, 1991, S. 298-316.

Kommunismus nun auch mit diesem Thema kritisch abgerechnet werden müsse, fand lediglich eingeschränkt Unterstützung.³³⁰

Noch seltener waren Stimmen wie die des bereits in den 1970er Jahren mit oppositionellen Streitschriften hervorgetretenen und inzwischen demokratisch gewählten Abgeordneten Ján Mlynárik, der eine Aufhebung der »Präsidialdekrete, die die deutsche und ungarische Frage betreffen, augenblicklich und von Anfang an« forderte.³³¹ In Teilen der slowakischen Presse ging man davon aus, dass eine Rückkehr der Sudetendeutschen letztlich nicht zu verhindern und auch natürlich sei. Helfen würde den Deutschen dabei die starke D-Mark und die Unterstützung der Bundesregierung. Dies könnte man durchaus als Chance sehen, das zerstörte und unterentwickelte Grenzland wieder aufzubauen.³³² Auch in Polen wurde die Entschuldigung von Václav Havel zur Kenntnis genommen und von weiten Teilen der Gesellschaft und Politik ähnlich wie in Tschechien skeptisch und als nicht nachahmenswert betrachtet.³³³

Auffassungen wie von Mlynárik fanden in Tschechien kaum Unterstützung. Dazu trug auch die erwähnte Reaktion der Sudetendeutschen Landsmannschaft bei: Nach anfänglichem Schweigen und ersten verhaltenen Reaktionen folgten bald, gemäß den bisherigen Maximalforderungen der Landsmannschaft, weitergehende eigentumsrechtliche Forderungen, die dem moralischen Schuldeingeständnis zu folgen hätten.³³⁴ Vladimír Handl fasst die Forderungen der SL als einen »Komplex politischer, rechtlicher und moralischer Forderungen« zusammen, die keine Rückkehr von »Einzelpersonen [...], sondern das Recht auf Selbstbestimmung dieser Volksgruppe und die Restitution bzw. vollständige Entschädigung ihres Eigentums beinhalten«.³³⁵ Dies war eine unerwartete und negative »Überraschung« für die ehemaligen Dissidenten und ein Rückschlag für diejenigen tschechoslowakischen Politiker, die einen Ausgleich mit den Sudetendeutschen anstrebten. Die Forderungen waren für die Tschechoslowakei schließlich nicht nur völlig inakzeptabel,³³⁶ sondern sie reaktivierten auch in »der tschechischen Öffentlichkeit augenblicklich das dahinsiechende Schreckgespenst des ›deutschen Revanchismus‹«.³³⁷ Erschwerend für die weitere Verständigung mit der SL kam hinzu, dass deren Rhetorik in Tschechien häufig in Kontinuität der Sudetendeutschen Partei gesehen wurde, vor allem was die Kritik an der ersten tschechoslowakischen Republik betraf.³³⁸

³³⁰ Beushausen (Hg.): *Die Diskussion über die Vertreibung*, 1991, S. 332.

³³¹ Ebd., S. 368.

³³² Ebd., S. 326-330.

³³³ Tomaszewski: Europa der Vaterländer oder Vaterland der Zwistigkeiten? *Polityka*. 05.05.1990, S. 141.

³³⁴ Vgl. Pauer: *Zähe Erinnerung*, 2005, S. 20f.

³³⁵ Handl: *Die Politik des wiedervereinigten Deutschland gegenüber der Tschechischen Republik*, 2010, S. 231. Vgl. Hahn: *Die Sudetendeutschen in der deutschen Gesellschaft: ein halbes Jahrhundert politischer Geschichte zwischen »Heimat« und »Zuhause«*, 1998, S. 131-133.

³³⁶ Majewski: *Zwischen Versöhnung und Verteidigung nationaler Interessen*, 2008, S. 41.

³³⁷ Handl: *Die Politik des wiedervereinigten Deutschland gegenüber der Tschechischen Republik*, 2010, S. 224. Vgl. Houžvička: *Czechs and Germans 1848-2004*, 2015, S. 397-399.

³³⁸ Houžvička: *Czechs and Germans 1848-2004*, 2015, S. 476. Auch ein direktes Gespräch zwischen dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Marian Čalfa und dem Vorsitzenden der SL Franz Neubauer, in dem sie sich durch »drei hundert Jahre tschechisch-deutsche Geschichte kämpften«, führte nur zu dem Ergebnis, dass von nun an die Prager Regierung nicht länger mit der SL direkt ver-

Havels Geste führte schließlich zum Gegenteil seiner Intention. Statt einer konstruktiven Grundlage für eine Auseinandersetzung führten die auf sie folgenden Diskussionen zu einer Verhärtung des innertschechischen und des bilateralen Verhältnisses. Seine Äußerungen bedienten unfreiwillig, aber von politischen Kräften bewusst bespielt, die Angst vor dem inneren Verrat und dem Ausverkauf gegenüber den deutschen Nachbarn und den Sudetendeutschen.³³⁹

In den tschechischen Auseinandersetzungen fungierten die Medien, ähnlich wie in Polen, weniger als Versachlicher der Diskussion, sondern mehr als Verstärker kontroverser politischer Meinungen. Damit einher ging die ebenfalls kontinuierliche Über-schätzung des Einflusses der SL auf die deutschen Regierungen. So wurde ihr Verbandsorgan, die *Sudetendeutsche Zeitung*, ganz im Gegensatz zu Deutschland, in tschechischen Medien intensiv rezipiert, was zu einer verzerrten Wahrnehmung des bundesdeutschen Diskurses und des Einflusses der SL auf die Regierung führte.³⁴⁰

Nach diesem kurzen und gescheiterten Zugehen auf die Landsmannschaft fiel diese für die tschechische Regierung und weite Teile der Gesellschaft als Gesprächspartner aus. Andere sudetendeutsche Organisationen, wie die katholische Ackermann-Gemeinde oder die sozialdemokratische Seliger-Gemeinde, konnten ebenso wie der Adalbert Stifter Verein nur eingeschränkt in diese deutsch-tschechische Lücke stoßen, auch wenn sie vielfältige gemeinsame Veranstaltungen durchführten und durchführen. Sie waren schon in der Vergangenheit gegenüber Fragen sudetendeutscher Verantwortung für Verbrechen im Zweiten Weltkrieg offener als die Sudetendeutsche Landsmannschaft, haben aber ebenfalls ein kritisches Verhältnis zu den ›Beneš-Dekreten‹ und betrachten die Vertreibungen als Unrecht. Ihre Reichweite für den nationalen und zwischenstaatlichen Diskurs blieb letztlich ebenso wie die des friedlichen ›Heimwehtourismus‹ mit seinen oft versöhnlichen Gesten beschränkt.³⁴¹

In der tschechoslowakischen Geschichtswissenschaft zeigten sich bereits vor der Wende 1989 Öffnungstendenzen, wie die 1991 veröffentlichte, aber schon vorher begonnene Dissertation von Tomáš Staněk zur Vertreibung der Deutschen 1945-1947 zeigt.³⁴² Trotz dieser Aufbrüche darf für die weitere Entwicklung der tschechischen Geschichtswissenschaft deren lange Prägung durch die kommunistische Diktatur nicht unterschätzt werden.³⁴³

handeln würde: Brunstetter: Escaping History, 2003, S. 273. Brunstetter zitiert: Ryback: Dateline Sudetenland: Hostages to History, 1996/1997, S. 171.

³³⁹ Majewski: Zwischen Versöhnung und Verteidigung nationaler Interessen, 2008, S. 32.

³⁴⁰ Vgl. Witte: Entfremdung – Sprachlosigkeit – Aussöhnung? 2002, S. 178.

³⁴¹ Vgl. Seibt: Ungelebte Nachbarschaften, versäumte Gelegenheiten, 2002, S. 302. Siehe auch: Reichel: Petrbok: Von »destruktiven Nationalisten«, 2019, S. 373. Vgl. Spurný: Czech and German Memories of Forced Migration, 2012, S. 361. Vgl. ebenfalls: Houžvička: Czechs and Germans 1848-2004, 2015, S. 399-403. Erfolgreich waren Kooperationen und Initiativen von österreichischen Organisationen oder jüdischen Sudetendeutschen: Sniegoň: Between Old Animosity and New Mourning, 2016, S. 63-66.

³⁴² Pešek: Zwangsmigrationen von Tschechen und Deutschen, 2007, S. 194.

³⁴³ Philipp Ther spricht davon, dass die »tschechische Geschichtswissenschaft [...] als Folge des rigiden tschechischen Kommunismus nicht so weit entwickelt [sei] wie in Polen«. Ther: Chance und Last der Geschichte, 1996, S. 997.

Wenn auch Václav Havels Worte des Bedauerns nicht die Zustimmung der Breite der Gesellschaft erreichten, waren sie doch ein wichtiger Anschub für die tschechische Zeitgeschichte, das Thema verstärkt in den Blick zu nehmen.³⁴⁴ Zeitgleich konnte diese mit der Öffnung der Archive und der nun freien Themenwahl einen allgemeinen Aufschwung verzeichnen.³⁴⁵ Im Zuge der Hinwendung zur böhmischen und mährischen Landesgeschichte gewann in der Geschichtsschreibung auch der vermehrt so wahrgenommene multiethnische und multikulturelle Charakter der Region an Bedeutung.³⁴⁶ Darin nahm das deutsch-tschechische Zusammenleben einen besonderen Schwerpunkt ein, wobei die Vertreibung nur eines, wenn auch ein zentrales, der behandelten Themen war.³⁴⁷ Inhaltlich verfolgten die Wissenschaftler verstärkt Fragen von Kontext, »lokalen Ursachen« und »den Folgen der Zwangsumsiedlung für die Tschechoslowakei« ebenso wie »die außenpolitischen Bedingungen der Umsiedlungen«.³⁴⁸ Die konkrete Forschung führte auf der einen Seite dazu, die in Deutschland gängigen, überhöhten Opferzahlen deutlich zu relativieren, auf der anderen Seite wurden damit einhergehend vertiefte Kenntnisse über Vertreibungsgräuel und die tschechoslowakische Beteiligung und Verantwortung gewonnen.³⁴⁹ Diese Arbeiten schlugen sich in einer bis heute anwachsenden Fülle an Fachliteratur nieder, oft mit einem regional- oder lokalhistorischen Schwerpunkt.³⁵⁰

An der historiographischen Aufarbeitung ebenso wie an der kritischen Begleitung der deutsch-tschechischen Auseinandersetzungen beteiligte sich intensiv die 1990 durch die beiden Außenminister der Länder gegründete Deutsch-Tschechoslowakische Historikerkommission (nach 1993: Deutsch-Tschechische und Deutsch-Slowakische Historikerkommission), wie sich unter anderem an der kontinuierlichen Herausgabe von auch in dieser Studie vielfach herangezogenen Sammelbänden und Stellungnahmen zeigt.³⁵¹ Die Kooperation zwischen deutscher und tschechischer Geschichtswissenschaft ist als besonders eng zu betrachten und bezieht fast das gesamte politische Spektrum der Historiographie mit ein.³⁵² Dennoch waren nicht alle Kooperationen von Erfolg gekrönt und neben fortgesetzten, auch historiographischen Differenzen ist

³⁴⁴ Pešek: Zwangsmigrationen von Tschechen und Deutschen, 2007, S. 195f.

³⁴⁵ Lemberg; Křen et al.: Einleitung der Herausgeber, 1998, S. 23f.

³⁴⁶ Ebd., S. 12.

³⁴⁷ Ebd., S. 28f. Spalová konstatiert in Bezug auf Historiker des Tschechischen Instituts für Zeitgeschichte, dass »the transfer/expulsion is undoubtedly the most discussed historical topic among Czech historians, as well as in society«. Spalová: Remembering the German Past in the Czech Lands, 2016, S. 89.

³⁴⁸ Schulze Wessel: Tschechien – Institutionen, Methoden und Debatten in der Zeitgeschichte, 2011.

³⁴⁹ Pešek: Zwangsmigrationen von Tschechen und Deutschen, 2007, S. 200.

³⁵⁰ Vgl. Pešek: Zwangsmigrationen von Tschechen und Deutschen, 2007, S. 197. Vgl. auch: Schulze Wessel: Tschechien – Institutionen, Methoden und Debatten in der Zeitgeschichte, 2011.

³⁵¹ Vgl. Arburg: Das Katastrophenjahrzehnt 1938–1948 im Spiegel der historischen Forschung, 2011, S. 82f. Schulze Wessel verweist selbstkritisch auf das Format der Kommission hin, das die Gefahr berge, dass trotz »aller Annäherung« die »tief verankerte Vorstellung genährt wird, es gäbe zu bestimmten Fragen einen eigentlich tschechischen oder eigentlich deutschen Standpunkt«. Schulze Wessel: Tschechien – Institutionen, Methoden und Debatten in der Zeitgeschichte, 2011.

³⁵² Pešek: Zwangsmigrationen von Tschechen und Deutschen, 2007, S. 193.

zum Beispiel trotz mehrerer Anläufe ein Pendant zum deutsch-polnischen Schulbuch bisher gescheitert.³⁵³

Resignierend konstatiert Jiří Pešek schließlich in Hinblick auf die tschechische Zeitgeschichte eine »Schizophrenie der tschechischen Situation nach der Wende«, in der diese zwar eine große Präsenz und ihre Freiheit und Zugänglichkeit für alle gewonnen habe, zugleich »aber die Instrumentalisierung der Geschichte unbeschränkt weiter läuft und eine geschichtsorientierte Argumentation in der öffentlichen Szene mit Fortschritten und Ergebnissen der Geschichtsforschung kaum kommuniziert.«³⁵⁴

Die Geschichte der tschechischen und deutsch-tschechischen Aushandlungen über die Vertreibung war in den 1990er Jahren von einer Reihe von Verträgen, Reden und Erklärungen geprägt. Zunächst fanden in der Tschechoslowakei, ähnlich wie in Polen, Diskussionen über die Notwendigkeit einer Beteiligung an den Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen statt. Letztlich verzichtete man auf das Erzwingen einer Beteiligung, da die tschechoslowakische Regierung von der richtigen Annahme ausging, dass die Großmächte die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens nicht aufrollen und lediglich die dort noch offen gelassene Frage der deutschen Grenze mit Polen im Sinne des Status Quo lösen würden.³⁵⁵

Der im Februar 1992 in Prag unterzeichnete deutsch-tschechische Nachbarschaftsvertrag hatte zum Ziel, die Beziehungen der Nachbarstaaten auf ein neues Fundament zu stellen und zugleich einen Wendepunkt für die historischen Auseinandersetzungen zu markieren.³⁵⁶ Das Ausklammern von eigentumsrechtlichen und weiteren historisch umstrittenen Fragen wurde von den Vertragsparteien unterschiedlich rezipiert. Verstand man es in Deutschland als Auftakt für eine weitere konstruktive Aushandlung, sah man es in Tschechien vielmehr als einen Schlussstrich an.³⁵⁷ Aufgrund dieser unge lösten Streitfragen sprach der tschechische Historiker Dušan Třeštík für die folgenden 1990er Jahre von einem »kalten politischen Frieden« zwischen Deutschland und Tschechien.³⁵⁸

In dieser Gemengelage, die zudem den Weg zur Mitgliedschaft in der EU und der NATO zu blockieren drohte, hielt Václav Havel 1995 im Karolinum in Prag eine Rede. In dieser betonte er die fast tausend Jahre währende enge kulturelle und politische Verwobenheit von Deutschen und Tschechen, ohne die die tschechische Geschichte nicht zu verstehen sei. Er verwies darauf, dass seine allgemein bekannte persönliche Haltung gegenüber der Vertreibung nichts daran ändere, dass die gegenwärtige staatliche und

353 Seibt: Das Verhältnis von Tschechen und Deutschen, 2002, S. 333. Dennoch entfaltet die Deutsch-Tschechische Schulbuchkommission vielerlei Aktivitäten. Vgl. die Webpräsenz auf der Seite des Georg-Eckart-Instituts: www.gei.de/abteilungen/europa/europa-und-der-nationale-faktor/deutsch-tschechische-schulbuchkommission.html (letzter Zugriff: 02.09.2018).

354 Pešek: Die 30er und 40er Jahren in der tschechischen Erinnerung seit den 70er Jahren, 2006, S. 128.

355 Kunštát: Die Wiedervereinigung Deutschlands und die tschechoslowakische Außenpolitik, 2010, S. 207f. Vgl. ausführlich: Kučera: Mírové uspořádání s Německem, 2018, S. 230-243.

356 Houžvička: Czechs and Germans 1848-2004, 2015, S. 397.

357 Ebd., S. 407.

358 Witte: Entfremdung – Sprachlosigkeit – Aussöhnung? 2002, S. 284.

rechtliche Ordnung für Tschechien nicht zur Disposition stehe. Dies war auch als Signal ins Inland zu verstehen, verbliebene Befürchtungen vor einem ›Ausverkauf‹ an den nach 1990/93 nun noch größeren Nachbarn zu zerstreuen.³⁵⁹ Inhaltlich betonte Havel, dass die Vertreibung in ihrem historischen Kontext und damit durch den ihr vorangehenden Terror zu verstehen sei, das heißt, dass »the evil of the transfer was just the sad outcome of the evil that preceded it. There can be no dispute over who it was who first let the djinn of real nationalist hatred out of the bottle.«³⁶⁰ Mit dieser Rede war kein Durchbruch der deutsch-tschechischen Beziehungen erreicht, vielmehr konstatiert Piotr M. Majewski eine auf die Rede erfolgende »Abkühlung« der Beziehungen.³⁶¹ Der Grundkonflikt, in Tschechien die Vertreibungen nicht als Unrecht anzusehen und lediglich dabei geschehene Ausschreitungen zu bedauern und die auf der deutschen Seite nicht vorhandene Bereitschaft, abschließend und völkerrechtlich wirksam auf jede Form von Eigentumsansprüchen zu verzichten, blieb folglich bestehen und prägte die zweijährigen Verhandlungen, die in die Deutsch-Tschechische Erklärung von 1997 mündeten.³⁶²

Die Bewertung der Erklärung in Hinblick auf den Diskurs über die Vertreibung fiel und fällt unterschiedlich aus. Auf der einen Seite »räumte die Tschechische Republik erstmals ein ›Bedauern‹ über Leid und Unrecht ein, das den Sudetendeutschen durch die Enteignung, Ausbürgerung und Vertreibung geschehen ist«, gleichwohl ohne die Vorstellung einer spezifischen kollektiven Verantwortung der Sudetendeutschen vollständig zu negieren.³⁶³ Auf der anderen Seite konnte keine Einigung bei der rechtlichen Bewertung von München, der Vertreibung und der damit einhergehenden Eigentumsansprüche gefunden und so lediglich die unterschiedlichen Rechtspositionen festgestellt werden.³⁶⁴ In der Frage der Entschädigung von tschechoslowakischen Zwangsarbeitern kam die Bundesregierung der tschechischen Seite entgegen, zugleich blieb aber eine von der deutschen Seite erwartete Geste gegenüber den Sudetendeutschen aus.³⁶⁵ Nach Jiří Pešek kann die Erklärung dennoch als »Meilenstein auf dem Weg der Aufarbeitung der gemeinsamen schmerzlichen Vergangenheit« betrachtet werden.³⁶⁶

In der tschechischen Gesellschaft fand die Erklärung nur »mäßige Unterstützung« und in Deutschland wurde sie von der Sudetendeutschen Landsmannschaft abgelehnt. Nach Jan Pauer war sie bis zuletzt von wechselseitigem Misstrauen geprägt, die sich darin versinnbildliche, dass nach Presseberichten vor ihrer Verabschiedung »die gesamte tschechische Regierung [...] mit dem deutsch-tschechischen Wörterbuch über dem Wortlaut der Erklärung [saß], um eventuelle juristische Fallstricke und Zweideutigkeiten auszuschließen.«³⁶⁷ Ein wichtiger Aspekt war dabei die Begriffsbestimmung

³⁵⁹ Seibt: Deutsch-tschechischer Diskurs 1947-1999, 2002, S. 208.

³⁶⁰ Houžvička: Czechs and Germans 1848-2004, 2015, S. 406.

³⁶¹ Majewski: Zwischen Versöhnung und Verteidigung nationaler Interessen, 2008, S. 41f.

³⁶² Witte: Entfremdung – Sprachlosigkeit – Aussöhnung? 2002, S. 284.

³⁶³ Koschyk: Heimat, Identität, Glaube, 2018, S. 324. Brunstetter: Escaping History, 2003, S. 276.

³⁶⁴ Majewski: Zwischen Versöhnung und Verteidigung nationaler Interessen, 2008, S. 41f.

³⁶⁵ Handl: Die Politik des wiedervereinigten Deutschland gegenüber der Tschechischen Republik, 2010, S. 226.

³⁶⁶ Pešek: Zwangsmigrationen von Tschechen und Deutschen, 2007, S. 198f.

³⁶⁷ Pauer: Zähe Erinnerung, 2005, S. 19f.

für das historische Geschehen, der letztlich in den Kompromiss einer passivischen Konstruktion im Tschechischen mündete³⁶⁸:

»Die tschechische Seite bedauert, daß durch die nach dem Kriegsende erfolgte Vertreibung sowie zwangsweise Aussiedlung der Sudetendeutschen aus der damaligen Tschechoslowakei, die Enteignung und Ausbürgerung unschuldigen Menschen viel Leid und Unrecht zugefügt wurde, und dies auch angesichts des kollektiven Charakters der Schuldzuweisung.«³⁶⁹

Das Leid und die Begleiterscheinungen der Vertreibungen wurden bedauert, eine Verurteilung der Vertreibung an sich unterblieb aber. Auch die direkte tschechische Übersetzung von Vertreibung, so der Begriff in der deutschen Fassung, wurde aufgrund der »moralischen Konnotierung« verhindert, die für viele Tschechen »unerträglich« war, da sie der Vorstellung widersprach, dass die Vertreibung letztlich zu Recht erfolgt sei.³⁷⁰ Die Sudetendeutsche Landsmannschaft verblieb gegenüber dem Nachbarschaftsvertrag ebenso kritisch wie sie auch die Erklärung von 1997 ablehnte. Sie fühlte sich von der deutschen Politik »übergangen« und »im Stich gelassen«.³⁷¹ Auch Michaela Witte konstatiert abschließend, dass die Entwicklung letztlich immer wieder »den Interessen der Sudetendeutschen Landsmannschaft zuwiderlief«.³⁷²

Im Vergleich zu Polen war die Frage der deutschen Minderheit wesentlich weniger potentiell konflikthaft, bestand diese doch nach 1989 nurmehr aus einigen zehntausend, zumeist über das Land verteilten Personen. 2011 sollen es 19.000 Personen gewesen sein, das Auswärtige Amt schätzt die Minderheit auf etwa 40.000 Personen.³⁷³ Der Nachbarschaftsvertrag von 1992 bot nach Vladimír Handl die Grundlage für eine »liberale Minderheitenpolitik«, die sich nicht »gegen die tschechoslowakische Staatlichkeit« richten konnte, womit das »Thema innerhalb sehr kurzer Zeit seine Brisanz [verlor] und [...] von der politischen Agenda der Staaten Mitteleuropas [verschwand].«³⁷⁴

368 Brunstetter: *Escaping History*, 2003, S. 276.

369 Deutsch-tschechische Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung, 1997. »Česká strana lituje, že poválečným vyháněním, jakož i nuceným vysídlením sudetských Němců z tehdejšího Československa, vyvlastňováním a odnímáním občanství bylo způsobeno mnoho utrpení a křivd nevinným lidem, a to i s ohledem na kolektivní charakter přisuzování viny.« – Česko-německá deklarace o vzájemných vztazích a jejich budoucím rozvoji, 1997. Die direkte Übersetzung des Begriffs »Vertreibung« wäre »vyhnání«. Die hier gewählte Variante ist die nicht-aspektive Form, die weniger definitiv ist und in diesem Fall eher als Beschreibung (einzelner) Prozesse verstanden werden kann.

370 Seibt: Deutsch-tschechischer Diskurs 1947-1999, 2002, S. 209.

371 Seibt: Das Verhältnis von Tschechen und Deutschen, 2002, S. 333. Vgl. Houžvička: Czechs and Germans 1848-2004, 2015, S. 474.

372 Witte: Entfremdung – Sprachlosigkeit – Aussöhnung? 2002, S. 286. Vgl. Seibt: Deutsch-tschechischer Diskurs 1947-1999, 2002, S. 209.

373 Vgl. dazu und für die weitere Entwicklung der deutschen Minderheit in Tschechien: Koschyk: Heimat, Identität, Glaube, 2018, S. 319-331. Siehe für einen gegenwärtigen Eindruck auch: Osterhage: Heimat mit Hindernissen – Die deutsche Minderheit in Tschechien. *Mitteldeutscher Rundfunk* (mdr). 14.07.2018. Vgl. zur aktuellen Entwicklung des Verbandswesens der deutschen Minderheit auch: Jubiläum in Prag. *Sudetendeutsche Zeitung*. 28.06.2019.

374 Handl: Die Politik des wiedervereinigten Deutschland gegenüber der Tschechischen Republik, 2010, S. 225.

Die tschechische Meistererzählung über die Vertreibung der Sudetendeutschen hatte sich bis Ende der 1990er Jahre nicht wesentlich verändert, allenfalls etwas differenziert. Zumeist wurden die Gewalttaten des Sommers 1945, die sogenannten ›wilden Vertreibungen‹, abgelehnt und kritisiert, die 1946 und folgend vermeintlich ordnungsgemäß und im Einklang mit oder auf Forderungen der Siegermächte hin durchgeföhrten ›Aussiedlungen‹ aber als rechtmäßig und angemessen betrachtet.³⁷⁵ Für das Geschehen könne ein Bedauern sowie eine Empathie für das individuelle Leid des Heimatverlustes angemessen sein, eine Entschuldigung des tschechischen Staates aber nicht. Oldřich Tůma spricht von einer ›recht einheitlichen‹ Perspektive der tschechischen Öffentlichkeit auf das Geschehen, in der die Vertreibung im Sinne ›einer notwendigen, in Hinblick auf die Zukunft richtigen und unter Berücksichtigung der Vergangenheit zu einem gewissen Grade auch gerechten Lösung‹ betrachtet werde, auch wenn ›die Haltung gegenüber der Gewalt, der die Deutschen ausgesetzt waren, viel differenzierter‹ sei.³⁷⁶ Die Frage der ›Proportionalität von Schuld und Bestrafung für die Zerstörung der tschechoslowakischen Demokratie‹ ist dabei stets ein zentrales Element der tschechischen Verhandlungen über die Vertreibung.³⁷⁷ Der Kontextualisierung mit der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges, aber auch einem vermeintlich jahrhundertelangen tschechischen Abwehrkampf gegen die Deutschen als innere Hegemonialmacht, steht die zumeist viel kürzere deutsche Betrachtung der unmittelbaren Vertreibungen und der diesen vorhergehenden Planungen entgegen.³⁷⁸ Der von Tschechien betonte spezifische historische Kontext, der die Vertreibungen ermöglichte und sie rechtfertigte, steht in dieser Perspektive zudem nicht im Widerspruch zur Ächtung heutiger Vertreibungen – entsprechende Vergleiche von deutscher Seite trafen und treffen daher auf Widerspruch.³⁷⁹

Hans Lemberg, Jan Křen und Duša Kováč konstatieren insgesamt ein breites Meinungsspektrum in den tschechischen Medien, ›das von schärfster Kritik bis zu verbissener Apologetik reicht‹, das heißt vom Standpunkt der SL bis hin zu kommunistisch-nationalen Erzählungen.³⁸⁰ Die kontinuierlich präsenten, vielfältigen Stimmen, welche die tschechische Meistererzählung punktuell oder im Kern kritisieren, blieben und bleiben aber in der Minderheit. Zudem kontinuiert sich das bisherige Narrativ weiter in den Museen, der Schulbildung oder den staatlichen Feiertagen.³⁸¹ Initiativen aus Tschechien oder gemeinsame deutsch-tschechische Initiativen, die den Konflikt durch ein offenes Aufeinanderzugehen, beispielsweise durch direkte Verhandlungen mit der SL angehen wollen, konnten bisher keine nachhaltige Wirkung entfalten.³⁸² Ebenso wie die vergleichbaren Entwicklungen in Polen wurden die tschechischen Diskussionen und ihre selbtkritischen Elemente in Deutschland kaum wahrgenommen.³⁸³

³⁷⁵ Vgl. Tůma: Die Aussiedlung, 2015, S. 271.

³⁷⁶ Ebd.

³⁷⁷ Houžvička: Czechs and Germans 1848-2004, 2015, S. 435f.

³⁷⁸ Řepa: The Czechs, Germans and Sudetenland, 2011, S. 325.

³⁷⁹ Schwartz: Ethnische ›Säuberungen‹ in der Moderne, 2013, S. 624f.

³⁸⁰ Lemberg; Křen et al.: Einleitung der Herausgeber, 1998, S. 30.

³⁸¹ Spalová: Remembering the German Past in the Czech Lands, 2016, S. 94.

³⁸² Vgl. Houžvička: Czechs and Germans 1848-2004, 2015, S. 406.

³⁸³ Vgl. Seibt: Deutsch-tschechischer Diskurs 1947-1999, 2002, S. 210.

Umgekehrt verhielt es sich mit dem »Neuen Deutschen Opferdiskurs«, der zwar stärker in Polen, aber auch in Tschechien skeptisch verfolgt wurde.³⁸⁴ 2002 stand mit Parlamentswahlen in Deutschland und Tschechien ein wichtiges Wahljahr an. Eskalierte die Diskussion zwischen Deutschland und Polen vor allem anhand des Diskurses um das Zentrum gegen Vertreibungen, fokussierte sich die erst 2002 wieder intensivere Debatte zwischen Deutschland und Tschechien auf die Frage der bereits in Kapitel 3.5 diskutierten ›Beneš-Dekrete‹.³⁸⁵ Die seit 1998 in der Opposition befindliche CDU/CSU konnte ihre bisherige realpolitische Linie gegenüber der Tschechischen Republik verlassen und wählte einen konfrontativeren Kurs, der in einer Parallelisierung der Geschehnisse im Kosovo-Krieg 1999 und schließlich der ultimativen Forderung mündete, die ›Beneš-Dekrete‹ vor dem EU-Beitritt aufzuheben und den Sudetendeutschen noch weiter entgegenzukommen. Ähnlich agierte und agitierte die neue konservativ-nationalliberale Regierung von ÖVP und FPÖ in Österreich.³⁸⁶

Der damalige tschechische Ministerpräsident Miloš Zeman äußerte sich Anfang 2002 den Sudetendeutschen gegenüber erneut konfrontativ, indem er ihnen in der österreichischen Wochenzeitung *Profil* undifferenziert die Rolle einer »fünften Kolonne Hitlers« zuschrieb und damit das in Tschechien gängige Bild einer Kollektivschuld verfolgte. Bei einem Staatsbesuch in Israel im selben Jahr empfahl Zeman eine ›sudetendeutsche Lösung‹ für den Palästinakonflikt und damit als vermeintlich beispielhaften Schlüssel zur Beendigung ethnischer Konflikte.³⁸⁷

Gegenüber dem ZgV, aber auch alternativen Projekten wie dem ENRS, blieben die tschechischen Regierungen auf ablehnender Distanz, da man weder die nationale noch die bilaterale oder europäische Ebene für einen geeigneten Ort zur Verhandlung der Thematik hielt und hält und dem Vorhaben eher lokale und regionale Bedeutung zusmisst, wie bei dem *Museum für die deutschsprachigen Bewohner Böhmens* in Aussig.³⁸⁸ 2003 formulierte Hans-Henning und Eva Hahn einen offenen Brief mit einer Kritik am Zentrum gegen Vertreibungen, der von 200 Personen unterzeichnet wurde, darunter viele tschechische Persönlichkeiten.³⁸⁹ Erika Steinbach verwies hingegen unter Berufung auf den ehemaligen Dissidenten und Havel-Berater Bohumil Doležal darauf, dass die gutgemeinte, überzogene Rücksichtnahme deutscher Politiker, Wissenschaftler und Publizisten auf tatsächliche oder vermeintliche tschechische ›Empfindlichkeiten‹ dem »beharrliche[n] Kampf um eine gerechte Auffassung der Geschichte« in Tschechien schaden und reaktionären und freiheitsfeindlichen Kräften und ihren Geschichtsbildern nutzen würde.³⁹⁰

³⁸⁴ Hahn; Hahn: »The Holocaustizing of the Transfer-Discourse«, 2008, S. 45.

³⁸⁵ Vgl. Kap. 3.5, S. 123f.

³⁸⁶ Vgl. Majewski: Zwischen Versöhnung und Verteidigung nationaler Interessen, 2008, S. 42f.

³⁸⁷ Ebd., S. 43. Vgl. Lang: Der Streit um die Beneš-Dekrete, 2002, S. 2. Vgl. zur problematischen Bezeichnung der Sudetendeutschen als »Fünfte Kolonne«: Pešek: Die 30er und 40er Jahren in der tschechischen Erinnerung seit den 70er Jahren, 2006, S. 128.

³⁸⁸ Troebst: The Discourse on Forced Migration and European Culture of Remembrance, 2012, S. 406f.

³⁸⁹ Traba; Žurek: »Vertreibung« oder »Zwangsumsiedlung«? 2015, S. 338.

³⁹⁰ So zitiert Steinbach Doležal: Steinbach: Flucht, Vertreibung, Mahnung, 2016, S. 194.

Die Politik Österreichs und der CDU/CSU-Wahlkampf im Jahr 2002 lösten in Tschechien breite Empörung aus und führten zu einer politischen Querfront, in der sich die verschiedenen Parteien »in Erklärungen [übertrafen], in denen sie zur Verteidigung der nationalen Interessen angesichts der deutschen Bedrohung aufriefen.«³⁹¹ Die Kommunisten stellten sich einmal mehr als die authentischen und wirksamsten Anwälte dieser Interessen dar, aber auch vormalige Dissidenten wie Präsident Havel verwahrten sich gegen die vorgetragenen Forderungen aus Deutschland und Österreich, ohne die nationalpopulistische Rhetorik mancher Politiker zu übernehmen.³⁹² Die ablehnende Haltung der deutschen Bundesregierung zu den Ansinnen von CDU/CSU und SL konnte die Befürchtungen und die antideutschen Ressentiments nicht zerstreuen, zumal es in der tschechischen Publizistik durchaus eine Präsenz von Unterstützern der deutschen Position gab, die für Verständnis oder gar Entgegenkommen warben und sich damit als Kronzeugen für die Gefahr eines innertschechischen ›Verrates‹ darstellen ließen.³⁹³

Das tschechische Parlament verteidigte seine Position mit verschiedenen Resolutionen und Gesetzen.³⁹⁴ 2004 verabschiedete es ein Gesetz, die sogenannte Lex Beneš, die den Satz zum Inhalt hatte: »Edvard Beneš hat sich um den Staat verdient gemacht.«³⁹⁵ Zwar wurde dieser »kuroise Spross der tschechischen Gesetzgebung« weder vom tschechischen Senat gebilligt noch vom seit 2003 amtierenden Staatspräsidenten Václav Klaus unterzeichnet, besitzt jedoch »nach verbreiteter Rechtsauffassung [...] trotzdem Gültigkeit [...].«³⁹⁶

Entscheidend für diese Reaktionen ist, dass die verschiedensten Präsidialdekrete der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit, die als ›Beneš-Dekrete‹ zusammengefasst werden, nicht nur die Vertreibung der Deutschen betrafen, sondern die zunächst demokratische Nachkriegs-Tschechoslowakei rekonstituierten und daher einen besonderen, fast als konträr zur sudetendeutschen Perspektive zu betrachtenden, positiven Mythos in Tschechien ausmachen. Angriffe auf diese werden tendenziell »in Tschechien den Blick nicht auf das individuelle Leid deutscher Vertriebener lenk[en], sondern ein Narrativ der Verteidigung der Nachkriegsordnung beförder[n].«³⁹⁷

In Umfragen erhielten diese Positionen breite Unterstützung, was nicht zuletzt an der wieder wahrgenommenen deutschen Bedrohung lag.³⁹⁸ In einer staatlich beauftragten Umfrage von 2003 machten die Teilnehmer für die Beschädigung der deutsch-tschechischen Beziehungen zu jeweils 90 Prozent die Forderungen der Sudetendeutschen Organisationen und die deutsche Arroganz sowie die historische Bürde mit 88,5

³⁹¹ Majewski: Zwischen Versöhnung und Verteidigung nationaler Interessen, 2008, S. 34f. Vgl. Fehr: Vergeltende Gerechtigkeit, 2016, S. 120.

³⁹² Majewski: Zwischen Versöhnung und Verteidigung nationaler Interessen, 2008, S. 44.

³⁹³ Vgl. ebd., S. 44f.

³⁹⁴ Vgl. Houžvíčka: Czechs and Germans 1848-2004, 2015, S. 471.

³⁹⁵ Vgl. zur innertschechischen Diskussion um das Gesetz: Mládková: Sondergesetz über Verdienste von Präsident Edvard Beneš. *Radio Praha*. 25.02.2004.

³⁹⁶ Kunštát: Fremd- und Feindbilder der Deutschen in der tschechischen innenpolitischen Instrumentalisierung nach 1989, 2007, S. 122.

³⁹⁷ Kraft: Mythos ›Beneš-Dekrete‹, 2013, S. 239f., 252f.

³⁹⁸ Majewski: Zwischen Versöhnung und Verteidigung nationaler Interessen, 2008, S. 44.

Prozent verantwortlich. Der tschechische Nationalismus wurde als Ursache mit 42 Prozent beziffert, die deutsche Minderheit mit 37 sowie der Widerwille der tschechischen Regierung mit 36 Prozent.³⁹⁹

Das in Deutschland und Österreich verbreitete Argument, die ›Beneš-Dekrete‹ stellten ein Hindernis zum EU-Beitritt dar, wurde von einem wiederum in Deutschland kritisierten Gutachten abgewiesen, das urteilte, dass die Dekrete nunmehr weder als Bestandteil des tschechischen Rechtssystems zu betrachten seien noch dass sie gegenwärtig einen diskriminierenden Charakter gegenüber deutschen, österreichischen oder ungarischen Staatsbürgern entfalteten.⁴⁰⁰ In seiner juristisch und historisch durchaus fragwürdigen Argumentation folgte es damit in Teilen dem Urteil des tschechischen Verfassungsgerichts von 1995, welches mit einer »widersprüchlichen Deutung« feststellte, »dass die Dekrete zwar keine Rechtswirkung mehr entfalten, jedoch weiterhin Bestandteil der geltenden Rechtsordnung seien.«⁴⁰¹ Unabhängig von dieser Rechtsprechung und den Gutachten war in Tschechien ähnlich wie in Polen die Befürchtung verbreitet, dass man mit der künftigen EU-Mitgliedschaft einem zu starken Einfluss Deutschlands gegenüber stehen würde.⁴⁰²

Zusammengefasst lassen sich vor dem EU-Beitritt zwei Pole der Diskussion ausmachen: Die eine Sichtweise bestand darin, dass ein EU-Beitritt zur Durchsetzung sudetendeutscher Ansprüche führen könnte, da der gemeinsame Rechtsrahmen dies ermögliche. Auf der anderen Seite existierte die Vorstellung, dass mit dem Beitritt sowie durch den Verlauf der Zeit »die Mehrzahl der strittigen Fragen gelöst oder faktisch einfach kein Problem mehr darstellen würden.«⁴⁰³ Im Europäischen Parlament stimmten derweil die sudetendeutschen Europaparlamentarier der CSU gegen den Beitritt Tschechiens zur EU, was dort als »unfreundlicher Akt« gewertet wurde.⁴⁰⁴ Bernd Posselt begründete dies mit der mangelnden Bewegung in Hinblick auf die Aufgabe der ›Beneš-Dekrete‹, die sie für unvereinbar mit der europäischen Rechtsordnung hielten.⁴⁰⁵

Der Vorsitzende der ODS Václav Klaus fasste im Zuge der Debatte um die Präsidentendekrete die vermeintliche Bedrohungslage zusammen:

»Wir sprechen von der Ansiedlung von Sudetendeutschen auf unserem Territorium, von der (tschechischen) Staatsbürgerschaft für diese Menschen, wir sprechen implizit

399 Houžvička: Czechs and Germans 1848-2004, 2015, S. 440.

400 Majewski: Zwischen Versöhnung und Verteidigung nationaler Interessen, 2008, S. 46. Vgl. zur rechtlichen Bewertung der Dekrete auch: Kraft: Mythos »Beneš-Dekrete«, 2013, S. 248f. Vgl. zu einer kritischen Besprechung der Diskussion um die Benes-Dekrete und die EU-Osterweiterung: Salzborn: Geteilte Erinnerung, 2008, S. 115-123.

401 Kraft: Mythos »Beneš-Dekrete«, 2013, S. 251.

402 Houžvička: Czechs and Germans 1848-2004, 2015, S. 427.

403 Fiala: Deutsche und Tschechen im vereinten Europa, 2005, S. 497.

404 Houžvička: Czechs and Germans 1848-2004, 2015, S. 475. Vgl. zur Rolle der ›sudetendeutschen‹ EP Abgeordneten: Fiala: Deutsche und Tschechen im vereinten Europa, 2005, S. 499f.

405 Vgl. das Interview mit Bernd Posselt: Tschechiens EU-Beitritt und die Benes-Dekrete. *Die Zeit*. 25.04.2002.

über deren politische Vertretung. Und wir sprechen über Vermögensfragen. Diese vier Dinge sind absolut offensichtlich.«⁴⁰⁶

Diese Rhetorik konnte an drei zentrale Segmente des tschechischen Populismus anknüpfen: an eine verbreitete Europa-Skepsis, die Angst vor Deutschland und eine »Distanz zur katholischen Kirche«, was sich alles in der Diskussion um die Beneš-Dekrete und die Vertreibungen zu verdichten schien (war doch die katholische Kirche auch in starkem Maße von den Vertreibungen und Enteignungen betroffen).⁴⁰⁷ Wie angesprochen, sah man vor allem unter dem Druck äußerer Forderungen erst recht keinen Grund für eine Entschuldigung gegenüber den Sudetendeutschen, welche ein Schuldeingeständnis bedeuten würde und damit »automatisch zu einer Revision der Nachkriegsordnung und unter anderem zu einer Flut von vermögensrechtlichen Forderungen führen könnte.«⁴⁰⁸ Dass eine »symbolische Geste« vermutlich einen großen Teil der Sudetendeutschen schon zufriedenstellen würde, konnte in den Zusammenhängen kaum als eine Möglichkeit erkannt werden.⁴⁰⁹

Das vermeintlich oder tatsächlich feindliche Agieren der SL sowie die mangelnde Bereitschaft, einen Teil ihrer bisherigen Kernargumentation aufzugeben, beispielsweise gegenüber der ersten tschechoslowakischen Republik, waren hierfür ebenso wenig hilfreich. Dialogangebote der SL wie die Eröffnung eines Büros in Prag im Jahr 2003 wurden aus tschechischer Sicht konterkariert mit dem Abstimmungsverhalten im Europaparlament und ließen die Verlässlichkeit als potentiellen Partner fragwürdig erscheinen.⁴¹⁰

Als mögliche Konsequenz dieser Auseinandersetzungen stieg in der tschechischen Bevölkerung der Anteil der Menschen, die die Vertreibungen für »gerecht« hielten, von 52 Prozent (1995) auf 60 Prozent im März 2002; zugleich wurde dem Thema wesentlich mehr Relevanz als in den 1990er Jahren zugeschrieben.⁴¹¹ Diese Momentaufnahmen zeigten, dass sich mit der Gefahr eines »virulenten ›Revanchismus‹ von deutscher und österreichischer Seite in Tschechien erfolgreich Wahlkämpfe bestreiten ließen. Nach Stefan Zwicker handelt es sich beim sudetendeutschen Thema weniger um ein realpolitisches Problem als um eine bedienbare »Chimäre«, ein »Schreckgespenst« des politischen Diskurses in Tschechien.⁴¹²

Nationale und nationalistische Positionen treffen hier auf eine Gesellschaft, in der nach wie vor eine große Mehrheit die Vertreibungen als legitim ansieht und ein noch größerer Bevölkerungsanteil Ende der 1990er Jahre begrüßte, »dass heute deutlich weniger Deutsche in den böhmischen Ländern leben als in der Zwischenkriegszeit.«⁴¹³ Ein Versuch der tschechischen Geschichtswissenschaft in Form einer »Stellungnahme der

⁴⁰⁶ Zitiert nach: Lang: Der Streit um die Beneš-Dekrete, 2002, S. 2.

⁴⁰⁷ Ebd., S. 3.

⁴⁰⁸ Ebd., S. 3f.

⁴⁰⁹ Ebd.

⁴¹⁰ Houžvička: Czechs and Germans 1848-2004, 2015, S. 471.

⁴¹¹ Lang: Der Streit um die Beneš-Dekrete, 2002, S. 6-8.

⁴¹² Zwicker: Zur Darstellung der Sudetendeutschen, 2006, S. 398.

⁴¹³ Ebd.

Vereinigung der Historiker der Tschechischen Republik unter dem Titel ›Historiker gegen die Vergewaltigung der Geschichte‹, versachlichend in den Diskurs einzugreifen und sich gegen die erneute Nutzung der Geschichte als »Sturmwaffe« auszusprechen, löste eher gegenteilige Reaktionen aus, da ihr Beitrag als »autoritär« wahrgenommen und das beanspruchte Primat der Wissenschaft auf die Thematik hinterfragt wurde.⁴¹⁴

Die Niederlage der CDU/CSU bei der Bundestagswahl 2002 brachte nur eine vorübergehende Ruhe in die Diskussion, die die tschechische Öffentlichkeit noch zwei weitere Jahre beschäftigen sollte.⁴¹⁵ Bei den Präsidentschaftswahlen 2003 konnte sich, wie eingangs erwähnt, der eigentlich bürgerlich-konservative Václav Klaus mit Hilfe der Kommunisten mit einer präronciert antideutschen und die Beneš-Dekrete unkritisch verteidigenden Haltung durchsetzen, da seinem Gegenkandidaten erfolgreich eine indifferentie Haltung in dieser Frage vorgeworfen wurde.⁴¹⁶

Nach dem EU-Beitritt Tschechiens im Mai 2004 verschwand das Thema als Kontroverse schließlich bis 2013 aus der breiteren öffentlichen Debatte. Der Verbesserung der tschechisch-bayerischen Beziehungen mit den im Kapitel 5.1 besprochenen Prag-Reisen der bayerischen Regierung seit 2010 folgte im Februar 2013 die Rede des tschechischen Ministerpräsidenten Petr Nečas (ODS) im Bayerischen Landtag.⁴¹⁷ In dieser setzte er deutliche Zeichen der Entspannung, indem er die Sudetendeutschen nicht nur als »unsere deutschen Landsleute« ansprach, sondern auch sein Bedauern über die Vertreibungen äußerte.⁴¹⁸

In den erstmals als Direktwahlen durch die Bevölkerung absolvierten Präsidentschaftswahlen im Monat zuvor gewann Miloš Zeman im zweiten Wahlgang gegen seinen Gegenkandidaten Karel Schwarzenberg, der für die liberal-konservative TOP 09 antrat. Schwarzenberg war mit Äußerungen hervorgetreten, in denen er das historische Geschehen unter Ablehnung einer sudetendeutschen Kollektivschuld zu differenzieren versuchte und die Vertreibungen aus heutiger Sicht als Verletzung der Menschenrechte beurteilte, die eine strafrechtliche Verfolgung in Den Haag nach sich ziehen würde.⁴¹⁹ Mit diesen Äußerungen sowie aufgrund seiner Herkunft aus einer alten, adeligen tschechisch-habsburgischen Familie prädestinierte er sich für eine Neuauflage eines antisudetendeutschen und nationalpopulistischen Wahlkampfes, in dem ihm als vermeintlichem Vertreter der sudetendeutschen Sache und wegen seines angeblich fremden Einflusses sein ›Tschechentum‹ abgesprochen und Zeman als ›echter Tscheche‹ gegenübergestellt wurde. Mit allen Mitteln eines schmutzigen Wahlkampfes warrten ihm seine Gegner seine österreichische Frau, eine vermeintliche Kollaboration der Familie mit den Deutschen im Zweiten Weltkrieg und den Dienst »im ›fremden‹ In-

414 Kunštát: Fremd- und Feindbilder der Deutschen in der tschechischen innenpolitischen Instrumentalisierung nach 1989, 2007, S. 123f. Vgl. Kraft: Mythos »Beneš-Dekrete«, 2013, S. 235.

415 Majewski: Zwischen Versöhnung und Verteidigung nationaler Interessen, 2008, S. 45.

416 Blaive: National Narratives of Czech Identity, 2016, S. 185.

417 Vgl. Schwarz: Ein schwieriger Besuch beim Nachbarn. FAZ. 19.12.2010.

418 Nečas bedauert Vertreibung der Sudetendeutschen. Die Welt. 21.02.2013.

419 Vgl. dafür die Berichterstattung über das Fernsehduell zwischen Zeman und Schwarzenberg: Kubita: První televizní duel. Hospodářské noviny. 17.01.2013.

teresse« vor.⁴²⁰ Den zweiten Wahlgang verlor Schwarzenberg mit 45 gegen 55 Prozent. Schwarzenbergs Haltung zur sudetendeutschen Frage und deren negative Instrumentalisierung wird verschiedentlich als entscheidend für seine Wahlniederlage betrachtet.⁴²¹

Auf die Rede des tschechischen Ministerpräsidenten 2013 und die Konflikte um Schwarzenbergs Äußerungen reagierte unter anderem die Vereinigung der ehemaligen Grenzsoldaten, der *Tschechische Grenzlandklub*, mit einer Rücktrittsforderung, da sie seine vorsichtigen Äußerungen des Bedauerns bereits als Verzerrung der Geschichte betrachteten. Weder sei er für diese von den Tschechen gewählt worden noch seien sie in Anbetracht der Geschichte korrekt. Für die Vertreibung seien München und die Entscheidungen der Siegermächte verantwortlich, nicht die Tschechen. In ihrem Aufruf kritisierten sie zudem Schwarzenbergs Worte, mit denen er Beneš in die Nähe von Kriegsverbrechen gerückt hatte. Sie beendeten ihre Protestschrift mit Beneš' Warnung für den Fall, dass irgendwann Tschechen den Sudetendeutschen die Hand reichen und sie zur Rückkehr einladen könnten: »Lasst Euch nicht täuschen und lasst sie nicht zurückkehren...«⁴²²

Trotz dieser temporären, vor allem innertschechischen Eskalation konnte die seit 2014 amtierende Regierung von Bohuslav Sobotka aus ČSSD, ANO und Christdemokraten (KDU-ČSL) die tschechisch-bayerisch-sudetendeutsche Annäherung fortsetzen. 2016 nahm mit dem Kulturminister Daniel Herman (KDU-ČSL) zum ersten Mal ein tschechisches Regierungsmitglied am Sudetendeutschen Tag der Landsmannschaft in Nürnberg teil. Er sprach nicht nur die Sudetendeutschen erneut als »liebe Landsleute« an, sondern äußerte auch sein »tieferes Bedauern« über die Vertreibungen. Die dortige Präsenz eines tschechischen Regierungsmitgliedes ebenso wie seine Worte lösten jedoch in Tschechien bekannte Reflexe aus, so Proteste der KSČM und die Aufforderung von Präsident Zeman, dass Herman anstelle eines Besuches der Landsmannschaft die Verbände der tschechoslowakischen Grenztruppen zum »Gesprächspartner« wählen solle.⁴²³ Auch 2017 besuchte mit dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten Pavel Bělobrádek ein Regierungsmitglied der KDU-ČSL den Sudetendeutschen Tag und verband das historische Geschehen mit einem Auftrag für die Gegenwart:

»Wir dürfen natürlich nicht die Vergangenheit vergessen, die Zeiten der Brutalität vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Das darf nie mehr wieder geschehen. Menschen dürfen nie wieder aus ihren Häusern vertrieben werden, nur weil sie anderer Nationalität sind, einen anderen Glauben haben oder aus rassistischen Gründen.«⁴²⁴

420 Fehr: Vergeltende Gerechtigkeit, 2016, S. 120f.

421 Kirchick: The End of Europe, 2017, S. 67f. Vgl. Sniegoň: Between Old Animosity and New Mourning, 2016, S. 54.

422 »Nenechte se oklamat a jejich návratu nedopustíte...«: Okresní rada Českého pohraničí, Ústí nad Labem: Protestujeme proti vystoupení pana premiéra Nečase před poslanci bavorského zemského sněmu. 26.02.2013. Vgl. zum Tschechischen Grenzlandklub [Klub českého pohraničí]: Kap. 5.3, S. 262.

423 Tschechischer Minister besucht Sudetendeutschen Tag. FAZ. 15.05.2016. Ärger für Minister in Tschechien. Onetz. 18.05.2016. Vgl. Fehr: Vergeltende Gerechtigkeit, 2016, S. 127. Siehe auch: Flögel: Tschechischer Minister gewinnt »liebe Landsleute«, 2016.

424 Janzer: Sudetendeutscher Tag: Tschechische Politiker erhalten Applaus – und Kritik von Zuhause. Radio Praha. 05.06.2017.

Diese kurze Tradition der Präsenz der tschechischen Regierung endete vorerst im Jahr 2018. Weder bei den Präsidentschaftswahlen von 2017, die Miloš Zeman erneut gewann, noch bei dem Wahlsieg der zentristisch-populistischen ANO-Partei spielte das Vertreibungsthema im engeren oder weiteren Sinne eine Rolle, ebenso wie eine aktive Geschichtspolitik keine vergleichbare Relevanz für die Parteien wie in Polen hat. Im Juli 2018 überstand die neue Minderheitenregierung von ANO und ČSSD mit Premierminister Babiš die obligatorische Vertrauensfrage wegen der vorher vertraglich ausgehandelten Duldung durch die Kommunistische Partei. Deren indirekte Rückkehr an die Regierung wird zumindest in der liberalen Presse als Tabubruch und Beginn einer neuen Ära in Abgrenzung zur postkommunistischen Politik nach 1989 betrachtet.⁴²⁵ Wie weit ihr tatsächlicher Einfluss auf das Regierungshandeln reichen wird, ist schließlich noch nicht absehbar. Die nach wie vor starke Verankerung der Kommunisten in der Bevölkerung der ›Grenzgebiete‹ sowie ihre nationalkonservative historische Position lässt aber zukünftige Auseinandersetzungen um die Frage der deutsch-sudetendeutsch-tschechischen Beziehungen nicht einfacher erscheinen, wie die Debatten um die Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel am 20. Juni 2018 anlässlich des deutschen Gedenktages für die Opfer von Flucht und Vertreibung bereits aufgezeigt haben. Ihrer Aussage, dass die Vertreibungen moralisch und politisch ungerecht fertigt gewesen seien, widersprach Zeman »zutiefst«; Babiš betonte, die Argumentation reiße »alte Wunden« wieder auf »und sei für Tschechien ›nicht hinnehmbar‹. Gleichwohl wiesen Oppositionspolitiker sowie das tschechische Außenministerium darauf hin, dass sich die Rede Merkels auf der Grundlage der deutsch-tschechischen Erklärung von 1997 und der damals konstituierten unterschiedlichen »Rechtsauffassung« bewege.⁴²⁶ Der Zemanschen Argumentation, dass die Verantwortung bei der Potsdamer Konferenz liege, widersprach der Historiker Tomáš Dvořák in Radio Prag bereits 2016:

»In einem Teil der tschechischen Gesellschaft hält sich der Glauben, dass die Alliierten bei der Potsdamer Konferenz die Aussiedlung entschieden hätten. Das ist aber nicht wahr. Die tschechoslowakische Regierung war entschlossen, die Aussiedlung mit jeglichen Mitteln in größtmöglichem Umfang durchzuführen, und das auch ohne internationale Zustimmung.«⁴²⁷

Der tschechische Film hat sich in den letzten Jahren intensiv mit dem Thema der Vertreibungen befasst. Einen entscheidenden Einschnitt bedeutete der Dokumentarfilm *Töten auf tschechische Art* von David Vondráček, der mit historischen Aufnahmen die Ermordung von Deutschen durch tschechoslowakische und sowjetische Kräfte am Ende des Krieges drastisch zeigte und 2010 im öffentlichen tschechischen Fernsehen lief.⁴²⁸

⁴²⁵ Honzík: Stíhaný premiér, chybějící ministři a podpora nereformovaných komunistů. *Hospodářské noviny*. 11.07.2018.

⁴²⁶ Janzer: Zeman und Babiš empört über Merkel-Aussage zum Tag der Vertriebenen. *Radio Praha*. 20.06.2018. Janzer: Streit um Merkel-Aussagen zu Vertreibung. *Radio Praha*. 21.06.2018. Vgl. auch die Besprechung in der Zeitung der deutschen Minderheit in Tschechien: Schmidt: Verstörende Prager Proteste nach Merkel-Rede. *LandesEcho*. 22.06.2018.

⁴²⁷ Janzer: Streit um Merkel-Aussagen zu Vertreibung. *Radio Praha*. 21.06.2018.

⁴²⁸ Zabíjení po česku (2010). Janssen: »Töten auf Tschechisch«. *Deutschlandfunk*. 01.06.2010.

Viele weitere Filme und Serien behandeln das Thema teilweise oder im Kern.⁴²⁹ Durch ihren Fokus auf individuellen Schicksalen gelingt es nach Marie Bettine Schwarz Empathie herzustellen, da es um den Verlust der Nachbarn und nicht um größere rechtliche und historische Fragen gehe. Derartige Erzählungen ermöglichen ein Infragestellen des ausschließlichen tschechischen Opfer- und Heldenarrativs.⁴³⁰

Die Vertreibung ist in Tschechien auch Thema weiterer künstlerischer Auseinandersetzungen. In die internationale Berichterstattung schaffte es das Werk von Jakub Hadrava, der im Jahr 2014 eine verlassene Kirche im ehemaligen Sudetenland mit Geisterstatuen aus Gips füllte und so auf das Verschwinden der Bewohner aufmerksam machte.⁴³¹ Eine Ausstellung des jungen Fotokünstlers Lukáš Houdek im Jahr 2013 mit dem Titel »The Art of Killing«, in der er mit Barbiefiguren und Puppenhäusern die Verbrechen gegen Deutsche am Ende des Krieges darstellte, brachte ihm den Vorwurf ein, ein »Verräter« zu sein und »mit seinen Bildern die schrecklichen Taten der Nazis zu trivialisieren«.⁴³²

Die tschechische Gegenwartsliteratur hat das Thema immer wieder aufgegriffen, darunter auch viele junge tschechische Schriftsteller. Noch vielschichtiger als in den Filmproduktionen ist hier Raum für Schattierungen und Prosatexte ermöglichen einen guten Zugang über individuelle Kontexte. Bei der Darstellung sudetendeutscher Lebensgeschichten sind Annäherungen an das Selbstverständnis der Sudetendenutschen und ihre Geschichtsschreibung erkennbar. Der Roman *Die Vertreibung der Gerta Schnirch* der Schriftstellerin Kateřina Tučková verfolgt das Narrativ, dass das »kommunistische Systém [...] nur eine logische Folge der Verhältnisse [sei], wie sie der Umgang mit den Deutschen im Jahre 1945 gebracht hat.«⁴³³ Tůma konstatiert schließlich, dass zwar bei der tschechischen Kunst eine »Revision« der »Sichtweise auf die Vergangenheit« zu beobachten sei, aber ein Äquivalent auf deutscher oder sudetendeutscher Seite fehle, was erneut sinnbildlich für die »deutliche Asymmetrie« in der wechselseitigen Empathie stehe.⁴³⁴

Unterhalb der nationalen politischen Ebene lässt sich mehr Bewegung und Differenz im Umgang mit der sudetendeutschen Thematik beobachten. An einigen Orten in Tschechien wird an die vormaligen deutschen Bewohner und deren Vertreibung erinnert.

429 Vgl. für einige Beispiele: Schwarz: The Postmemorial Narrative of the Sudeten Germans in Czech Literature and Film, 2017, S. 23-29, 41-54.

430 Ebd., S. 60f. Vgl. zur Darstellung des Deutschen im tschechischen Film nach 1989: Hanáková: »I'm at Home Here«, 2014, S. 109f. Hanáková konstatiert, dass die Komplexität des deutsch-tschechischen Verhältnisses im Film Platz gewinne, aber immer noch ausbaufähig sei. Vgl. für ein neues »Interpretationsschema der deutsch-tschechischen Beziehungen während des Krieges«: Tůma: Die Aussiedlung, 2015, S. 274f. Hier spricht er vom Film *Habermannův mlýn* (2010) [Habermanns Mühle].

431 Cable: Artist creates spooky «ghosts» that line the pews inside dilapidated village church ... turning it into global tourist attraction. *Daily Mail*. 05.11.2014.

432 Vgl. für die Zitate und eine Auswahl der Bilder: »Meine Landsleute nennen mich Verräter«. *Süddeutsche Zeitung*, 19.02.2013.

433 Kateřina Tučková: *Vyhání Gerty Schnirch*, 2009. Tůma: Die Aussiedlung, 2015, S. 274f. Vgl. zum Roman und der jungen Schriftstellerin auch: Janssen: »Unsere Deutschen«. *Deutschlandfunk*. 18.12.2010.

434 Tůma: Die Aussiedlung, 2015, S. 275.

Im Unterschied zur Sichtweise der kommunistischen Tschechoslowakei werden an verschiedenen Orten von Massakern die ermordeten Sudetendeutschen heute als Opfer betrachtet, was eine Erinnerung in Form von Denkmalen oder Gedenktafeln ermöglicht. Zumeist entstehen sie in Kooperation von (individuellen) Initiativen und lokalen Politikern. Dafür ist die auch in den Medien vermehrte zu beobachtende Auseinandersetzung mit den Sudetendeutschen als Individuen und nicht als problematische Großgruppe hilfreich.⁴³⁵

Diese Projekte werden von den Kommunisten und anderen politischen Kräften häufig kritisiert oder verhindert.⁴³⁶ Die Stadt Aussig hat sich mit dem in Kapitel 3.5 diskutierten »Massaker von Aussig« verschiedentlich befasst und an der Brücke, auf der ein Teil der Menschen ermordet wurde, hängt seit 2005 eine daran erinnernde Plakette. Ironischerweise trägt aber die Brücke trotz sudetendeutscher Forderungen nach Umbenennung weiter den Namen von Edvard Beneš, den ihr 1935 sudetendeutsche Sozialdemokraten als antinationalsozialistisches Bekenntnis verliehen hatten.⁴³⁷ Ein zentrales Ereignis für die sudetendeutsch-tschechische Versöhnung ist die Erinnerung an den »Brünner Todesmarsch«. 2015 riefen die liberale Stadtregierung und das Brünner Stadtparlament zur Teilnahme an der bereits seit einigen Jahren von einer Bürgerinitiative durchgeführten »Wallfahrt der Versöhnung« auf. Zu dieser waren auch Vertreter der Landsmannschaften in Deutschland und Österreich eingeladen. Der Sprecher der SL, Bernd Posselt, nahm an der Veranstaltung teil, die bisher weiterhin jährlich stattfindet.⁴³⁸ Das Stadtparlament verabschiedete auf Antrag der lokalen Partei Žít Brno [Brünn leben] mit der Mehrheit von ANO, KDU-ČSL und den Grünen vorab eine »Versöhnungserklärung«, in der es die menschlichen Tragödien und die Anwendung des Prinzips der Kollektivschuld gegen die Brünner Deutschen »aufrichtig« bedauerte und die kulturellen und gesellschaftlichen Verluste durch die Vertreibungen beklagte.⁴³⁹ Bürgermeister Petr Vokřál (ANO) äußerte den Wunsch, dass »alles Unrecht der Vergangenheit vergeben werden könne und dass uns die Vergangenheit nicht mehr belasten möge.«⁴⁴⁰

435 Sniegoň: Between Old Animosity and New Mourning, 2016, S. 49, 63-70. Vgl. zur Entwicklung und politischen Diskussion um Denkmäler in Tschechien, die an die Vertreibung und die während dieser stattgefundenen Massaker erinnern: Luppes: Commemorating Flight and Expulsion, 2019, S. 222-228.

436 Vgl. Kunštát; Lemberg: Zur tschechischen Erinnerungskultur, 2006, S. 118.

437 Sniegoň: Between Old Animosity and New Mourning, 2016, S. 57-59.

438 Martin: »Wallfahrt der Versöhnung« erinnerte an Brünner Todesmarsch von 1945. *Radio Praha*. 30.05.2015. Vgl. die Website des Festivals »Meeting Brno« mit dem Programm für den Versöhnungsmarsch 2018: <https://meetingbrno.cz/de/programm/gedenkveranstaltungen> (letzter Zugriff: 05.09.2018). Im Dezember 2018 wurde der Initiator des »Versöhnungsmarsches«, Jaroslav Ostřílík, mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet: Lothar: Begründer des Marsches der Versöhnung mit deutschem Orden geehrt. *Radio Praha*. 04.12.2018. Vgl. auch den Teilnahmebericht der tschechischen Autorin Kateřina Tučková, die sich in ihren Schriften mit der multiethnischen Vergangenheit Brünns beschäftigt: Tučková: Die Brünner Sudeten, 2019, S. 78-80.

439 Die Erklärung findet sich u.a. auf der Website von Žít Brno in tschechischer und deutscher Sprache: www.zitbrno.cz/deklarace-smireni-a-spolecne-budoucnosti/ (letzter Zugriff: 05.09.2018).

440 Versöhnung 70 Jahre nach »Todesmarsch« von Brünn. *Deutsche Welle*. 30.05.2018. »Vyjadřujeme přání, aby všechny minulé křivdy mohly být odpoutány a nezatěžovaly jsme se minulostí.« – Brno lituje »pochodu smrti« Němců po druhé světové válce. *Týden*. 19.05.2015.

Auch diese Initiative traf auf Widerspruch der Kommunisten, des rechten Flügels der tschechischen Sozialdemokratie und der ehemaligen ›Grenzlandkämpfer‹.

Der schon angesprochene »Tschechische Grenzlandklub« [Klub českého pohraničí] ist Teil einer Zivilgesellschaft mit entgegengesetzten Zielen, die sich gegen eine Verständigung mit der Landsmannschaft aussprechen, einem nationalistischen Geschichtsbild anhängen und zum Teil mit der KSČM verbunden sind.⁴⁴¹ Weitere verständigungsskeptische Organisationen sind der »Kreis tschechischer Bürger, die aus dem tschechischen Grenzland 1938 vertrieben wurden« [Kruh občanů vyhnáných v roce 1938 z pohraničí], der »Klub tschechischer Historiker« [Sdružení historiků České republiky] oder der »Tschechische Verband der Freiheitskämpfer« [Český svaz bojovníků za svobodu].⁴⁴²

Ein weiteres Beispiel für eine zivilgesellschaftliche Verständigungsinitiative ist die 1998 von tschechischen Studenten gegründete Organisation »Antikomplex«, die sich für die innertschechische Aufklärung über das vormalige deutsche und deutsch-tschechische Leben in Tschechien im Rahmen von Ausstellungen, Schulprojekten, Publikationen und Fahrten einsetzt. Inhaltlich betont sie vor allem den für das Land entstandenen Verlust durch die Vertreibungen.⁴⁴³ Ihr Mitgründer Ondřej Matějka fasste das Selbstverständnis und den Auftrag der Organisation 2011 zusammen:

»Wir denken darüber nach, dass auch die tschechische Gesellschaft gegen den Dämon der ethnischen Gewalt nicht immun gewesen ist. Es ist in unserem Interesse zu verstehen, warum das so war und was es für uns heute bedeutet. Unter welchen Umständen kann eine wohlgeordnete Gesellschaft so aus der Bahn geraten, dass sie Gewalt toleriert oder selbst Gewalttaten verübt? Auch heute schadet es nicht, das zu wissen.«⁴⁴⁴

Der Diskurs nach 1989 über die Vertreibung in Tschechien bewegte sich bis zuletzt im erläuterten Rahmen. Eine Distanzierung von der für die tschechische Staatlichkeit konstitutiven Nachkriegsordnung mit faktischen Konsequenzen wird bis heute von keiner relevanten politischen Gruppierung in Tschechien angestrebt. In der Diskussion bleibt, inwieweit es angemessen ist, das historische Geschehen moralisch zu verurteilen und zu bedauern sowie sich gegebenenfalls für tschechische Verantwortlichkeiten zu entschuldigen. Unabhängig von dieser Frage sind sich alle politischen Parteien einig, den historischen Kontext des deutsch-tschechischen Konfliktes stets zu berücksichtigen, bei dem nach tschechischer Auffassung die Sudetendeutschen schließlich einen gewichtigen Anteil an der Zerstörung der ersten Republik hatten.⁴⁴⁵

Obwohl zunächst ohne weitergehende politische Implikationen, sind lokale Initiativen ebenso wie die besprochenen Auseinandersetzungen in Kunst und Film ein nicht zu unterschätzender Teil der deutsch-tschechischen Verständigung. Von 2002 bis 2017 sank schließlich der Anteil der tschechischen Bürger, die die Vertreibungen für gerecht

⁴⁴¹ Houžvička: Czechs and Germans 1848-2004, 2015, S. 419f.

⁴⁴² Ebd., S. 472. Houžvička sieht in der Arbeit und Entstehung dieser Verbände auch eine Reaktion auf den fortgesetzten Revisionismus der SL nach 1989.

⁴⁴³ Spalová: Remembering the German Past in the Czech Lands, 2016, S. 98-100.

⁴⁴⁴ Matějka: Die Suche nach einer lebendigen Geschichte, 2011, S. 22.

⁴⁴⁵ Vgl. Tůma: Die Aussiedlung, 2015, S. 270f. Vgl. Houžvička: Czechs and Germans 1848-2004, 2015, S. 475f.

halten, von 64 auf 37 Prozent; zugleich äußern 25 Prozent, dass es Zeit für das Ziehen eines Schlussstriches sei.⁴⁴⁶

Der außenpolitische Berater von Präsident Zeman, Rudolf Jindrák, konstatierte 2018, dass Tschechien für die mittlerweile stark verbesserten Beziehungen mit Bayern und Deutschland kaum eigene Positionen aufgeben musste und so letztlich erfolgreich aus den Auseinandersetzungen hervorgegangen ist:

»Heute wird uns von Angela Merkel dafür gedankt, dass wir die Beziehungen zum Freistaat in Ordnung gebracht haben. Damit das gelingen konnte, haben wir aber nicht viele Zugeständnisse machen müssen. Wir mussten den Sudetendeutschen weder ihr früheres Eigentum noch die Staatsbürgerschaft zurückgeben. Wir haben nichts gemacht, was der tschechischen Rechtsordnung widersprochen hätte. Da haben wir wirklich einen großen Fortschritt erlangt.«⁴⁴⁷

Auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene bleibt der Komplex der Vertreibung von Bedeutung und ist weiterhin Quelle von Konflikten, wie nicht zuletzt die Auseinandersetzungen um das *Museum der deutschsprachigen Bewohner Böhmens* zeigen.⁴⁴⁸ Tendenzen einer Pluralisierung der tschechischen Erinnerungskultur⁴⁴⁹ steht eine von Claudia Kraft beobachtete »nationale Konsolidierung des Geschichtsbildes [...] [in den letzten Jahren], die nicht weniger homogen ist als ihr Pendant in Zeiten des Staatssozialismus«, entgegen.⁴⁵⁰

5.4 Vergleich und Zusammenfassung

Die Auseinandersetzungen über Flucht und Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges in Deutschland, Polen und Tschechien haben sich nach 1989 mehrfach zu einem gemeinsamen Diskursraum vereint. Das Aufeinanderbeziehen und die gegenseitige Beobachtung der Nachbarländer waren zwar permanent gegeben, mündeten aber nur selten in einen tatsächlichen Dialog oder Trialog. Zum einen lag das daran, dass die mediale und politische Polarisierung ebenso wie die Stabilität antagonistischer nationaler Narrative den Austausch erschwerten. Zum anderen lässt sich eine »Ungleichzeitigkeit« der Debatten beobachten, die zur Folge hatte, dass in Deutschland die (auch selbstkritischen) polnischen Diskussionen der 1990er Jahre über die Vertreibung sowie ähnliche Entwicklungen in Tschechien kaum registriert wurden. Ähnlich verhält es sich zwischen Polen und Tschechien. So nahm man an der Weichsel bis 2002 die fortlaufende Kontroverse zwischen den Vertretern der Sudetendeutschen und der

446 Vertreibung Sudetendeutscher für immer weniger Tschechen »gerecht«. *Die Presse*. 12.01.2017.

447 Janzer: »Eine neue Landkarte persönlicher Kontakte«. *Radio Praha*. 22.03.2018.

448 Vgl. Spalová: Remembering the German Past in the Czech Lands, 2016, S. 103.

449 Volf: Shifting Attitudes Toward the Second World War Commemorations in the Czech Republic, 2016. Václav Smycka unterstützt in seiner Untersuchung u.a. der Entwicklung der deutschen und tschechischen Wikipedia-Einträge zum Thema der Vertreibung die These der Pluralisierung der Erinnerungskultur: Smycka: Das Gedächtnis der Vertreibung, 2019, S. 48-50.

450 Kraft: Mythos »Beneš-Dekrete«, 2013, S. 254.

Tschechischen Republik recht gleichgültig zur Kenntnis, ehe man sich selbst in einer ähnlichen Bedrohungslage sah.⁴⁵¹

Einen Kulminationspunkt erreichte der Diskurs innerhalb und zwischen den Ländern Anfang der 2000er Jahre. Die BdV-Initiative, einen Erinnerungsort an Flucht und Vertreibung in Form eines Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin zu errichten, verband sich mit einem von verschiedenen Kritikern wahrgenommenen »Neuen Deutschen Opferdiskurs« und fiel mit einem das Vertreibungsthema offensiv aufgreifenden CDU/CSU-Wahlkampf zusammen. In Polen stießen vor allem die Zentrumsinitiative und die in diesem Zusammenhang vermeintlich zu beobachtende Neujustierung der deutschen Erinnerungskultur zum Nachteil des Kriegsopfers Polens auf erheblichen Widerspruch. In Tschechien fokussierte sich die Diskussion auf die vom CSU-Kanzlerkandidaten ebenso wie von der nationalkonservativen österreichischen Regierung forcierter angegriffenen ›Beneš-Dekrete‹. In beiden Ländern betonte man Verständnis für den deutschen Wunsch, die Vertreibungen individuell und auch als Gesellschaft zu betrauern, fühlte sich jedoch völlig zu Unrecht auf die Anklagebank gesetzt oder befürchtete dies, wenn sich der BdV mit seinem Vorhaben oder die CDU/CSU und die österreichische Regierung mit ihrem Kampf gegen die ›Beneš-Dekrete‹ durchsetzen würden.

Für den deutschen Diskurs um Flucht und Vertreibung war das Jahr 1989 kein entscheidender Wendepunkt. Erst die Balkankriege und die Neuausrichtung des BdV mit der Zentrumsinitiative brachten die Thematik in die breite Öffentlichkeit zurück, wo zu eine umfassende und dieses Anliegen unterstützende Berichterstattung, Spielfilme und Dokumentationen und nicht zuletzt literarische Werke wie *Im Krebsgang* von Günter Grass beitrugen. Zugleich gelang es dem BdV, für seine Initiative Unterstützer bis in das linksliberale Milieu der Bundesrepublik hinein zu gewinnen. Eine Grundlage dafür war die Aktualisierung des Vertreibungsthemas durch die Balkankriege der 1990er Jahre. Die Diskussion darüber, wie ein entsprechender Erinnerungsort schließlich aussehen sollte, war in Deutschland seit dem Jahr 2000 der Kernkonflikt im Themenfeld Flucht und Vertreibung und wird in Kapitel 7.1 weiter diskutiert.

Nach einer kurzen Phase der Unsicherheit über die Grenz- und Minderheitenfrage im Jahr 1989 waren die Vertreibung der Deutschen sowie das deutsche Kulturerbe in Polen zunächst ein Thema der Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Erst die Debatten um das ZgV führten, neben anderen Entwicklungen wie die Jedwabne-Diskussion, zu einer Repolitisierung und weiten gesellschaftlichen Verteidigungshaltung, die eine selbstreflexive Erinnerungskultur erschwerte. Eine Antwort auf die deutsche Zentrumsinitiative und später die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung ist das Museum des Zweiten Weltkrieges in Danzig. Das in Kapitel 7.2 untersuchte Museum ist in den 2010er Jahren zum Symbol für die heftigen innerpolnischen und geschichtspolitischen Auseinandersetzungen sowie darüber hinaus für die Polarisierung der polnischen Gesellschaft geworden.

451 Majewski: Zwischen Versöhnung und Verteidigung nationaler Interessen, 2008, S. 42, 48f., 57. Vgl. zur Ungleichzeitigkeit auch: Boll: Zu historischen Missverständnissen und Versäumnissen im deutsch-polnischen Streit um Geschichtspolitik, 2008, S. 144f.

Noch vor der Jahreswende 1989/90 äußerte der ehemalige Dissident und damalige Präsident der Tschechoslowakei, Václav Havel, Worte des Bedauerns über die Vertreibung der Deutschen und wollte einen neuen Dialog beginnen. Wie erläutert, konnte und wollte die SL nicht auf dieses Angebot eingehen. Starken Widerspruch erfuhr Havel zudem aus weiten Teilen der tschechischen Gesellschaft, die seinen Schritt für unangemessen hielten. Auch wenn in den 1990er Jahren in Tschechien eine fortlaufende wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Themenfeld erfolgte, blieb die tschechisch-sudetendeutsch-bayerisch-deutsche Beziehung durch den Konflikt um die rechtliche Bewertung der Vertreibung und Entschädigungsfragen eingetrübt, woran auch die ausgehandelten Vertrags- und Erklärungswerke nichts ändern konnten. Nach der Eskalation um die ›Beneš-Dekrete‹ Anfang der 2000er gewann das Thema in Tschechien verstärkt auch eine innenpolitische Dimension, indem es zur Diskreditierung des politischen Gegners wegen eines vermeintlichen oder tatsächlichen Entgegenkommens gegenüber den Sudetendeutschen diente. Erst Mitte der 2010er Jahre zeigten sich auf politischer Ebene Zeichen der Entspannung, welche sich unter anderem im Besuch tschechischer Regierungsmitglieder beim Sudetendeutschen Tag äußerten.

Nach der EU-Osterweiterung wurde verschiedentlich von einem »gemeineuropäischen Erinnerungsraum« gesprochen.⁴⁵² Die Diskussion um die ›Beneš-Dekrete‹ ist ein Beispiel für eine Phase, in der der Diskurs auf mehreren Ebenen stattfand: innerhalb der Länder, bilateral im mitteleuropäischen Rahmen und auf der EU-Ebene. Verbreiteten Erwartungen in Westeuropa und Deutschland, dass die ostmitteleuropäischen Staaten sich neben einer fortgesetzten wirtschaftlichen und rechtlichen Angleichung auch in einem einseitigen Prozess der westlichen Erinnerungskultur annähern würden, setzten die Regierungen dieser Staaten erfolgreich eigene europaweite Initiativen entgegen.⁴⁵³ Bestimmte Konfliktlinien oder Argumente, wie zum Beispiel die Forderung nach einer heroischen nationalen Meistererzählung, können aber schwerlich als ein ausschließlich osteuropäisches Phänomen⁴⁵⁴ betrachtet werden.

Stefan Troebst zieht in seinem Aufsatz »Towards a European Memory of Forced Migration« das Fazit, dass die heftigen Auseinandersetzungen um die Thematik letztlich auf Deutschland, Polen und Tschechien und mit deutlichem Abstand auch auf die Slowakei und Ungarn begrenzt geblieben seien. Zudem versuchten Polen und Tschechien die Auseinandersetzungen auf die bilaterale Ebene zu beschränken. Von einem europäischen Diskurs lasse sich folglich schwerlich sprechen. Die der EU-Ostererweiterung von 2004 folgenden geschichtspolitischen Debatten hätten sich schließlich im Wesentlichen auf zwei Themen konzentriert, nämlich ob und auf welche Weise die Erinnerung an die kommunistische Herrschaft über Osteuropa Teil der gesamteuropäischen Erinnerungskultur werden und inwieweit die neuen Mitgliedsstaaten die starke westeuropäische Erinnerung an den Holocaust auch für sich adaptieren sollten. Schließlich stellt er positiv heraus, dass die Auseinandersetzung über Flucht und Vertreibung zwar andere Themen wie Holocaust und Genozid in ihrer Bedeutung herausfordere, zugleich aber

452 Kraft: Europäische Erinnerungskultur(en) als »work in progress«, 2014, S. 315.

453 Vgl. ebd., S. 315f.

454 Vgl. ebd., S. 315-317.

Diskussionen um »Menschenrechte, Multikulturalität und die europäische Integration« positiv befördern könne.⁴⁵⁵

Wie bereits in diesem Kapitel gezeigt wurde und später noch mit Blick auf das *Haus der europäischen Geschichte* in Kapitel 7.3 zu diskutieren sein wird, ist der Vorwurf weit verbreitet, die EU sei ein Instrument hegemonialer deutscher Bestrebungen. In dieser Überspitzung sicher unzutreffend, kann ein deutscher Einfluss auf die europäischen Institutionen entsprechend der politischen und ökonomischen Bedeutung Deutschlands jedoch nicht von der Hand gewiesen werden. Auch in der Forschung wird diskutiert, dass die Deutschen von der Europäisierung der Holocaust-Erinnerung ›profitieren‹, indem die Täterrollen durch die Einbeziehung der kollaborierenden oder von dem Völkermord an den europäischen Juden ökonomisch profitierenden Gesellschaften und Staaten diversifiziert werden. Zudem erscheint es durchaus zu gelingen, die Vertreibungen als zentrales Element der Erinnerung in Europa zu verankern.⁴⁵⁶

Die positiven Einflüsse der EU auf eine geschichtspolitische Verständigung, wie sie Miroslav Kunštát unter anderem für die »Krisenmomente im deutsch-tschechischen Verhältnis« ausmacht, werden herausgefordert oder konterkariert durch die politischen Auseinandersetzungen um ihre zukünftige Ausrichtung.⁴⁵⁷ Beim Aushandeln der Finanzplanung oder der künftigen Rolle der Nationalstaaten gibt es erbitterte Konflikte, die nicht selten mit ›historischen Argumenten‹ geführt werden.⁴⁵⁸ Ähnlich verhält es sich mit den grundlegend unterschiedlichen Perspektiven auf die ›Flüchtlingskrise‹. In dem weiteren Feld der Bewertung von Nation und Nationalismus scheint in Deutschland eine Abgrenzung von diesen folgerichtig: Sie werden je nach politischem Lager teilweise oder ganz als Urheber des Schreckens des vorherigen Jahrhunderts, darunter der Vertreibung, identifiziert. Im Gegensatz dazu stößt die Kritik an Nationalismus und Nationalstaat als ›Quelle allen Übels‹⁴⁵⁹ in Ländern mit einem positiveren Verständnis von Nation auf Widerspruch. Das gilt besonders für Länder wie Polen und, mit Einschränkung, Tschechien und verstärkt sich nochmals, wenn die Regierungen von Nationalpopulisten gestellt werden. Verständlicherweise erscheint es den Opfern der deutschen Aggression im Zweiten Weltkrieg wohlfeil, wenn die Deutschen sich nach der verbrecherischen Eskalation des deutschen Rassennationalismus von diesem – häufig nicht ohne ›Aufarbeitungsstolz‹ – distanzieren und heute vorwurfsvoll auf ihre Nachbarstaaten blicken, und dies sowohl in Hinblick auf eine vermeintlich ungenügende Aufarbeitung ihrer Vergangenheiten als auch ihre gegenwärtige politische Ausrichtung.

Bei einem Vergleich der Diskussionen über die Vertreibung in Polen und Tschechien zeigt sich die unterschiedliche Nähe des Themas zum nationalen Selbstverständnis.

⁴⁵⁵ Troebst: Towards a European Memory of Forced Migration? 2016, S. 235, 247.

⁴⁵⁶ Vgl. Hahn; Hahn: »The Holocaustizing of the Transfer-Discourse«, 2008, S. 48. Vgl. auch: Sierp: History, Memory, and Trans-European Identity, 2014, S. 109f.

⁴⁵⁷ Kunštát: Fremd- und Feindbilder der Deutschen in der tschechischen innenpolitischen Instrumentalisierung nach 1989, 2007, S. 128.

⁴⁵⁸ Vgl. Buras; Vegh: Stop, Brüssel! 2018.

⁴⁵⁹ Kranz: Schuld und Verantwortung, Wunden und Narben, 2015, S. 74f. So legt Jerzy Kranz die Ausrichtung des Zentrums gegen Vertreibungen und der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung 2015 aus.

In Tschechien »berührt [...] die Debatte das Selbstverständnis der tschechischen Gesellschaft« durch die lange, engere und innere Verwobenheit von tschechischem und deutschem Element weit mehr, als dies in Polen der Fall ist.⁴⁶⁰ Stellt die Vertreibung in Tschechien das demokratische und friedliche nationale Selbstverständnis in Frage, ist sie in Polen eine Herausforderung für die besonders unter den nationalkonservativen Regierungen prolongierte heroische Meistererzählung. Stärker als in Tschechien, wo die innere, moralische Frage der Vertreibungen in den intellektuellen Diskursen stets wichtig war, werden in Polen die »internationalen Zusammenhänge« der historischen Ereignisse betont sowie in die von den Alliierten festgelegte und erzwungene Nachkriegsordnung eingeordnet, welche zur polnischen ›Westverschiebung‹ und zur Zwangsinstallation eines kommunistischen Regimes führte.⁴⁶¹ Der »polnisch[e] Opfermythos« macht darin »die Polen zu passiven Betrachtern des historischen Geschehens« und bewirkt eine »entlastende Funktion im Inneren«.⁴⁶² Diese Erzählung wird ähnlich auch in Tschechien verfolgt. Sie ist dort aber stärker gefordert durch den breiten Konsens in der tschechischen/tschechoslowakischen Gesellschaft und ihrer anfangs bürgerlich-demokratischen Konstitution während der Vertreibungen. Ein weiterer und wichtiger Unterschied für die späteren Auseinandersetzungen ist der, dass in Polen bereits ein Großteil der Deutschen geflohen war oder von der Roten Armee vertrieben wurde, ehe die polnische Verwaltung diese Gebiete übernahm. In der ČSR hingegen erfolgte ein erheblicher Teil der ›Ausführung‹ der Vertreibung durch eigene Kräfte, die zudem vormalige tschechoslowakische Staatsbürger vertrieben.⁴⁶³

Sowohl in Polen als auch in Tschechien sah man nach 1989 die deutschen Landsmannschaften und den BdV nicht oder nur punktuell als geeignete Ansprechpartner, wozu auch deren Politik beitrug. Sie waren 1989 und auch danach in weiten Teilen nicht in der Lage, realpolitische Kompromisse auszuhandeln und auf Offerten wie die von Václav Havel in Bezug auf ein eingeschränktes Rückkehrrecht einzugehen – ein Grund dafür waren die fehlende politische Unterstützung und der verlorene breite gesellschaftliche Rückhalt. Schädlich für die Verständigung war auch das Versäumnis von Seiten der Landsmannschaften und des BdV, die eigene historische Verantwortung als Deutsche konsequent und nicht nur punktuell zu akzeptieren und daraus resultierend Gesten der Entschuldigung anzubieten.⁴⁶⁴

Zivilgesellschaftliche Initiativen wie *Borussia* in Polen oder *Antikomplex* in Tschechien finden zwar Äquivalente in Vereinigungen wie der *Jungen Aktion* der Ackermann-Gemeinde, aber nicht im BdV – der als Dachverband der Landsmannschaften trotz seiner sinkenden Mitgliederzahl nach wie vor der primäre politische Interessenvertreter

⁴⁶⁰ Schulze Wessel: Tschechien – Institutionen, Methoden und Debatten in der Zeitgeschichte, 2011.

⁴⁶¹ Ebd.

⁴⁶² Kraft: Der Platz der Vertreibung der Deutschen im historischen Gedächtnis Polens und der Tschechoslowakei/Tschechiens, 2005, S. 348f.

⁴⁶³ Vgl. Schulze Wessel: Tschechien – Institutionen, Methoden und Debatten in der Zeitgeschichte, 2011. Siehe zur Problematik von »politisch-moralischer Anerkennung der Vertreibung« und der bürgerlich-demokratische[n] Regierung unter Edvard Beneš: Leggewie; Lang: Der Kampf um die europäische Erinnerung, 2011, S. 27.

⁴⁶⁴ Vgl. Schulze Wessel: Tschechien – Institutionen, Methoden und Debatten in der Zeitgeschichte, 2011.

der deutschen Heimatvertriebenen ist. Die Bedeutung anderer zivilgesellschaftlicher und lokaler Initiativen ist ähnlich wie die des ›Heimwehtourismus‹ für die politischen Auseinandersetzungen der 2000er Jahre gering geblieben. Die langfristige Wirkung vor Ort ist aber nicht zu unterschätzen.

Piotr M. Majewski konstatiert für den Vergleich von polnischem und tschechischem Vertreibungsdiskurs, dass diese trotz »Unterschiedlichkeit von Dynamiken und Spezifika« durchaus nach einem »ähnlichen Schema« verlaufen seien. Den zunächst »freie[n] Debatten über die moralische und historische Beurteilung« folgte eine nationale Verteidigungshaltung und damit eine diskursive Verengung unter dem »Bedrohungsgefühl [...] durch Forderungen nach materieller Entschädigung von Seiten der Vertriebenen sowie durch eine in Deutschland zu beobachtende Veränderung des Geschichtsbewusstseins«. Die diesen Konflikt verschärfende politische Instrumentalisierung der Thematik durch verschiedene Kräfte sei auf allen Seiten zu beobachten gewesen.⁴⁶⁵

Friedhelm Boll diskutierte 2006, warum die Verständigung über Flucht und Vertreibung nach der »Aussöhnungseuphorie der 1980er- und 1990er-Jahre« weitgehend gescheitert sei und wo die Gründe für die Eskalation zu suchen seien. Habe es sich bei der Versöhnung der 1990er letztlich nur um einen »schmale[n] deutsch-polnische[n]« Elitendiskurs gehandelt? Sei die fortgesetzte Wirkmacht der kommunistischen Erzählung über Deutschland unterschätzt worden und welche Bedeutung habe die Konservierung des Geschichtsbildes der Vertriebenenverbände, die sich nach Willy Brandts Ostpolitik vom gesellschaftlichen *mainstream* entfremdeten?⁴⁶⁶ Auf Grundlage der untersuchten Diskursgeschichte lassen sich fünf Probleme identifizieren, welche die Ursache für die innergesellschaftlichen und bilateralen Konflikte bilden und einer Verständigung im Wege stehen.

(1) Die schon mehrfach erwähnten mangelnden Kenntnisse der Gesellschaften über die Erinnerungskulturen und besonders die Erfahrungen ihrer Nachbarn im Zweiten Weltkrieg sind ein entscheidendes Problem. Diese schwerwiegenden und im Hintergrund selten mitgedachten Ungleichheiten erschweren die Auseinandersetzungen um das Thema von Flucht und Vertreibung. Nach Ruchniewicz war die Vertreibung in Polen, und wie in der vorliegenden Studie gezeigt, auch in Tschechien viel mehr Bestandteil innergesellschaftlicher Auseinandersetzungen als dies bis dato in Deutschland umgekehrt mit der deutschen Besatzungsherrschaft in Polen und Tschechien – abgesehen vom Holocaust – der Fall war.⁴⁶⁷ Das Übersehen der polnischen und tschechischen Auseinandersetzung in Deutschland rief Entrüstung und schließlich auch Wut hervor, als den beiden Ländern in den 2000ern von deutscher Seite vermeintliche Ignoranz vorgeworfen wurde.⁴⁶⁸ Die asymmetrische und selektive Wahrnehmung der jeweiligen

⁴⁶⁵ Majewski: Zwischen Versöhnung und Verteidigung nationaler Interessen, 2008, S. 57.

⁴⁶⁶ Boll: Zu historischen Missverständnissen und Versäumnissen im deutsch-polnischen Streit um Geschichtspolitik, 2008, S. 143f.

⁴⁶⁷ Ruchniewicz: Geschichtspolitik im Schatten der Dankbarkeit und Enttäuschung, 2007/2008, S. 151f.

⁴⁶⁸ Vgl. Schulze Wessel: Tschechien – Institutionen, Methoden und Debatten in der Zeitgeschichte, 2011.

Diskurse findet sich in Polen und Tschechien auch in dem politisch-medial grundsätzlich überschätzten Einfluss der Landsmannschaften. Umgekehrt lässt sich in der Umgebung des BdV erkennen, dass selbstkritische Stimmen aus Polen und Tschechien bevorzugt nur dann wahrgenommen werden, wenn sie in das Raster der eigenen Argumentation passen und ihr eigentlicher Kontext, beispielsweise eine innergesellschaftliche Zielrichtung, nicht erkannt wird. In Polen und Tschechien führte diese Gemengelage wiederholt zum Einspruch, dass scheinbar nur eine vollständige Übernahme der ›deutschen Perspektive‹ oder der Perspektive des BdVs diesen zufriedenstellen würde – und ein Dialog anders aussehe.

(2) Ein zweites Kernproblem ist die selektive Wahrnehmung der historischen Ereignisse. In den drei untersuchten Ländern wird an unterschiedliche Phasen und Elemente erinnert und es sind oft verschiedene Ereignisse gemeint, wenn über das Thema von Flucht und Vertreibung gesprochen wird.

(3) Das dritte Problem liegt in der politischen Instrumentalisierung und medialen Überspitzung, die sich in unterschiedlicher Intensität in allen untersuchten Ländern beobachten lässt. Erinnerte manche Berichterstattung in den bundesdeutschen Medien Anfang der 2000er an den selbstbezogenen bundesdeutschen Opferdiskurs der 1950er Jahre, so spielte die polnische Presse unter anderem mit volkspolnischen Stereotypen über die Deutschen. Auch in Tschechien erfuhr der ›sudetendeutsche Nationalsozialist‹ eine Wiederbelebung als Karikatur.⁴⁶⁹ In beiden Ländern werden diese Argumente auch für innenpolitische Kämpfe genutzt, sodass Gegnern häufig erfolgreich eine vermeintlich deutschfreundliche Haltung vorgeworfen wird. Auch wenn diese politische Wirkung oftmals die eigentliche Intention sein mag, so führt diese Wiederbelebung alter Stereotype auch zu einer gesellschaftlichen Polarisierung und der Beschädigung der bilateralen Kommunikation.⁴⁷⁰ Meistens dient die Berichterstattung in den drei Ländern zudem nicht dem *Verstehen* des oft nur als Projektionsfläche präsenten Gegenübers. Ein Versuch, die »Eigenlogik der jeweils fremden Auseinandersetzung« zu erfassen, unterbleibt, stattdessen nutzt man die vermeintliche Position des Gegenübers vor allem »zur Bestätigung der eigenen Position.«⁴⁷¹

(4) Michaela Witte diskutiert in ihrer Arbeit wiederholt das sich hieran anschließende vierte Problem, dass beide Seiten (hier Sudetendeutsche und Tschechen) es für eine tatsächliche Aufarbeitung versäumt hätten, sich mit der eigenen Verantwortung und Schuld zu befassen. Stattdessen waren die Auseinandersetzungen davon geprägt, dass jeder ›Angriff‹ sofort mit einem ›Gegenangriff‹ gekontrahiert worden sei. Für weite Teile der Gesellschaft sei dieser Zustand zudem komfortabel, da er Selbstkritik und ei-

⁴⁶⁹ Fehr: *Vergeltende Gerechtigkeit*, 2016, S. 125. Houžvička: *Czechs and Germans 1848-2004*, 2015, S. 424f.

⁴⁷⁰ Fehr: *Vergeltende Gerechtigkeit*, 2016, S. 125.

⁴⁷¹ Feindt: *Flucht und Vertreibung zwischen Kaltem Krieg und Universalisierung*, 2014, S. 169. Die Debatten um das Zentrum gegen Vertreibungen zeigen nach Manuel Becker beispielhaft auf, wie sowohl konkrete inhaltliche Fragen als auch die Frage eines würdigen Gedenkens in den Hintergrund gerieten und wechselseitige Unterstellungen Oberhand gewannen: Becker: *Geschichtspolitik in der »Berliner Republik«*, 2013, S. 505.

ne schmerzhafte Beschäftigung mit der eigenen Geschichte erspare.⁴⁷² Das verstärke die ohnehin schon chronisch selektiven nationalen Erinnerungskulturen, die »unproblematische Themen« bevorzugten, »die das nationale Ego nicht verletzten«.⁴⁷³

(5) Weiter hat die Untersuchung der Diskurse als fünftes Problem aufgezeigt, dass die Verbindung der moralischen Frage mit der aus Deutschland verschiedentlich immer wieder aufgebrachten Entschädigungsfrage die offene Auseinandersetzung in Polen und Tschechien blockierte.

Die diskutierten Probleme machen deutlich, warum für die drei untersuchten Länder Flucht und Vertreibung ein sperriger Gegenstand bleiben. Mit einem globalen Blick lässt sich nach Levy und Sznajder konstatieren, dass sich die Erinnerung weltweit im »Spannungsfeld von Kosmopolitisierung und Re-Nationalisierung« bewegt.⁴⁷⁴ Das zeigt sich an der Existenz unterschiedlicher, hier beschriebener Phänomene: wachsendes Interesse an lokaler und regionaler Geschichte, am deutschen Erbe und dem Selbstverständnis als beispielhafter europäischer ›multikultureller Region‹ oder einer reflektierten Geschichtsschreibung, aber auch dem Erbe und der fortgesetzten Wirkmacht der Narrative des Kalten Krieges und an einem neuem Nationalpopulismus.⁴⁷⁵ Die im Jahr 2007 verfasste optimistische Prognose von Levy und Sznajder für die künftige Entwicklung der Erinnerung scheint heute mehr denn je herausgefordert:

»Die aus dem nationalen Container befreite ›Geschichte‹ kann daher auch keine Ruhmesgeschichte mehr sein. Ein skeptisches Geschichtsnarrativ betont plötzlich das vergangene Unrecht der eigenen Nation. Man wird schuldig. Kosmopolitische Erinnerung heißt dann auch, die Geschichte (und die Erinnerungen) des ›Anderen‹ anzuerkennen und in die eigene Geschichte zu integrieren. Diese Perspektive drängt das Narrativ der selbstgerechten Nation in den Hintergrund.«⁴⁷⁶

Den eben besprochenen Problemen wurde unterschiedlich begegnet. In Hinblick auf bisherige Versuche, die Verständigung zwischen den politischen und gesellschaftlichen Eliten voranzubringen, herrscht heute größere Skepsis. Der Rahmen bisheriger nationaler Erinnerungskulturen und die in ihnen vorherrschenden historischen Argumentationsmuster sind oft so resistent, dass sie sich nur selten entscheidend mit einer *top-down*-Initiative verschieben lassen. Václav Havels Versuch von 1989/90 ist dafür ein prägnantes Beispiel.⁴⁷⁷

Matěj Spurný schlägt vor, Raum für die (individuelle) Geschichte zu lassen, die dazu geeignet sei, mit gängigen Narrativen zu brechen und eine »Pluralisierung und Verkom-

472 Witte: Entfremdung – Sprachlosigkeit – Aussöhnung? 2002, S. 295. Auch Spalová plädiert dafür, dass einer inneren und äußeren Verständigung zunächst eine klare Anerkennung von Schuld in der eigenen nationalen Geschichte vorausgehen muss: Spalová: Remembering the German Past in the Czech Lands, 2016, S. 101.

473 Tych: Polnische Geschichtsdebatten, die es nicht gibt, 2007, S. 66.

474 Levy; Sznajder: Erinnerung im globalen Zeitalter, 2007, S. 15, 238.

475 Vgl. Steffen: Ambivalenzen des affirmativen Patriotismus, 2006, S. 221.

476 Levy; Sznajder: Erinnerung im globalen Zeitalter, 2007, S. 242.

477 Vgl. Houžvička: Czechs and Germans 1848–2004, 2015, S. 408.

plizierung der Erinnerung« zu ermöglichen.⁴⁷⁸ Die diskutierten Bewegungen in Kunst und Literatur zeigen ebenso wie eine reflektierte, den nationalen Rahmen überwindende Geschichtswissenschaft beispielhaft, wie eine solche Komplexität erreichbar ist, die der »Erinnerungsvielfalt der Zeitzeugen und ihrer Nachfahren verschiedener Nationalitäten und sozialer Gruppen Rechnung trägt«.⁴⁷⁹

Diese Form eines ›kritischen Pluralismus‹ scheint sich am ehesten ›vor Ort‹ erreichen zu lassen, wie viele hier erwähnte lokale Initiativen veranschaulichen. Beispiele wie die Erinnerungen an den Brünner Todesmarsch zeigen zudem, dass auch ein Dialog mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft auf dieser Ebene leichter als auf der nationalen herzustellen ist.

Um Verständigung zu erreichen, erscheint das konsequente Bemühen um eine transnationale Perspektive notwendig. Nach Philipp Ther ermöglicht dieser Blick für das deutsche Beispiel, dass mit dem Respektieren von Einwänden aus Polen und Tschechien diese als »Korrektiv« fungieren können. Damit wird ein gemeinsamer Diskurs möglich, der nicht nur um »unvereinbare Erinnerungen kreist, sondern in internationaler Kooperation nach Erklärungen sucht, warum das 20. Jahrhundert so viele Katastrophen hervorgebracht hat und was sich heute daraus lernen lässt.« Die Bereitschaft zum wechselseitigen Korrigieren könne und müsse »unbequem« sein, sei aber notwendig.⁴⁸⁰ Das Ergebnis eines solchen Ansatzes könnte mit Manuel Becker sein, auf eine Hierarchisierung der Opfer zu verzichten, »wohl aber [zu] kontextualisieren und [zu] differenzieren [...] ohne dabei die Selbstbeachtung einzelner Opfergruppen zu verletzen.«⁴⁸¹

Deutschland muss in dieser Konstellation Abstand davon nehmen, dass es ein europaweites oder gar globales Handlungsschema zur Verständigung gibt und erst recht nicht die schon zitierte »DIN-Norm« für die Aufarbeitung.⁴⁸² Diese Vorstellung wirkt abstoßend auf die Länder, die von Deutschland im Zweiten Weltkrieg erobert, besetzt und terrorisiert wurden, besonders wenn dies vermengt wird mit dem »unterschwellig[en]« Vorwurf, diese Länder »hätten den Stand der Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik noch nicht erreicht.«⁴⁸³ Aber auch vielfältige deutsche Versöhnungsgesten scheinen weniger hilfreich, als in Deutschland angenommen: Bernard Gaida, der Vorsitzende der deutschen Minderheit in Polen, konstatiert in diesem Zusammenhang, dass die »sich wiederholende[n] deutsche[n] Versöhnungsbitten ohne Reaktion« blieben: »Dagegen haben deutsche Politiker schon so oft um Verzeihung gebeten – ohne eine Antwort zu erhalten –, dass hier schon eine Devaluation des Inhaltes droht.«⁴⁸⁴ Als eine mögliche Ursache für mangelnde Reaktionen in Polen identifiziert Witold Jaruzsz, dass die polnischen Regierungen – trotz einer intensiven, aber vor allem nach

478 Spurný: Czech and German Memories of Forced Migration, 2012, S. 364.

479 Kolář: Vertreibung zwischen nationaler Meistererzählung und Deutungpluralität, 2005, S. 940.

480 Ther: Der Diskurs um die Vertreibung, 2008, S. 46f.

481 Becker: Geschichtspolitik in der »Berliner Republik«, 2013, S. 484.

482 Bömelburg: Gestörte Kommunikation, 2005, S. 52. Vgl. Kap. 5.2, S. 231.

483 Ther: Der Diskurs um die Vertreibung, 2008, S. 36.

484 Regente: Tagungsbericht: »Vertriebene in der DDR – Zum Umgang mit einem Tabu«, 2019.

innen gerichteten Geschichtspolitik – die Beziehungen zu Deutschland vor allem aus der Perspektive von Gegenwart und Zukunft bewerten.⁴⁸⁵

Nicht zu Unrecht wird trotz dieser Streitgeschichte wiederholt darauf hingewiesen, dass die deutsch-polnisch-tschechische Verständigung im europäischen Vergleich – beispielsweise im Vergleich mit dem Nordirland-Konflikt oder mit dem in dieser Arbeit wiederholt erwähnten polnisch-ukrainischen Konflikt um die Massaker und Vertreibungen in Wolhynien/Ostgalizien im Zweiten Weltkrieg – weder ein Sonderfall ist noch ein besonders problematischer.⁴⁸⁶ Das zeigt sich an dem letztlich in vielerlei Hinsicht guten und stabilen Verhältnis zwischen den drei Ländern. Die in der Bevölkerung verbreiteten Sichtweisen auf das Vertreibungsgeschehen sind durchaus differenzierter »als bei so manchem Politiker oder Meinungsmacher« – wenn das Thema denn überhaupt noch für relevant erachtet wird.⁴⁸⁷

Die deutschen Minderheiten in Polen und Tschechien sehen sich selbst in einer Brückenfunktion zwischen den Ländern und Kulturen. In Oberschlesien haben ihre Vertreter Einfluss auf den regionalen Vertreibungsdiskurs. In Tschechien ist ihre Anzahl zu klein, um eine bedeutende Rolle zu übernehmen. Als Störfaktor oder Quelle von Konflikten werden sie seit geraumer Zeit nicht mehr wahrgenommen, auch wenn sich seit 2015 unter der PiS-Regierung eine Verschlechterung der Lage andeutet.⁴⁸⁸ Eine ›Rückwanderungsbewegung‹ von Heimatvertriebenen oder deren Nachfahren nach 2004, wie sie noch 2001 in der Zeitschrift *World Affairs* erwartet wurde, blieb im Rahmen der europäischen Freizügigkeit mangels Interesses aus.⁴⁸⁹

Abschließend lässt sich für die drei Länder folgender Diskursrahmen für die entstandenen oder entstehenden Museen abstecken: Die innerdeutschen Auseinandersetzungen der 2000er über die Form eines Erinnerungsortes an Flucht und Vertreibung konnten trotz des Kompromisses der Großen Koalition noch nicht beendet werden, wie die andauernden Konflikte um die Ausrichtung der *Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung* zeigen. Zentral bleibt die Forderung nach einer im Einklang mit ihren Nachbarn stehenden reflektierten deutschen Erinnerungskultur, welche das Gedenken an die Shoah zum Kern hat. Die hier befürchteten fundamentalen Verschiebungen, unter anderem durch die Schaffung eines Erinnerungsortes an Flucht und Vertreibung, sind bisher nicht eingetreten.⁴⁹⁰ Das Auftauchen neuer Akteure wie der AfD und globale Trends der Renationalisierung lassen aber darauf schließen, dass die bundesrepublikanische Erinnerungskultur in Zukunft noch mehr gefordert sein wird.

485 Jurasz: Die polnische Außenpolitik. *Dialog Forum*. 16.01.2020.

486 Vgl. Rigney: Transforming Memory and the European Project, 2012, S. 620f.

487 Becker: Geschichtspolitik in der »Berliner Republik«, 2013, S. 488. Vgl. dafür z.B. die von der SFVV beauftragte Allensbach-Studie von 2015, die eine repräsentative Umfrage in Deutschland, Polen und Tschechien zum Vertreibungsthema durchgeführt hat: Flucht, Vertreibung, Versöhnung, 2015. Unter anderem zeigt sie eine sich seit 2006 stetig verbesserte Einschätzung der Bevölkerungen in Hinblick auf die Verständigung.

488 Vgl. Hanisch; Sieradzka: Verliert die deutsche Minderheit ihre Rechte? *mdr*. 09.08.2016.

489 Vgl. Phillips: The Politics of Reconciliation Revisited, 2001, S. 187.

490 Vgl. Traba; Żurek: »Vertreibung« oder »Zwangsumsiedlung«? 2015, S. 365f.

In Polen ist das Thema von Flucht und Vertreibung nach 2010 weniger von Bedeutung gewesen. Die eskalierende Geschichtspolitik der PiS-Regierung seit 2015, die zwar in einigen Punkten an die nationalliberale PO-Regierung anknüpft, kämpft neben der Schaffung und Neuausrichtung von Museen wie dem MIIW mittlerweile an verschiedenen Fronten: die erneuerten Reparationsforderungen an Deutschland, der internationale Streit um die falsche Bezeichnung ‚polnische Konzentrationslager‘ und die damit verbundene Diskussion um einen historischen polnischen Antisemitismus oder eine ›Neubewertung‹ der Solidarność-Bewegung. Trotz dieser verschiedenen, großen Themenfelder werden nicht nur von nationalkonservativen Autoren die möglichen geschichtspolitischen Entwicklungen um Flucht und Vertreibung in Deutschland und Europa weiter aufmerksam verfolgt, wie zuletzt die Diskussion um das *Haus der Europäischen Geschichte* in Brüssel gezeigt hat.

In der Tschechischen Republik eignet sich das Thema Flucht und Vertreibung weiter für temporäre Diskussionen und Kritik an der vermeintlichen oder tatsächlichen deutschen Position. Ein Meilenstein für die Bewertung nicht nur der Vertreibung, sondern auch der jahrhundertelangen deutsch-tschechischen Gemeinschaft, wird das *Museum der deutschsprachigen Bewohner Böhmens* sein, wenn es nach Jahren der Verzögerung eröffnet.

Die nun siebzigjährige Diskursgeschichte um Flucht und Vertreibung in Deutschland, Polen und Tschechien zeigt, dass sich eine Annäherung der unterschiedlichen Erzählungen über das historische Geschehen nur in einzelnen Punkten oder temporär beobachten lässt. Vielmehr treffen bei diesem Thema, das alle Länder entscheidend geprägt hat, harte Gegensätze aufeinander. Wissenschaft, Kunst und Zivilgesellschaft haben viele wichtige symbolische Schritte geleistet und leisten dies weiterhin, konnten aber bisher noch keine entscheidende Annäherung bewirken.⁴⁹¹

Die staatliche Verständigung unterlag und unterliegt politischen Konjunkturen und ihr Einfluss blieb bisher beschränkt. Im Gegenteil, öfter und leichter lässt sich ein negativer Konsens verfestigen. Das ist auch bedingt durch den diskutierten politisch-medialen Komplex, in dem die Kontroverse scheinbar schnellere politische oder ökonomische Vorteile verspricht. In Bezug auf die politische Forderung, »dass es trotz unterschiedlicher Erfahrung eine gemeinsame europäische Erinnerung geben müsse«, kam Robert Traba bereits 2007/08 zu dem Ergebnis, dass sich in der Konsequenz dieser Forderung vielmehr »vereinfacht gesagt – eine Welle von Renationalisierungen der Erinnerung und der Geschichtspolitiken in den einzelnen Ländern, auch in Polen und Deutschland« beobachten lasse.⁴⁹² Daran haben auch die traditionell engen ökonomischen, aber auch gesellschaftlich stark entwickelten Kontakte zwischen Deutschland und seinen beiden östlichen Nachbarländern nur wenig ändern können.

⁴⁹¹ Hans-Jürgen Bömelburg vertrat in seinem Kolloquium am 30.01.2018 die Ansicht, dass über Flucht und Vertreibung in Deutschland ein festes Bild vorherrsche, das wiederum im Konflikt mit ähnlich starren Vorstellungen über Besatzungszeit und Vertreibung in Polen und Tschechien stehe. Dieser Zustand lasse auch in Zukunft wenig Bewegung erwarten.

⁴⁹² Traba: Krieg und Zwangsaussiedlungen, 2007/2008, S. 127.

Nach Václav Houžvička kann es schließlich in der schwierigen erinnerungskulturellen und geschichtspolitischen Gemengelage nur darum gehen, einen guten und praktikablen »modus vivendi« zu finden.⁴⁹³ Aber auch um diesen zu erreichen und zu halten, ist ein fortgesetzter Einsatz für Verständigung notwendig. Die folgenden Kapitel sollen zeigen, wie die untersuchten Museen in dieser Diskursgeschichte mit den herausgearbeiteten Problemstellungen und den verschiedenen vorgeschlagenen Lösungsansätzen zu verorten sind und welchen Beitrag sie zur Verständigung über das Thema von *Flucht und Vertreibung* leisten können.

493 Houžvička: Czechs and Germans 1848-2004, 2015, S. 473.